Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Zwanzigste öffentliche Sitzung

Nr. 20

Dienstag, den 24. Juni 1947

I. Band

	Seite		Seite
Geschäftliches	571	Dr. Linnert (SPD)	581
Glückwünsche des Präsidenten für den Staatsminister a. D. Dr. Franz Goldenberger zur Vollendung seines 80. Lebensjahrs	572	Stiller (SPD)	585
Glückwünsche des Präsidenten zum 65. bzw. 60. Geburtstag der Abgeordneten Schmidt Gottlieb (WV) und Dr. Franke (SPD)	572	Verweisung des Antrags Dr. Linnert an den Ausschuß für Verfassungsfragen	585
Bekanntgabe einer Erklärung der Abgeordneten Dr. Korff und Schneider (SPD) zur Abstimmung aus Anlaß der Wahl der bayerischen Mitglieder des Wirtschaftsrats	572	Interpellation der Abgeordneten Stock und Genossen betreffend Sicherstellung der Hausbrandversorgung für den Winter 1947/48 (Beilage 389).	
Bekanntgabe eines Schreibens der Fraktion der WV über den Ausschluß des Abgeordneten Meißner aus dieser Fraktion	572	Redner:	
Bildung des Ausschusses zur Untersuchung von Mißständen in der Gesundheitsabteilung des Staatsministeriums des Innern	572	Wimmer (SPD)	586
Bekanntgabe eines Schreibens der Bayerischen Staatskanzlei betreffend die Behandlung des Gesekentwurfs über die Gewährung eines bezahlten Sonderurlaubs für Opfer des Faschismus und Schwerbeschädigte (Beilage 300) als Zonengesetz	572	Staatssekretär Sedlmayr	587
Schreiben der Fraktion der WV über den Ausschluß des Abgeordneten Meißner aus dieser Fraktion.		Weidner (SPD)	589
Redner:		Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Ehard (Amtsenthebung des Sonderministers Lortz)	590
Meißner (WV)	585	Schefbeck (CSU) [zur Geschäftsordnung]	590
Höllner (WV)	586	Zietzsch (SPD) [desgleichen]	590
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Verfassungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Weidner und Genossen betreffend Erlaß eines Gesetzes zur Änderung des § 1 des bayerischen Ärztegesetzes vom 25. Mai 1946 (Beilage 391).		Stiller (SPD) [desgleichen]	590
Hierzu Anträge der Abgeordneten		Ministerpräsident Dr. Ehard	591, 593
a) Dr. Linnert und Genossen vom 22. April 1947,		Staatsminister Dr. Hoegner	591
b) Dr. Bühner und Genossen vom 24. April 1947 und		Lortz (WV)	591
Antrag der Staatsregierung (Notgesetz).		Hausleiter (CSU)	594
I. und II. Lesung.		Op den Ordh (SPD) [zur Geschäftsordnung]	596
Redner:		Zietzsch (SPD)	597
Dr. Huber (SPD) [Berichterstatter]	573	Dr. Linnert (SPD)	598
Staatsminister Seisfried	573	Persönliche Bemerkung des Abgeordneten Höllner (WV)	599
Staatssekretär Krehle	579	Dr. Dehler (SPD)	599
Dr. Bühner (CSU)	579	Festsetzung der Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung und Antrag Dr. Hundhammer auf Ausschluß der Öffentlichkeit für diese Sitzung	599, 600

(Die Sitzung wird vertagt.)

Die im Sitzungsaal des Oberfinanzpräsidiums stattfindende Sitzung wird um 15 Uhr 17 Minuten durch den Präsidenten Dr. Horlacher eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Die Eröffnung hat sich durch die Beratungen des Ältestenrats etwas verzögert. Ich bitte das zu entschuldigen. Es ist sonst unsere Gepflogenheit pünktlich anzufangen.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten Brandner, Deku, Freundl, Hagen Georg, Kerner, Körner, Kiene, Kübler, Dr. Lacherbauer, Dr. Laforet, Lau, Nirschl, Scharf, Schütte, Zillibiller.

(Präsident)

Der frühere Staatsminister für Unterricht und Kultus, Herr Dr. Franz Goldenberger, hat Anfang Juni das 80. Lebensjahr vollendet. Ich habe ihm im Namen des Landtags die herzlichsten Glückwünsche übermittelt und dabei besonders gedankt für seine verständnisvolle Zusammenarbeit mit der damaligen Volksvertretung. Ich möchte nicht verfehlen, ihm auch an dieser Stelle unseren herzlichsten Glückwunsch und unseren Dank für seine treue Pflichterfüllung auszusprechen.

In diesen Tagen reihen sich wieder zwei Mitglieder des Hauses in die Zahl der Jubilare ein. Herr Abgeordneter Schmidt Gottlieb vollendete gestern das 65. Lebensjahr, Herr Abgeordneter Dr. Franke wird am 27. Juni 60 Jahre alt. Wir beglückwünschen beide Kollegen aufs herzlichste und freuen uns mit ihnen ihres derzeitigen verhältnismäßig guten Wohlbefindens. Besonders wünschen wir Herrn Abgeordneten Dr. Franke, der in letzter Zeit durch längere Krankheit behindert war, daß die Genesung eine völlige und dauernde sein möge.

Herr Abgeordneter Dr. Korff teilte unterm 21. Juni 1947 mit:

Erst nach Schluß der Sitzung vom 20. Juni, in der die Wahl der bayerischen Mitglieder des bizonalen Wirtschaftsrates stattfand, erfuhr ich, daß der Präsident des hohen Hauses die Einstimmigkeit der Zustimmung zu der vorgelesenen Liste — ohne jede Einschränkung — bekanntgegeben hat. Dies ist mir infolge der mangelhaften Akustik entgangen; ich hätte sonst darauf hingewiesen, daß mein Kollege Georg Schneider (FDP) und ich uns der Stimme enthalten haben. Ich lege Wert auf diese Feststellung und bitte, zu Protokoll zu nehmen: bei zwei Stimmenthaltungen von Seiten der FDP.

— Das kann in dieser Weise nicht geschehen. Ich bin aber gerne bereit, jetzt zu Protokoll zu geben, daß die feinerzeitige Beschlußfassung bei zwei Stimmenthaltungen der FDP erfolgte. — Das Haus ist damit einverstanden.

Der Herr Abgeordnete Höllner teilte als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der WW dem Landtagsamt mit:

Der Ordnung halber geben wir Ihnen davon Kenntnis, daß die Fraktion der WW am 20. Juni 1947 in geheimer Zettelwahl den Abgeordneten Karl Meißner wegen satzungswidrigen Verhaltens aus der Fraktion ausgeschlossen hat.

Wir bitten Sie, den Herrn Landtagspräsidenten von diesem Beschluß zu unterrichten und darüber hinaus zu veranlassen, daß der Abgeordnete Meißner als Vertreter der Fraktion der WW aus allen Ausschüssen zurückgezogen wird. Ferner bitten wir Sie, dem Überbringer dieses Schreibens eine Aufstellung zu überreichen, aus der ersichtlich ist, in welchen Ausschüssen der Abgeordnete Meißner die Fraktion der WW bis heute vertreten hat. Auf Grund dieser Aufstellung wird die Fraktion der WW die Neubefugung der Ausschüsse sofort durchführen.

— Ich stelle fest, daß die Zurückberufung aus einem Ausschuß nur durch die Vollversammlung erfolgen kann. Die Fraktion der WW muß also entsprechende Anträge vorlegen. Die gewünschte Liste der Ausschüsse,

in denen der Abgeordnete Meißner vertreten ist, wurde der WW übergeben. Im übrigen dient der Brief dem Hause zur Kenntnis.

Wenn das hohe Haus wünschen sollte, daß zu diesem Brief die Debatte eröffnet wird, würde ich vorschlagen, diese Angelegenheit als 1. Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, damit wir allen Weiterungen aus der Geschäftsordnung entgehen, wonach persönliche Bemerkungen usw. nur bei Beratung des Gegenstandes oder am Schluß der Sitzung erfolgen dürfen. Ich stelle fest, nachdem sich kein Widerspruch erhebt, daß das Haus damit einverstanden ist.

In der Vollsitzung des Landtags vom 30. Mai 1947 wurde ein siebenköpfiger parlamentarischer Ausschuß zur Untersuchung von Mißständen in der Gesundheitsabteilung des Staatsministeriums des Innern gebildet. Nach den Vorschlägen der Fraktionen soll sich dieser Ausschuß folgendermaßen zusammensetzen: Für die CSU die Abgeordneten Dr. Bühner, Trettenbach und Dr. Zwicknagl, für die SPD die Abgeordneten Pöschel und Kiene, für die WW der Abgeordnete Höllner und für die FDP der Abgeordnete Dr. Linnert. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses zu dieser Zusammensetzung des Untersuchungsausschusses fest.

Zu Punkt 8 der heutigen Tagesordnung, Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung eines bezahlten Sonderurlaubs für Opfer des Faschismus und Schwerkbeschädigte, teilt die bayerische Staatskanzlei mit:

In der Sitzung des Direktoriums des Länderrats vom 19. Juni 1947 beantragte der Generalsekretär auf Veranlassung des Coordinating Office, das dem Bayerischen Landtag vorliegende Gesetz über die Gewährung eines Sonderurlaubs für Opfer des Faschismus als Länderratsvorlage zu übernehmen und zoneneinheitlich auf Grund Militärregierungsbefugnis zu erlassen. Als Begründung wurde die Notwendigkeit angegeben, die Schaffung eines sozialen Gefälles zu vermeiden.

Die Entscheidung über diesen Antrag des Generalsekretärs wurde auf Veranlassung des bayerischen Vertreters um eine Woche verschoben.

Der Herr Ministerpräsident empfiehlt, dem Landtag die Zurückstellung der Vorlage anzuraten, da auf der Länderratsitzung vom 1. Juli 1947 Länderrat und Parlamentarischer Rat über die Frage der Zoneneinheitlichkeit zu entscheiden haben werden.

Ich glaube, das hohe Haus hat nichts dagegen, daß das Gesetz, soweit die Ausschußberatungen dies schon ergeben haben, ein Zonengesetz wird. Es ist aber wohl zweckmäßig, daß wir diesen Gesetzentwurf in erster Lesung hier erledigen, damit der Wille des hohen Hauses für die Tagung des Parlamentarischen Rates am 1. Juli in Stuttgart zur Kenntnis kommt. Es besteht dann die Möglichkeit, ein Zonengesetz zu schaffen und dieses dem Landtag mitzuteilen. — Ich stelle das Einverständnis des Hauses fest.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ziffer 1:

Schreiben der Fraktion der WW über den Ausschluß des Abgeordneten Karl Meißner aus dieser Fraktion.

Ich erteile hiezu dem Abgeordneten Meißner das Wort.

Weißner (WAB): Ich bitte die Erklärung erst dann abgeben zu dürfen, wenn die Fraktion der WAB vertreten ist.

Präsident: Das Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe dann zunächst auf Ziffer 3 unserer Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Verfassungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Weidner und Genossen betreffend Erlass eines Gesetzes zur Änderung des § 1 des bayerischen Ärztegesetzes vom 25. Mai 1946 (Beilage 391).

Hierzu Antrag der Abgeordneten

a) Dr. Linnert und Genossen vom 22. April 1947,

b) Dr. Bühner und Genossen vom 24. April 1947 und Antrag der Staatsregierung (Notgesetz).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Dr. Huber. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Huber (SPD): Das bayerische Ärztegesetz ist in einer der letzten Sitzungen des Landtags der Staatsregierung zurückgegeben worden, weil es mit der Verfassung und mit anderen gesetzlichen Bestimmungen in Widerspruch steht. Inzwischen hat sich die Notwendigkeit ergeben, eine vorläufige Regelung zu treffen. Es wird von der Ärztekammer sowohl wie auch von verschiedenen Mitgliedern dieses Hauses die Auffassung vertreten, daß die gegenwärtige Überfüllung des Ärzte-, Zahnärzte-, Tierärzte- und Dentistenberufs und die Zusammenballung dieser Berufskategorien an bestimmten Orten eine geregelte Versorgung der Bevölkerung in ärztlicher Hinsicht nicht gewährleistet. Demzufolge hat der Ausschuss den Antrag Weidner und Genossen, Dr. Linnert und Genossen und den Wunsch der Bayerischen Ärztekammer als berechtigt angesehen, daß ein Notgesetz erlassen wird, welches die Niederlassung und die Ausübung der ärztlichen Praxis für bestimmte Zeit bestimmten Beschränkungen unterwirft.

Der Antrag des Ausschusses liegt vor. Sie ersehen daraus, in welcher Weise die Angelegenheit geregelt werden soll. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, das Gesetz in dieser Form anzunehmen.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Das Wort hat bereits in den letzten Sitzung des Landtags erbeten der Herr Staatsminister Seifried.

Staatsminister Seifried: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Die Verhandlungen über eine Abänderung des § 1 des bayerischen Ärztegesetzes sind in der letzten Landtagssitzung nicht auf diesen Punkt beschränkt geblieben, sie haben vielmehr eine Erörterung des Ärzteproblems im ganzen zur Folge gehabt. Dabei wurde an der mir unterstellten Gesundheitsabteilung Kritik geübt und in diese zum Teil mit wenig Sachlichkeit geführte Kritik auch meine Person einbezogen.

Wenn ich in meiner heutigen Erwiderung gleichfalls das Ärzteproblem im ganzen aufrolle, so geschieht dies deshalb, weil ich mich als zuständiger Ressortminister für verpflichtet halte, meine Mitarbeiter in der Gesundheitsabteilung gegen unbegründete Anwürfe zu verteidigen, aber auch in der Erwartung, daß eine grundlegende Besprechung des Ärzteproblems eine Bereinigung der Atmosphäre herbeiführen wird. Ich verspreche Ihnen, mich dabei aller nach Lage der Sache möglichen Kürze zu befleißigen, möchte Sie aber bitten, bei meinem weiteren Vortrag zu berücksichtigen, daß ich einmal Gelegenheit nehmen muß, grundsätzliche

Ausführungen zu machen, die für die ganze mir unterstellte innere Verwaltung gelten und zu denen die Angriffe gegen die Gesundheitsabteilung nur den äußeren Anlaß gegeben haben.

Zum Verständnis der heute bestehenden Lage in der bayerischen Ärzte- und Zahnärzteschaft, ihren Berufsvertretungen und der Gesundheitsabteilung muß ich zurückgehen bis zu jenen Maitagen des Jahres 1945, da hier im Lande der sinnlose Widerstand von Partei und Militär endlich zusammenbrach. Unsere bayerische Heimat, im Kriege der begehrte Luftschutzkeller für viele Nazigrößen, wurde damals eine wichtige Abwicklungsstelle für alle möglichen Dienststellen und Wehrmachtsformationen. Darauf führe ich es mit zurück, daß wir beim Kriegsschluß in Bayern eine überwiegend politisch belastete Ärzteschaft hatten, wozu noch die verhinderten Parteigenossen kommen, die als beschäftigungslos gewordene Militärärzte plötzlich eine besondere Vorliebe für den amtsärztlichen Dienst bekundeten und die, begünstigt durch reaktionäre Strömungen, bis vor kurzem ca. 60 Prozent aller kommissarisch besetzten Amtsarztstellen bei uns innehatten. Der Objektivität halber will ich nicht unerwähnt lassen, daß die politische Belastung der Ärzte auch in anderen Zonen außerordentlich hoch war. Dabei steht fest, daß die Ärzte als Angehörige eines freien Berufs keineswegs dem parteipolitischen Druck derart ausgesetzt waren wie manche Beamte. Ich halte es für an der Zeit, vor den Ärzten einmal auszusprechen, daß die Zahl ihrer politisch belasteten Berufsangehörigen viel zu hoch gewesen ist. Wenn überhaupt ein Beruf, dann sollte der des Arztes ein freier Beruf sein, der dazu den Vorzug genießt, daß seine Mitglieder nicht durch Angehörige anderer Berufe ersetzt werden können. Auch das untergegangene Regime war auf die Ärzte angewiesen. Es wiegt deshalb besonders schwer, daß sich die Ärzte in so großer Zahl unter den Einfluß der Nazis gestellt haben. Die deutsche Ärzteschaft ist durch die vor dem Hohen Tribunal in Nürnberg verhandelten Kriegsverbrecherprozesse besonders in das internationale Blickfeld gerückt.

Die Staatsregierung hat gemeinsam mit dem hohen Hause die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die gesetzmäßigen Festlegungen in Bezug auf das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus gewissenhafte Beachtung finden. Dabei ist es selbstverständlich, daß es oberste Pflicht der Regierung sein muß, nicht nur zu bereinigen, sondern alte Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, Rückfälligkeiten auszuschließen. Wir brauchen innerhalb der Berufsgruppen, die auf Grund ihrer besonderen Vorbildung eine größere Einflußentfaltung auf die Allgemeinheit besitzen und die durch ihre Tätigkeit in engster Vertrauensföhlung mit dem Volke stehen, gerade in den Schlüsselstellungen charakterlich und politisch gefestigte Persönlichkeiten, die durch ihre Haltung die Gewähr dafür bieten, nicht nur den demokratischen Staat äußerlich zu bejahen, sondern die in sich die Verpflichtung fühlen, diesen Staat zu verteidigen und in seinem Sinne aufklärend zu wirken. Es ist eine eigentümliche Tatsache, daß man auch heute wieder, wenn man auf die große politische Unzuverlässigkeit der Ärzteschaft in der Vergangenheit hinweist, von führenden Vertretungen die Redewendung hört: „Die Ärzte sind halt überwiegend unpolitisch“, eine Floskel, die immer wieder angewendet wird, wenn es sich darum handelt, die alten politischen Belastungen zu beseitigen.

(Staatsminister Seifried)

Die Unterlassung einer offenen und gründlichen Vereinigung der Ärzteschaft ruht als eine schwere Hypothek auf dem ganzen Beruf, sie verhindert die Wiederentstehung eines uneingeschränkten Vertrauensverhältnisses zu den Patienten und muß letzten Endes dem gesamten Gesundheitswesen abträglich sein. Weil mir die Aufsicht über das Gesundheitswesen in Bayern übertragen ist, erachte ich mich für verpflichtet, diesen Punkt an die Spitze meiner Ausführungen zu stellen. Ich halte mich dazu auch deshalb für berechtigt, weil ich mit aller Entschiedenheit jeder Vergrößerung des Sachverhalts und den Verallgemeinerungen entgegenetrete, die, als eine Folge der unterbliebenen Standesvereinigung, heute leider allzu oft ein williges Ohr finden. Es ist nicht wahr, daß der deutsche Arzt zu jeglichem Verbrechen fähig gewesen sei. Wahr ist vielmehr, daß die weitaus überwiegende Zahl der Ärzte, trotz oft weitgehender Parteizugehörigkeit, gar nicht daran gedacht hat, von den ethischen Grundlagen abzuweichen, die seit den Tagen des Hippokrates und des Volksarztes Paracelsus Gemeingut aller europäischen Ärzte geworden sind; ich meine: die aufopferungsvolle Hingabe an die Kranken.

Als weitere Belastung mußte sich die Tatsache auswirken, daß die Ärzteschaft gleich nach Kriegsende sich keine Berufsvertretung schuf, die die innere Umkehr unmißverständlich bekundete. Statt dessen bemächtigten sich Personen der Standesvertretung, die durch ihr Verhalten eine Brückierung demokratischer Gesinnung zeigten und Eigennutz sowie Interessensklüngel in den Vordergrund stellten.

Dr. Linnert hat beklagt, daß man den Präsidenten der Landesärztekammer „abgeschossen“ habe und daß ich sogar so weit gegangen sei, einen Mann hinzustellen, dem jede fachliche Voraussetzung für dieses Amt abgehe und dessen Ansehen bei der bayerischen Ärzteschaft außerordentlich gering sei.

Dr. Kallenberger, der hier gemeint ist, wurde nicht wegen unbestimmter Denunziationen „abgeschossen“, wie Dr. Linnert es auszudrücken beliebt, sondern von der Militärregierung auf Grund ganz konkreter Tatsachen entlassen und wegen der gleichen Tatsachen von einem amerikanischen Mittleren Militärgericht zu zwei Jahren Gefängnis und 9000 Mark Geldstrafe verurteilt.

(Dr. Linnert: Dr. Seiffert war ja gemeint!)

— Einer nach dem andern! Der kommt auch noch dran. Bei mir wird gewissenhaft rasiert. Die beiden engsten Mitarbeiter Dr. Kallenbergers wurden ebenfalls mit zwei Jahren Gefängnis bei sofortiger Verhaftung bestraft. Dr. Kallenberger ist dieser Situation nur entgangen aus Respekt vor seinem hohen Alter. Worin Dr. Kallenbergers fachliche Voraussetzungen bestanden, ist mir unbekannt. Wenn sie darin erblickt werden, daß er Augenarzt war, so erfüllt sein von Dr. Linnert so angefeindeter kommissarischer Nachfolger diese Voraussetzungen ebenfalls. Dr. Kallenberger war seit 1931 Mitglied des NS-Ärztebundes. Diese Qualifikation hatte sein kommissarischer Nachfolger allerdings nicht aufzuweisen. Und damit komme ich zum Kern der Angelegenheit. Die bayerische Ärzteschaft ist, wie ich bereits bemerkte, zu ihrem überwiegenden Teil vom Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus betroffen. Es ist daher verständlich, wenn dieser Teil der Ärzteschaft

leidenschaftlich den von mir eingesetzten kommissarischen Nachfolger ablehnte, der bestrebt war, die Entnazifizierung der ärztlichen Standesorganisation durchzuführen statt sie wie sein Vorgänger zu sabotieren.

Dem Manne, der in der Ärztekammer wahrlich keine leichte und angenehme Arbeit vorfand, sind unendliche Schwierigkeiten bereitet worden. In ihm sieht die erwähnte Schicht, die bis zu seinem Einzug in die Landesärztekammer ihr reaktionäres, autoritäres, nazistisches und militaristisches Regiment unter Vernachlässigung der außerhalb dieser Clique stehenden Berufskollegen hatte führen können, die Ursache ihres Scheiterns, und es gibt kaum ein häßliches Gerücht, das ihm nicht nachgesagt worden wäre. Ich habe die Anschuldigungen geprüft und mit wachsendem Unwillen festgestellt, daß es sich um haltlose Verdächtigungen handelt, wie sie offenbar zum politischen Rüstzeug unserer Lage gehören, und daß schließlich nur der eine „Vorwurf“ übrigblieb, daß der Betreffende nicht in Bayern, sondern in einem unserer süddeutschen Nachbarstaaten geboren ist.

Ich möchte es nicht unterlassen, von dieser Stelle aus diesem Herrn meinen besonderen Dank dafür auszusprechen, daß er meiner Aufforderung, in der Gesundheitsabteilung nach meinen Richtlinien zu arbeiten, bereitwillig nachgekommen ist und daß er seinen Auftrag bisher aufs beste ausgeführt hat. Ich habe deshalb auch keineswegs die Absicht, auf seine weitere Mitarbeit in unserer Verwaltung zu verzichten.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch den Fall des früheren Leiters der Gesundheitsabteilung, des Professors Dr. Seiffert, streifen, weil auch dieser Name in der Debatte genannt wurde. Professor Dr. Seiffert ist wegen Erwerbs von jüdischem Grundbesitz auf Weisung der Militärregierung seines Amtes enthoben worden. Als ich mit der Angelegenheit durch die CIC befaßt wurde, habe ich die einschlägigen Tatsachen Dr. Seiffert vorgehalten. Zu seiner Rechtfertigung wies er mir eine Postkarte vor, die er aus einem KZ-Lager bei Lublin von dem jüdischen Eigentümer kurz vor dessen Vergasung erhalten hatte und in der dieser sich für ein Paket bedankte. Wenn man weiß, wie die Absendung solcher Dankeskarten, die die Unglücklichen oft gegen ihren Willen absenden mußten, zustande kam, wird man verstehen, daß ich diese Rechtfertigung für ungenügend erachtete und den Tatbestand der Militärregierung unterbreitete mit der Bitte, die Angelegenheit zu prüfen. Dr. Seiffert war bereits vor meinem Amtsantritt durch die Militärregierung auf seinen Posten berufen worden und mußte deshalb auch nach Prüfung des Sachverhalts durch die Militärregierung entlassen werden.

Es charakterisiert die unter Dr. Seiffert geleistete Arbeit der Gesundheitsabteilung, in welcher Weise er zusammen mit seinem ehemaligen Mitarbeiter, Regierungspräsident Wirsching, auf die im Sommer 1945 in der Presse diskutierten Vorkommissionen in bayerischen Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke während der Nazizeit einging. Die Gesundheitsabteilung ließ damals nicht etwa in allen Anstalten des Landes Ermittlungen über die Zahl der Ermordeten und die Umstände ihres Todes anstellen, damit die Angehörigen jener unglücklichen Menschen auf ihre Anfragen nähere Auskunft erhalten und alle beteiligten Ärzte und Pflegepersonen vor Gericht gestellt werden konnten, nein, beide Herren verfaßten unterm

(Staatsminister Seifried)

2. August 1945 ein, der großen Bedeutung der Vorkommnisse in keiner Weise gerecht werdendes Untersuchungprotokoll, in dem sie die Pressebekanntmachung als böswilligen „Weibertratsch“ und hysterische Übertreibungen bezeichneten und die Behauptung aufstellten, die Angelegenheit sei durch einen amerikanischen Offizier sehr „aufgebauscht“ worden. Mit dem amerikanischen Offizier ist offenbar ein Beauftragter des amerikanischen Militärgerichts gemeint, der in Kaufbeuern-Issee umfangreiches belastendes Material gegen den früher angestellten Leiter Dr. Falthausen und das Pflegepersonal beschlagnahmt hat. Für diesen Dr. Falthausen wird in einem Bericht an die Militärregierung ein gutes Wort eingelegt, und es wird die hohe Sterblichkeit in Kaufbeuren mit Lebensmittel- und Kohlenknappheit während des Krieges entschuldigt. Ich habe die gesamten Unterlagen inzwischen dem Justizministerium zugeleitet.

Aber ich weiß, daß die von der Militärregierung entlassenen und später entnazifizierten Ärzte in Dr. Linnert einen warmen Sachwalter haben. So entnehme ich einem in den „Mitteilungen“ der Landes Zahnärzte, deren Vorsitzender Dr. Linnert ist, veröffentlichten Bericht über die erste Tagung der gewählten Abgeordneten am 24. Januar 1947, daß es deren erste Sorge war, sich mit dem Härteausgleich zu befassen, der den entnazifizierten Kollegen gewährt werden soll, deren Praxis bisher durch politisch Unbelastete und politisch und rassistisch Verfolgte geführt wurde. Als hingegen der Parlamentsausschuß für Sozialpolitik dieses Hauses über einen Gesetzentwurf beriet, der die Gewährung eines bezahlten Sonderurlaubs für die Opfer des Faschismus und die Schwerbeschädigten zum Gegenstand hatte, stimmte nur ein Herr von allen vertretenen Parteien gegen den Entwurf, und das war Herr Dr. Linnert.

(Dr. Linnert: Erzählen Sie keine Märchen!)

Der Abgeordnete Dr. Bühner hat unter anderem auch behauptet, daß die Personalbesetzung der Gesundheitsabteilung zum Teil gegen den Willen des Leiters erfolgt sei und zwar durch den Personalreferenten des Ministeriums, der auch anderweitig auf die Tätigkeit der Gesundheitsabteilung eingewirkt habe. Hierzu möchte ich folgendes feststellen:

Die Special Branch der Militärregierung hatte Ende vorigen Jahres den Personalreferenten meines Ministeriums vorgeladen und ihm scharfe Vorhaltungen gemacht, daß über zwei Drittel der in Bayern tätigen Amtsärzte politisch belastet seien. Die Special Branch ging von der Annahme aus, daß der Personalreferent auch für die Besetzung der Amtsarztstellen verantwortlich sei, was nicht der Fall war. Der an sich verantwortliche Referent der Gesundheitsabteilung behauptete, auch für die politisch belasteten Amtsärzte eine Beschäftigungsgenehmigung von der Militärregierung erwirkt zu haben, worauf ihm von dieser bedeutet wurde, daß diese Genehmigung nur als vorübergehend zur Überbrückung eines ärztlichen Notstandes anzusehen war und daß er nach Ablauf von zwei Jahren die Möglichkeit gehabt hätte, für einwandfreien Ersatz zu sorgen. Nunmehr erklärte der Referent der Gesundheitsabteilung, mit den Nerven völlig herunter zu sein, und bat um seine Rückversetzung als Medizinalreferent an eine Regierung. Ich habe dem Ansuchen stattgegeben

und schaltete nunmehr den Personalreferenten des Ministeriums bei allen Stellenbesetzungen, die durch die Gesundheitsabteilung vorgeschlagen wurden, ein.

Da aus der Verwendung nicht bayerischer Personals ein häufig wiederkehrender Einwand hergeleitet wird, will ich dazu meine grundsätzliche Stellungnahme mitteilen. Ich bin der Auffassung, daß wir alles daran setzen sollten, die Spitzen unserer Behörden möglichst mit einem Landsmann zu besetzen. Dafür hat auch jeder einsichtige Nichtbayer volles Verständnis und gerade der oben erwähnte, später von uns als Amtsarztdezernent übernommene Herr hat wiederholt erklärt, daß als Leiter der Gesundheitsabteilung möglichst ein Bayer herangezogen werden soll, und ich habe diesen meinen Grundsatz auch bei dem jetzt vollzogenen Wechsel in der Leitung der Gesundheitsabteilung beachtet. Ich bin andererseits gewillt, dieses Prinzip nicht unbedingt bei der Besetzung der übrigen Posten meines Ministeriums durchzusetzen, vielmehr einem Landsmann und einem ihm rechtlich gleichstehenden Ausgewiesenen nur dann den Vorzug zu geben, wenn er wirklich in jeder Hinsicht dem nichtbayerischen Bewerber nach charakterlicher und politischer Bewährung sowie nach beruflichem Können gleichzuwerten ist und wenn sich aus der Ablehnung des nichtbayerischen Bewerbers keine unbillige Härte ergibt. Dieser Grundsatz, auf dem ich im Interesse einer vollwertigen Besetzung meiner Dienststellen unmöglich verzichten kann, muß in der Gesundheitsabteilung mehr als in anderen Ämtern dazu führen, daß auch nichtbayerische Herren bei uns tätig sind. Berücksichtigen Sie, bitte, die weitgehende politische Belastung der Ärzteschaft und vor allem die Tatsache, daß stets nur verhältnismäßig wenig Ärzte zur Verfügung stehen, die für den Medizinalverwaltungsdienst in Betracht kommen, und übersehen Sie bitte nicht, daß es in dieser Notzeit unseres ganzen Volkes nicht verantwortet werden könnte, einem überlebten Kantönl-Geist zu huldigen! Eine Ausschaltung außerbayerischer Fachkräfte aus unserer Verwaltung würde auch kaum zur demokratischen Verfassung des Freistaates Bayern passen.

In diesem Zusammenhang muß ich die Herren Abgeordneten Dr. Bühner und Dr. Linnert berichtigen, die in der letzten Sitzung gesagt haben, der Rechtsdezernent der Gesundheitsabteilung komme aus Berlin; in Wirklichkeit entstammt er einer alteingesessenen rheinischen Familie und besitzt eine bayerische Approbation. Gegen den Leiter des Rechtsdezernats ist in der letzten Landtagsitzung ein Wortspiel vom schlechten Cellisten und schlechten Chirurgen gefallen. Ich bedauere, daß der Herr Abgeordnete, der sich dieser Redewendung bediente, keinen Einblick in die Personalakten des von mir angestellten Rechtsdezernenten hatte nehmen können. Daraus hätte er ersehen können, daß der Rechtsdezernent seine erfolgreiche Laufbahn als Anwalt, insbesondere als Verteidiger politisch Verfolgter, die ihm den Aktenvermerk „Staatsfeind“ einbrachte, hat aufgeben müssen. Die Mitarbeit eines tadellos beurteilten und auf die geschilderte Weise zum Arztberuf gelangten Volljuristen, der übrigens auch gute ärztliche Examen vorweisen kann, ist in meinen Augen für die Medizinalverwaltung nur ein Gewinn. Auch hier muß ich ein Wort zum Grundsatz anfügen: Als Chef des öffentlichen Gesundheitswesens in Bayern respektiere und fördere ich jede überdurchschnittliche berufliche Leistung.

(Staatsminister Seifried)

Was den Vorwurf des Herrn Abgeordneten Dr. Linnert bezüglich der Zahl der Gesundheitsämter und ihrer Besetzung betrifft, so ist folgendes festzustellen:

In Bayern bestehen nicht, wie behauptet wurde, 142 Gesundheitsämter, sondern 122 staatliche und 3 kommunale. Es waren auch nicht 14 Ämter unbesetzt, als der jetzige Amtsarztbezernent seinen Posten übernahm, sondern nur 7. Diese Ämter wurden bis zum 1. Mai 1947 neu besetzt.

Von den im staatlichen Gesundheitswesen tätigen leitenden Ärzten bei den Medizinalabschnitten der Regierungen und den Gesundheitsämtern sind, unter Außerachtlassung der Hilfsärzte, nach dem Stand vom 1. Juni 1947 folgende Feststellungen zu treffen:

In Frage kommen 128 Ärzte, von denen 86 Bayern sind, 10 sind Neubürger aus den Ostgebieten, 16 Neubürger aus der Tschechoslowakei, 4 Hessen, 7 Norddeutsche, 1 Thüringer, 2 Sachsen, 1 Rumäne, 1 Balte. Die beiden letzteren sind seit 1940 eingebürgerte Reichsdeutsche.

Da die Vertriebenen laut Flüchtlingsgesetz den Bayern gleichzustellen sind, sind tatsächlich nur 14 Personen als nicht gesetzlich nach Bayern zuständig anzusehen.

Charakteristisch für die Vergangenheit dieser genannten Personengruppe ist, daß von diesen 128 Ärzten immerhin 39 aktive Militärärzte waren, und zwar mehr als zwei Drittel davon in hohen militärischen Rangstufen. Bemerkenswert ist, daß von diesen letzteren 28 als Bayern anzusprechen sind und nur einer nicht aus Bayern stammt. Würde man jedoch noch die Hilfsärzte in diese Zusammenstellung einbeziehen, so würde sich der Prozentsatz der ehemaligen aktiven Militärärzte wesentlich erhöhen.

Ich habe mir aus der Gesundheitsabteilung mehr als aus anderen Sparten des Innenministeriums Akten vorlegen und mir Vortrag halten lassen. Ich weiß deshalb, daß dort gute und wertvolle Arbeit geleistet wurde. Ich halte es für unverantwortlich, wenn ein Abgeordneter in allgemeinen Redewendungen davon gesprochen hat, die laufenden Arbeiten würden in der Gesundheitsabteilung planlos und mangelhaft erledigt, und es sei an der Zeit, dort einen Augiasstall in Ordnung zu bringen. Das sind durch nichts, aber auch durch gar nichts gerechtfertigte Verunglimpfungen, die nur zur Folge haben können, daß schließlich unsere letzten geeigneten Fachleute ihre schlechthonorierten Stellen verlassen. Das möchte ich ganz besonders den Ärzten unter Ihnen sagen, die die Diskrepanz zwischen den Einkommen dieser Herren und den frei praktizierenden Ärzten gut kennen.

Die Behauptung, daß die Referenten der Gesundheitsabteilung eigenmächtig Dienststreifen unternommen haben, wird von dem bisherigen Leiter der Gesundheitsabteilung bestritten.

In diesem Zusammenhang muß ich die Herren Abgeordneten Dr. Bühner und Dr. Linnert daran erinnern, daß ich selbst mit ihnen wiederholt darüber gesprochen habe, daß eine geeignetere Persönlichkeit als der bisherige Leiter für die Gesundheitsabteilung gefunden werden muß, und beide Herren um ihre Unterstützung bat. Ich glaube, daß mit dem jetzt vor-

genommenen Wechsel, durch den ich den Herrn Ministerialdirigenten Dr. Hertle an die Spitze der Gesundheitsabteilung stellte, eine Besserung und Festigung der Verhältnisse eintreten wird.

Eine besondere Rolle spielen sodann die Angriffe und Schwierigkeiten, die sich aus der Niederlassung der Ärzte ergeben haben. Sie wissen, daß durch das bayerische Ärztegesetz ein tiefer Riß zwischen der eingewanderten und der aus ihrer Heimat vertriebenen Ärzteschaft entstanden ist. Das bayerische Ärztegesetz hat deshalb so viel böses Blut verursacht, weil bei seinem Erlaß die Ausgewiesenen noch nicht der einheimischen Bevölkerung gleichgestellt waren, so daß sich der Art. 1 des bayerischen Ärztegesetzes als eine fast völlige berufliche Ausklammerung der aus den Ostgebieten stammenden Ärzte erwies. Art. 1 besagt bekanntlich, daß sich in Bayern als Arzt ohne besondere Genehmigung nur niederlassen darf, wer hier geboren oder seit mindestens zehn Jahren ununterbrochen anwesend ist. Diese Voraussetzungen wurden nur ganz selten einmal von einem der nach hier ausgewiesenen vielen Ärzte erfüllt, während die Masse der übrigen einen verzweifeltsten Kampf um ihre neue Existenz führen mußte. Ich stehe nicht an zu erklären, daß dieses in seiner ganzen Konsequenz vielleicht nicht erkannte Gesetz in seiner praktischen Auswirkung zur Folge gehabt hat, daß viele tüchtige und fleißige Ärzte nicht in Arbeit und Brot gekommen sind und insbesondere auch Härten daraus erwachsen, wenn Flüchtlinge ihre einheimischen Ärzte an ihr Krankenbett rufen wollten. Als entschiedener Gegner aller Gesetze, die darauf hinauslaufen, daß eine ganze Bevölkerungsschicht unterschiedslos von einer Art Ausnahmezustand betroffen wird, möchte ich meiner persönlichen Ansicht dahingehend Ausdruck verleihen, daß das bayerische Ärztegesetz mit dem von den Juristen als Rechtsquelle anerkannten Naturrecht nicht übereinstimmt, das ist jenes ungeschriebene Recht, von dem Goethe sagt, daß es unveräußerlich sei, und von dem jedes geschriebene Gesetz erst seinen rechtlichen Gehalt empfängt.

Ihr Ausschuß für Verfassungsfragen ist nach Anhören eines Rechtsgutachtens des Staatsministeriums der Justiz einstimmig zu der Auffassung gelangt, daß der Art. 1 des bayerischen Ärztegesetzes mit Art. 179 der Verfassungsurkunde unvereinbar ist. Des weiteren steht der Art. 1 des bayerischen Ärztegesetzes, mit dessen Entstehung übrigens die Militärregierung zu Unrecht in Verbindung gebracht wird, mit einem Gesetz in Konflikt, und zwar mit dem die Gleichberechtigung der Neubürger und der einheimischen Bevölkerung ausprechenden Flüchtlingsgesetz.

Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Flüchtlinge sind nun einmal da, und ich muß sagen, daß die Bemerkung des Herrn Dr. Bühner, man habe in Württemberg-Baden und vor allem in Hessen es verstanden, keine Ärzte aus den anderen Zonen einwandern zu lassen, mich sehr erheitert hat. Es ist in der Tat geradezu unverständlich, mit welcher Sorglosigkeit bisher in Bayern scheinbar regiert wurde, wenn man zwei Millionen Flüchtlinge einwandern ließ, ohne sich des Rezepts des Herrn Dr. Bühner zu bedienen. Dies wäre doch wirklich die einfachste Lösung gewesen, und es ist geradezu unverständlich, warum Herr Dr. Bühner diese Patentlösung der Verhinderung der Einwanderung von Millionen der Regierung nicht bekannt gegeben hat.

(Staatsminister Seifried)

Als eine unerwünschte Folge der Ausschaffung der ausgewiesenen Ärzte ergab sich eine Monopolstellung für die fest im Sattel sitzenden Ärzte, die diese ihnen unverdient in den Schoß gefallene Sonderstellung hartnäckig verteidigt haben. Jede Monopolstellung birgt aber, von sonstigen Bedenken abgesehen, die Gefahr in sich, daß die Öffentlichkeit mit geminderter Leistungen vorlieb nehmen muß. So wurden nachweislich aus den Reihen der vertriebenen Ärzte hervorragende Kapazitäten arbeitslos gehalten. Es ist in der letzten Sitzung des Landtags gegen die Gesundheitsabteilung der Vorwurf einer Sabotage des bayerischen Ärztegesetzes erhoben worden. Tatsache ist, daß bis in die jüngste Zeit hinein den Beschwerdeführern von der Gesundheitsabteilung erklärt worden ist, daß das bayerische Ärztegesetz formell noch nicht aufgehoben sei, daß sich aber der Landtag mit der Neuregelung der Niederlassungsfrage befassen werde. Wie kann man da von einer Sabotage sprechen, wie kann man diesen Ausdruck überhaupt gegenüber einem Gesetz verwenden, das längst durch ein jüngeres Gesetz, hier durch das Flüchtlingsgesetz, sachlich überholt ist?

Eine vorübergehende Besserung der geschilberten Verhältnisse bestand nur während der kurzen Zeitspanne von etwa einem halben Jahr, da die bayerische Ärztekammer von dem staatlichen Kommissar verwaltet wurde. Damals konnten sich wenigstens die politisch Verfolgten und diejenigen vertriebenen Ärzte niederlassen, die vom Befreiungsgesetz nicht betroffen waren. Daß die Zahl der während des Interregnums getätigten Niederlassungen verhältnismäßig gering gewesen ist, beweist bereits die Statistik, die ich Ihnen hernach nennen werde. Nachdem dann im Januar dieses Jahres die neue Landesärztekammer gewählt worden war, verhängte sie eigenmächtig und ohne Wissen der Gesundheitsabteilung als der für sie zuständigen staatlichen Aufsichtsbehörde eine allgemeine Niederlassungssperre. Auf diese und andere ungesetzliche Maßnahmen der Kammer muß ich noch eingehen, wenn ich auf die inzwischen durch gesetzgeberische Neuregelung völlig veränderte rechtliche Stellung der Ärztekammer zu sprechen komme. Meine Gesundheitsabteilung, die, wie es die Landesverfassung vorschreibt, die bestehenden Gesetze anzuwenden hatte und sie, wie ich noch einmal wiederholen muß, auch tatsächlich angewendet hat, konnte in diesem eigenmächtigen Vorgehen der ärztlichen Berufsvertretung nichts anderes als eine permanente Störung der staatlichen Verwaltungstätigkeit erblicken.

Es bleibt erstrebenswert, den altbewährten Zustand der Freizügigkeit der ärztlichen Niederlassung wieder einzuführen. Von der zeitbedingten und nur vorübergehenden Einschränkung dieses Rechts möchte ich später noch sprechen. Ich kann Ihnen aber nicht verschweigen, daß die Landesärztekammer und ihre Organe draußen im Lande der von der Gesundheitsabteilung festgestellten Rechtslage systematisch entgegengehandelt haben, indem sie die gesetzlich zur Niederlassung Berechtigten an der Verwirklichung ihres Vorhabens behinderten. Unter dem starken Einfluß mancher örtlicher ärztlicher Stellen, die sich ihrerseits wieder auf die Landesärztekammer beriefen, haben sich vielfach Landräte und Bürgermeister geweigert, Ärzten Raum zur Verfügung zu stellen, obwohl solcher vorhanden war. Es sind auch in manchen ländlichen Gegenden Niederlassungen von ausgewiesenen Ärzten da

inhibiert worden, wo im Interesse einer ausreichenden ärztlichen Versorgung der Bevölkerung sich Ärzte hätten niederlassen sollen. Dafür werde ich Ihnen hernach in einem anderen Zusammenhang ein Beispiel nennen. Durch diesen Zwiespalt zwischen Gesundheitsabteilung und Ärztekammer, der in Wirklichkeit ein Gegensatz zwischen dem Recht und seine Nichtanwendung war, drängte sich die Niederlassungsfrage immer mehr als der wichtigste Teil des Arztproblems in den Vordergrund.

Bevor ich Ihnen konkrete Vorschläge zur Lösung dieser Frage unterbreite, bitte ich Sie, sich einige Zahlen zu vergegenwärtigen, die auf den neuesten amtlichen Angaben unseres Statistischen Landesamts beruhen.

Bayern hat eine Bevölkerung von rund 9 Millionen Menschen. Für diese Bevölkerung standen am 1. April 1947 rund 7600 Praxis ausübende Ärzte zur Verfügung, d. h. es entfielen 1900 Einwohner auf jeden bei uns tätigen Arzt. Unter den 7600 Ärzten befinden sich auch die in Krankenhäusern angestellten und die nur gelegentlich einmal einen Privatpatienten behandelnden Amtsärzte, die für die Rassenpraxis normalerweise ausscheiden. Nach der Mitteilung der Landesärztekammer in der letzten Nummer des Ärzteblattes kamen im Jahre 1939 aber nur 1400 Einwohner in Bayern auf einen Arzt. Die Besserstellung der heute bei uns tätigen Ärzte drückt sich nicht nur in den 500 Seelen aus, die auf jeden Arzt mehr entfallen als 1939, sondern auch in ihrer intensiveren Beschäftigung infolge der vielen neuen Aufgaben, die sich aus den schlechten Gesundheitsverhältnissen der Bevölkerung und den zahlreichen neu hinzugekommenen Aufgaben ergeben. Ich erinnere an die ärztliche Betreuung der vertriebenen Bevölkerung in den Auffanglagern, an die dadurch notwendig werdenden Massendurchleuchtungen, an die sich immer mehr ausbreitende Tuberkulosebekämpfung und an die gesteigerte Abwehr der Geschlechtskrankheiten, die sich mancherorts verzwanzigfacht haben.

Die Monopolstellung der Zahnärzte in Bayern ist noch eindeutiger. Wir haben nach Auskunft des Statistischen Landesamts insgesamt 1182 praktizierende Zahnärzte. Das ist ein Zahnarzt auf 7600 Einwohner. Unter Berücksichtigung der 1458 berufstätigen Dentisten entfallen 3000 Personen auf einen Zahnbehandler. Ich bin der Auffassung, daß in dieser Sparte der Medizin noch eine ganze Reihe vertriebener Zahnärzte gut Arbeit finden.

Es kann mithin keine Rede davon sein, daß sich die heute in Bayern praktizierenden Ärzte in einer Notlage befänden, es sei denn, daß man darunter die allgemeine Not unserer Zeit versteht oder die jeden treffende erhöhte Kürzung der Bruttoeinkommen durch Steuern meint. Die Ärzteschaft ist — das mag eine Berufseigentümlichkeit sein, über deren interessante Ursachen ich hier nicht sprechen und die ich nicht kritisieren will — vielleicht mehr als andere Berufe rasch geneigt, von einer Notlage zu sprechen. Daß zur Zeit von einer Notlage noch gar nicht die Rede ist, beweisen auch die Steuerunterlagen, wobei ich zu Gunsten der Ärzte unterstelle, daß sie keine höheren als die versteuerten Einkommen gehabt haben. Ich kann Ihnen, um meine Erwiderung nicht noch allzu sehr auszudehnen, nur stichprobenweise für ein paar Stadtteile Münchens und für einige ländliche Finanzamtsbezirke mitteilen:

(Staatsminister Seifried)

Ein Münchener Bezirk hatte 1945 57 niedergelassene Ärzte, dagegen 1946 nur noch 41. Die Einkommensverhältnisse in der Stufe bis 5000 Mark haben sich zu Gunsten der Ärzte derart verbessert, daß diese geringen Einkommen abgenommen, die mittleren Einkommen zugenommen und sich sogar in den höchsten Stufen über 25 000 Mark um 100 Prozent vermehrt haben.

In einem anderen städtischen Bezirk hat die Zahl der Ärzte sich ebenfalls zwischen den Jahren 1945 und 1946 nicht vermehrt, dagegen zeigt die Entwicklung der Einkommensverhältnisse wiederum eine wesentliche Verbesserung, so daß die Steuerpflichtigen der höchsten Stufen sich um 50 Prozent vermehrt haben und dabei Einkommen von über 100 000 Mark verzeichnet wurden.

Als weiteres Beispiel nehme ich einen ländlichen Bezirk in Oberbayern, wo die Zahl der Ärzte gleichgeblieben ist und die Einkommensverhältnisse genau das gleiche Bild wie die beiden vorerwähnten Gebiete zeigen. Diese Zahlen besagen eindeutig, daß die Praxis ausübenden Ärzte eher eine Monopol- als eine Notstellung einnehmen.

Wie wirkt sich die durch die ungesetzliche „Berufssperre“ der Kammer herbeigeführte Lage draußen auf dem Lande aus? In einem oberbayerischen Landkreis mit 60 000 Einwohnern gibt es 22 berufstätige Ärzte, daneben 12 Flüchtlingsärzte, von denen auch nicht einer seine Niederlassung verwirklichen konnte. Zum Teil handelt es sich um Familienväter, die nun schon seit vielen Monaten untätig umherirren. Einer dieser vertriebenen Ärzte sagte, er hätte nur dann einmal in seinem Beruf tätig werden können, wenn es sich um Geburtshilfe bei einer entlegen wohnenden Frau gehandelt habe und wenn dem 8 km entfernten, nächst erreichbaren Kollegen der Treibstoff zu knapp gewesen wäre. Dort kommen also heute 2750 Einwohner, darunter ein hoher Prozentsatz Flüchtlinge, auf einen Arzt, und Sie erinnern sich, daß der Durchschnitt für Bayern vor dem Kriege fast nur die Hälfte betrug, nämlich 1400.

Sie werden fragen: Wo bleibt da der Amtsarzt, der die Aufgabe hat, für eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Ärzten einzutreten? Der Amtsarzt ist aber in diesem Fall gleichzeitig Leiter des ärztlichen Bezirksvereins und in dieser Eigenschaft soll er die Interessen der Kammer vertreten. Der betreffende Amtsarzt hat auf Befragen selbst zugegeben, daß er sich wiederholt in Gewissenskonflikten befunden habe. Ich habe inzwischen veranlaßt, daß beide Posten nicht mehr in Personalunion vereinnigt sein dürfen. Als Herren der Gesundheitsabteilung Erkundigungen anstellten, ergab sich der Verdacht, daß in dem betreffenden Bezirk eine Arztstelle für einen noch gar nicht zur selbständigen Berufsausübung berechtigten jungen Mediziner offen gehalten werden sollte. Daß solche Vorkommnisse bei den vertriebenen Ärzten, besonders den älteren unter ihnen, die oft für große Familien sorgen müssen, Verbitterung auslösen, ist allzu begreiflich. Ich habe Ihnen aus der Fülle der an mich herangetragenen Beschwerden nur ein einziges Beispiel geschildert, damit Sie sich ungefähr ein Bild davon machen können, in welcher Richtung die Schwierigkeiten laufen, vor denen meine Gesundheitsabteilung tagtäglich steht.

Wenn danach die behauptete Not für die zur Zeit praktizierenden Ärzte entschieden verneint werden muß,

so besagt das keineswegs, daß ich die Zukunft des ärztlichen Berufs ruhig beurteile. Ich bin vielmehr insoweit mit der Ärzteschaft der Auffassung, daß die Entwicklung der Dinge sorgfältig beobachtet werden muß. Nur bin ich der Ansicht, daß dem Problem nicht mit einer Niederlassungssperre für die bereits approbierten Ärzte beizukommen ist, wie sie die derzeitige Landesärztekammer eigenmächtig durchgeführt hat. So sehr ich nach meiner ganzen Einstellung ein Gegner von Zwangsmaßnahmen gerade auf dem Gebiet der Berufswahl bin, so glaube ich, daß wir für eine bestimmte Übergangszeit nicht daran vorbeikommen, die Zahl der mit dem Studium der Medizin beginnenden Abiturienten niedrig zu halten und durch eine wirkliche Leistungsauslese weitere Sicherheiten gegen eine Überfüllung einzubauen. Damit wir wieder rechtlichen Boden unter die Füße bekommen, bitte ich Sie, bei allen Ihren Maßnahmen nur in die Zukunft zu schauen und nicht die bestehenden Schwierigkeiten durch Korrekturversuche an der Vergangenheit zu vermehren. Wie die soeben vorgetragenen Zahlen beweisen, bedarf es geeigneter Sicherheiten gegen eine zukünftige Fehlentwicklung.

Die Berufsvertretungen werden sich nach dem bereits erwähnten Ergebnis der Verhandlungen im Verfassungsausschuß in Zukunft auf einer völlig neuen Grundlage bilden und entwickeln. Sie werden wieder, wie sie es bei uns in Bayern bis in das Jahr 1927 stets gewesen sind, Zusammenschlüsse auf der Basis völliger Freiwilligkeit ihrer Mitglieder sein. Ich glaube, daß gerade dieses demokratische Fundament der zukünftigen ärztlichen Berufsvertretungen, dieses Wegfallen jeglichen Zwanges für die Ärzte, ihre Interessen durch eine einzige staatlich anerkannte Organisation wahrnehmen zu müssen, zu einer Entwicklung führen wird, wie sie in Amerika stets bestand und sich bestens bewährt hat. Dort setzt sich nämlich diejenige Berufsvertretung durch, die am wirtschaftlichsten arbeitet und die für ihre Mitglieder die höchstmöglichen Leistungen erzielt.

Gerade gewisse Vorkommnisse in der ehemals allein anerkannten ärztlichen Berufsvertretung beweisen, wie sehr es an der Zeit war, hier einen grundsätzlichen Wandel herbeizuführen. Ich brauche mich nur auf den Bericht zu beziehen, den der staatliche Kommissar der Landesärztekammer am 15. November 1946 dem bayerischen Staatsministerium des Innern erstattet hat. Nach diesem Bericht mußten die Ärzte für ihren Präsidenten Aufwandsentschädigungen — ich bitte das unzeitgemäße Wort „Aufwand“ zu beachten — von monatlich 1500 Mark, dazu Reisegelder von 30 Mark je Tag und 12 Mark je Nacht aufbringen und das alles neben einer bereits aus Mitteln der Ärzteschaft zu zahlenden Pension von monatlich etwa 900 Mark. Solche Präsidenten mit rund 30 000 Mark Jahresbezüge erinnern nur zu sehr an eine Epoche, von der wir alle wünschen, daß sie niemals wiederkehrt. Besonders berührt es auch, wenn man hört, daß die erwähnten Leistungen von ein paar noch gar nicht ordnungsmäßig gewählten Herren in der gleichen Sitzung bewilligt worden sind, in der beschlossen wurde, daß die Leiter der ärztlichen Kreis- und Bezirksvereine monatliche Vergütungen von 1000 bzw. 500 Mark erhalten sollen.

Ich habe mich bei meinen Ausführungen von dem Bestreben leiten lassen, die Freiheit des ärztlichen Berufes in ihren Grundlagen möglichst unangetastet zu

(Staatsminister Seifried)

lassen, und ich möchte unmißverständlich zum Ausdruck bringen, daß die vom Verfassungsausschuß dem hohen Plenum vorgeschlagene Übergangsregelung wirklich nur eine befristete Notlösung sein darf und die geschichtlich verankerte Freiheit der ärztlichen Niederlassung ehestens wieder hergestellt werden muß.

Die ärztlichen Berufsvertretungen der Zukunft aber mögen durch ihre freiwillig beitretenen Mitglieder wahre demokratische Gesinnung bekunden und aus selbstverantwortlichem Gemein Sinn heraus ihre ganzen Kräfte einsetzen für das letzte Ziel aller ärztlichen Tätigkeit: Hilfe dem kranken Menschen! Denn wann hätten die Kranken und Elenden mehr der Kunst des Arztes und seines menschlichen Zuspruchs bedurft als in unserer kranken und notvollen Zeit?

(Beifall.)

Stellvertretender Präsident **Schefbeck**: Das Wort hat Herr Staatssekretär **Krehle** als Vertreter der Staatsregierung.

Staatssekretär **Krehle**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zu den Ausführungen, die der Abgeordnete Dr. Linnert in der letzten Landtagsitzung über den Abteilungsleiter 4 des Arbeitsministeriums gemacht hat, habe ich eine kurze Erklärung abzugeben. Dr. Linnert hat behauptet, daß der Leiter der Abteilung 4, Ministerialrat Dr. **Schieckel**, ohne Genehmigung des Ministers nach Berlin zum Kontrollrat gefahren sei. Ich stelle fest: Bereits in einer Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses wurde festgestellt, daß diese Reise auf Einladung des Kontrollrats und selbstverständlich mit Wissen des Ministers erfolgt ist.

Es ist ferner behauptet worden, Dr. **Schieckel** befinde sich erst seit kurzem in Bayern. Dr. **Schieckel** hat in Bayern studiert, hier an der Universität den Dokortitel erworben und besitzt seit 1938 seinen ständigen Wohnsitz in Bayern.

Es ist ferner behauptet worden, daß der Leiter der Abteilung 4 unwahr behauptet hätte, die Militärregierung wüßte die Neuregelung der deutschen Sozialversicherung durch die Deutschen. Es ist richtig, daß Dr. **Bloch** von **OMGUS** Berlin in Stuttgart erklärt hat, daß die Regelung der Sozialversicherung eine Sache sei, die sich der Kontrollrat zur eigenen Regelung vorbehalten habe, daß aber die Regelung des Ärzterechts eine deutsche Angelegenheit sei. Ich halte es für notwendig, diese Erklärung hier abzugeben.

Stellvertretender Präsident **Schefbeck**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. **Bühner**.

Dr. **Bühner** (CSU): Meine Damen und Herren, Mitglieder des hohen Hauses! Auch ich muß auf Vorgänge bei der letzten Sitzung zurückkommen, wo uns der Abgeordnete **Peschel** den Vorwurf gemacht hat, es gebe kein Verbrechen, zu dem sich ein deutscher Arzt nicht bereifinden würde. Ich habe es nicht verstehen können, daß dieser schwere Vorwurf gegen die Ärzteschaft verhältnismäßig ruhig hingenommen wurde und vor allem auch, daß der Herr Präsident davon keine Notiz genommen hat.

(Zuruf: Der Nürnberger Prozeß!)

— Darauf komme ich zurück. Ich bin deshalb dem Herrn Innenminister dafür dankbar, daß er diesen Vorwurf entkräftet hat, wenn ich auch sonst mit seinen Ausführungen nicht einverstanden sein kann. Einige Worte muß ich noch dazu sagen.

Es gab jahrzehnte-, fast möchte ich sagen jahrhundertlang, in Deutschland einen Stand, der über alle Stände gestellt war. Ob dies mit Recht oder zu Unrecht geschah, möchte ich heute nicht entscheiden. Dieser Stand war der Offiziersstand. Wir wissen, daß von Vertretern dieses Standes

(Wimmer: leider!)

— ja, da kann man ruhig Leider! sagen; ich bin kein Militarist — Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen und die Begeher dieser Verbrechen verurteilt wurden. Kann man aber deshalb behaupten, daß alle Angehörigen dieses Standes Verbrecher waren, wie man es den Ärzten nachsagt?

(Dr. Huber: Das ist nicht gesagt worden!)

— Es hat geheißen, daß sich für jedes Verbrechen ein deutscher Arzt finde. Daß jetzt in Nürnberg über deutsche Ärzte Gericht gehalten wird, weiß ich auch. Aber ich kann ruhig sagen: In den Konzentrationslagern gab es auch Leute, die die Euthanasie — das Hinüberbefördern auf anständige Weise, wie es genannt wurde — betrieben und die nicht dem Arztestand angehörten. Ja es gab sogar in einzelnen Lagern **Kapos**, die sich dazu hergaben. Wir wissen das ganz genau. In den Irrenanstalten waren es am wenigsten die Ärzte, die die Euthanasie ausgeführt haben. Ich kenne eine Reihe von Irrenanstalten, wo dies von ganz anderen Leuten gemacht wurde.

Wie ist es andererseits mit anderen Berufsständen? Wenn in einem Theaterstück, wie neulich in Dresden droben, ein Friseur nicht so hingestellt wird, wie es der Berufsstand der Friseure haben möchte, so wird Protest erhoben und der Erfolg ist, daß das Stück abgesetzt wird. So wurde es fast die ganze Zeit hindurch gemacht. Es durfte niemals der Beruf des betreffenden Verbrechers genannt werden. Ich möchte den Abgeordneten **Peschel** fragen, ob er sich einmal die Statistik der Verbrecher angeschaut und festgestellt hat, welcher Stand in dieser Verbrecherstatistik an erster Stelle steht. Es ist dies nicht der Arztestand, sondern ein Stand, der der arbeitenden Klasse zugehört, nämlich der Feinmechaniker und Schlosser.

(Hört, hört! — Große Heiterkeit. — Unruhe.)

Wenn auf dem Theater, im Film und in Schriftstücken ein Arzt herausgestellt wird, so wird leider fast niemals ein wahres Bild des Arztes gezeichnet, sondern ein Zerrbild wiedergegeben. Welch ungeheuerere Verantwortung und Arbeitslast auf den Schultern des Arztes ruht, davon spricht man nicht.

Nun möchte ich auf eine Äußerung des Kollegen **Peschel** zurückkommen, der neulich den Eid des Hippokrates angeführt und gesagt hat, daß danach die Herren Ärzte arbeiten sollten. Hat er aber auch gelesen, daß in dem Eid des Hippokrates steht: Ich werde niemals einer schwangeren Frau Mittel geben, um die Leibesfrucht zu beseitigen? Das Nachrichtenblatt der SPD, Nr. 11 von Anfang Juni, tritt sehr stark dafür ein, daß § 218 des Strafgesetzbuchs gelockert oder vielleicht aufgehoben wird. Ich habe damals in der Verfassungsgebenden Landesversammlung bedauert, daß im Abschnitt Ehe und Familie zwei Sätze nicht in die Verfassung aufgenommen worden sind, die ich gerne darinnen gesehen hätte. Sie hätten gelautet: Das keimende Leben genießt den Schutz des Staates. Unerlaubte Unterbrechungen unterliegen dem Strafgesetzbuch. Die Verfassung mußte aber damals so rasch gemacht werden, daß man überhaupt kaum zu

(Dr. Bühner [CSU])

einer Aussprache kam. Die in diesem Nachrichtenblatt aufgestellte Forderung ist ein Verbrechen nicht bloß am keimenden Leben. Sobald die Empfängnis stattgefunden hat, entwickelt sich ein Leben, das als menschliches Wesen bezeichnet werden muß. Da verlangt man nun, dieses menschliche Wesen zu töten, das sich genau so wenig gegen diese Tötung wehren kann, wie sich die Insassen der Konzentrationslager gegen den Gastod oder eine andere Todesart zur Wehr setzen konnten!

(Starker Beifall bei der CSU. — Unruhe und Zwischenrufe links.)

Ich weiß nicht, zu welcher Kategorie Beschel sich rechnet und wozu er mich rechnet, vielleicht zu den Kopfarbeitern, vielleicht auch nicht.

(Zuruf: Zu den Mechanikern!)

Ich möchte aber doch auf der anderen Seite fordern, daß einmal einer hinauf in meine Rhönpraxis geht und im Winter dort Praxis macht! Am Abend wird er sich dann fragen, ob er mit dem Kopf oder dem Körper hat arbeiten müssen; ich glaube mit beiden. Warum spricht man niemals davon, was die Ärzte während des Krieges draußen leisteten und vor allem auch zu Hause? Ich bin kein Anhänger von Orden und Ehrenzeichen, aber ich muß sagen, daß während des Krieges sehr viele Sanitätsorden nur durch ärztliche Heldentaten verdient worden sind. Dies wollen wir nicht bestreiten.

(Zuruf: Auch das kv-Schreiben!)

— Das ist wieder etwas anderes. Die Ärzte, die zuhause waren, haben sich Tag und Nacht abgerackert. Ich kenne eine ganze Reihe von Ärzten, die deshalb frühzeitig ins Grab steigen mußten. Ich verlange nur *G e r e c h t i g k e i t*. Ich erhebe absolut keine Vorwürfe, aber wir wollen doch gerecht sein und wollen in gerechter Weise den neuen demokratischen Staat aufbauen!

(Zuruf: Allen Berufen gegenüber gerecht sein!)

— Das bin ich auch. Aber warum hat man hier gerade die Ärzteschaft herausgestellt und das von ihr behauptet? Die damals genannte Zahl ist entstellt worden. Ich habe damals gesagt, daß 2400 Ärzte in Oberbayern tätig sind und 54 Prozent davon bei der Partei oder einer ihrer Gliederungen waren. Das habe ich behauptet.

Gegen uns Ärzte ist ferner neulich der Vorwurf erhoben worden, wir hätten Prämien bekommen, wenn wir die Leute während des Krieges arbeitsfähig geschrieben hätten. Das ist nicht wahr. Das war eine Bezahlung für ordnungsmäßige Untersuchung und diese 2 Mark wurden bezahlt, gleichviel ob der Betreffende arbeitsfähig oder nicht arbeitsfähig geschrieben wurde. Dies möchte ich richtiggestellt haben.

Jetzt möchte ich auf das zu sprechen kommen, wozu ich eigentlich heute hätte sprechen sollen.

(Heiterkeit. — Zurufe.)

— Wenn es Sie langweilt, können Sie ruhig hinausgehen! Ich weiß, was ich hier zu sagen habe. Nachdem es nicht möglich ist, die ärztliche Niederlassung so zu ordnen, wie ich es gerne gesehen hätte — ich mache darauf aufmerksam, die Fehler werden sich später klar herausstellen —, so muß ich mich mit dem sogenannten Regierungsantrag begnügen, der heute den Mitgliedern des Hauses in die Hand gedrückt worden ist. Ich möchte ganz besonders bitten, die Ärzteschaft dabei eingehend

zu Rate zu ziehen; denn wir haben ja vor, draußen in den einzelnen Regierungsbezirken und Kreisen, wie es früher hieß, ein Gremium von Ärzten wählen zu lassen, dem ein Flüchtlingsvertreter, ein nicht niedergelassener Arzt und ein Schwerkriegsbeschädigter angehören sollen. Dieses Gremium soll die Niederlassungen betätigen. Ich glaube kaum, daß das Innenministerium, wenn ihm die Machtbefugnis dazu gegeben wird, so eingehend die Verhältnisse überprüfen kann, wie es diesem Gremium draußen, das ich gerne gehabt hätte, möglich wäre.

Vorhin ist auch der Vorwurf erhoben worden, wir Ärzte seien als freier Berufsstand dem Druck des Nationalsozialismus nicht so sehr wie andere Leute, insbesondere die Beamten, ausgesetzt gewesen. Hierzu möchte ich nur eines erzählen: Eines Sonntag Nachmittags im Jahre 1935 kamen zwei Kollegen zu mir in mein Haus herauf. Einen davon kannte ich vom letzten Krieg her, den anderen kannte ich nicht. Der andere ist als Gauleiter irgendwo beim Umbruch verschunden. Was verlangten nun diese Herren von mir? Sie verlangten von mir, daß ich zur Partei gehe. Ich habe ihnen gesagt, das komme nicht in Frage. Um eine gewisse Rückendeckung zu haben, hatte ich aber dann erklärt: Ich weiß, Ihr beide waret beim Heer und wir wollen einmal so schimpfen, wie wir gegen Ende des Krieges 1918 geschimpft haben. Was wir hier sagen, soll unter Männern gesagt sein und wir werden davon keinen weiteren Gebrauch machen. Dann erwiderten sie mir auf das Nein: Dann werden Sie als Arzt hier oben suspendiert. Darauf habe ich geantwortet: Dann mache ich einen Naturheilkundigen. Es wurde mir erwidert: Dann werden Sie als politisch unzuverlässig oder, besser gesagt, als Gegner des Systems erklärt und auch hier ein Verbot bekommen. Wissen Sie, was ich den Herren dann geantwortet habe? Ich habe gesagt, ich bin hier eigentlich so ein kleiner Rhönbauer, wie viele Rhönbauern hier oben. Ich habe noch vom Vater her ein Patrimonium aus 14 Morgen Feld und Wiesen. Wenn mir nun auch die Naturheilkunde verboten wird, so ernähre ich meine Familie auf dieser Klitsche, solange Ihr regiert. Wenn diese beiden Herren unanständig gewesen wären, würde es nicht Mitternacht geworden sein und ich wäre abgeholt worden.

(Zuruf: Warum haben das die anderen Ärzte nicht getan? — Unruhe. — Weitere Zwischenrufe.)

Stellvertretender Präsident **Scheffbeck**: Herr Abgeordneter Dr. Bühner, ich bitte Sie, nicht allzu sehr vom Thema abzuweichen.

Dr. Bühner (CSU): — Mir ist der Vorwurf gemacht worden, daß die Ärzte dem Druck des Nationalsozialismus nicht so sehr ausgesetzt gewesen seien. Da steht mir wohl das Recht zu, darauf zu antworten. Ich sage also, auch die Ärzte wurden unter Druck genommen, ganz besonders draußen in den kleinen Städten. Überall versuchte man, sie in die Partei hineinzuzwängen, weil man wußte, welches Ansehen der Arzt draußen genoß.

Das Einzige, was mir an der vorgeschlagenen Regelung gefällt, ist, daß das Staatsministerium des Innern zwar die Genehmigung erteilt, aber auf Grund einer *Niederlassungsordnung*, die nach Anhörung der zuständigen Berufsvertretung und nach Zustimmung des Landtags erlassen wird.

(Dr. Böhmer [CSU])

Ich will nicht zu weiterschweifig werden und beim Thema bleiben, obwohl ich auf die Ausführungen des Herrn Staatsministers Seifried noch einiges zu sagen hätte. Es ist nicht richtig, wenn der Herr Staatsminister gesagt hat, daß wir den Flüchtlingsärzten nicht Platz machen wollten. Ich habe neulich sehr klar und deutlich hier betont, daß 37 Prozent der Flüchtlingsärzte bereits eine Praxis bekommen haben und daß die Flüchtlingsärzte auch nach § 59 des Flüchtlingsgesetzes nicht anders behandelt werden sollen als die Bayern. Aber wir wehren uns dagegen, daß wir mit Ärzten überschmemmt werden, die keine Flüchtlinge sind, sondern aus Bequemlichkeit oder sonstigen Gründen nach Bayern eingewandert sind, obwohl in ihren Zonen es an Ärzten fehlt.

(Beifall.)

Ich habe neulich klar und deutlich nachgewiesen, wie die einzelnen Ärzte in Bayern vertreten sind. Dabei habe ich nachgewiesen, daß die Flüchtlinge ungefähr 16 bis 17 Prozent des Zuwachses ausmachen, die Ärzte dagegen 46 Prozent. Wir wehren uns dagegen, daß Ärzte, die hier hängen geblieben sind oder die aus irgendwelchen Gründen, etwa weil Bayern das gelobte Land sein soll, hier hereingekommen sind und die nicht dort sind, wo sie hingehören, nun bevorzugt behandelt werden. Aus diesem Grunde haben wir die Überprüfung sämtlicher Niederlassungen, die seit dem 1. September 1939 betätigt wurden, verlangt, damit wir endlich Sauberkeit bei der Ärzteschaft erhalten und auch feststellen können, ob die Ärzte, die jetzt in irgend einer Form eine sogenante ärztliche Tätigkeit ausüben, wirklich die Fähigkeit besitzen, Menschen zu behandeln.

Wenn der Herr Innenminister vorhin die Behandlung des kranken Menschen als das oberste Gesetz für den Arzt bezeichnet hat, so muß ich die Forderung hinzufügen, daß vor allem auch für die Gesunderhaltung der Bevölkerung gesorgt wird und dadurch die Arbeitskraft des bayerischen Volkes erhalten bleibt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

Stellvertretender Präsident **Scheffbeck**: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Linnert.

Dr. **Linnert** (FDP): Hohes Haus! Der Kuchen, den sich der Herr Innenminister innerhalb von vier Wochen — so lange Zeit hat er ja gehabt — gebacken hat, hat doch, wie wir in Franken sagen, einige spundige Stellen.

Ich bin der Ansicht, daß es sich erübrigen könnte, hier in Detailfragen einzutreten, nachdem doch in der vorvorigen Landtagsitzung ein Untersuchungsausschuß eingesetzt wurde, der alle Vorwürfe, die hier erhoben worden sind und denen sich noch neue anreihen werden — es rühren sich jetzt alle möglichen Kreise wie die Apotheker und die Tierärzte —, behandeln wird. Aber einige bedürfen doch, glaube ich, der Richtigstellung. Zunächst möchte ich es als Abgeordneter ablehnen, mir vorwerfen zu lassen, ich hätte unbegründete Anwürfe erhoben. Ich habe keine Anwürfe erhoben, sondern ich glaube, ich habe klar und deutlich gesagt, wem meine Vorwürfe gelten und warum sie gemacht wurden. Wenn Herr Innenminister Seifried uns hier erzählt, daß unter den Ärzten so viele Militärärzte seien und daß die Militärärzte doch unter Umständen höchst verdächtig seien als Militaristen, dann verstehe ich aber nicht, warum derselbe Innenminister mit der einen Träne im Auge sagt, er brauche ausge-

rechnet als Kommissar für die Ärztekammer auch einen Militärarzt. Denn der Mann, den er eingesetzt hat, war genau so ein Militärarzt wie alle anderen. Dr. **Stein**, dieser eingesetzte Augenarzt, war Militärarzt und ist einer von denen, die bei der Demobilisierung in Bayern, wie es so rührend geschildert worden ist, hängen geblieben ist. Er wurde dann ohne jede Vorbildung zum Bezirksarzt in München ernannt — er hat keine Vorbildung für diesen Posten, kein Physikat — machte da droben drei Tage Dienst und drei Tage in München als kommissarischer Ärztekammerpräsident.

Dann hat der Herr Innenminister den Vorwurf erhoben, daß der unter ihm noch tätige damalige Referent für das Gesundheitswesen, Dr. **Seiffert**, unter dem furchtbaren Verdacht stehe, ein jüdisches Anwesen in Nürnberg gekauft zu haben. Wenn man schon so persönlich wird, so wird Herr Innenminister Seifried auch wissen, daß man dem von ihm eingesetzten Präsidenten vorwirft, er habe seinen jüdischen Auftraggeber, den er in Breslau als Inhaber eines Okulariums hatte, bei der damaligen NSDAP angezeigt. Ich weiß nicht, ob das sehr anständig war. Die Akten hierüber liegen bei der Spruchkammer. Ich glaube also, man sollte doch etwas vorsichtiger mit solchen Behauptungen sein, wenn man selbst im Glashaus sitzt. Der Mann ist also Militärarzt gewesen, ist politisch belastet, was untersucht wird, und hat keinerlei Vorbildung für den Posten, sondern war Augenarzt. Daß er in Süddeutschland geboren ist — er ist in Hessen geboren — ist natürlich ein Milderungsgrund, den wir gerne anerkennen.

(Staatsminister Seifried: Er hat den Mut gehabt, auszumisten.)

— Er hat nicht den Mut gehabt auszumisten, sondern er konnte sich nur halten, weil er sich so betätigte, als ob er so täte. Dazu fehlte ihm nämlich jede Kenntnis der Verhältnisse. Wenn man ausmisten will, muß man den Stall auch kennen. Ich glaube nicht, daß man, wenn man als Militärarzt irgendwo hängen bleibt, den Stall kennt, den man ausmisten soll. Ich bin nicht dazu da, um die Ärztekammer zu verteidigen. Wenn hier erzählt wird, dieser Ärztekammervorsitzende sei ein so furchtbarer Mensch gewesen, daß er zwei Jahre Gefängnis und 9000 Mark Geldstrafe bekommen habe, so möchte ich bemerken, daß dieser Ärztekammervorsitzende von der Militärregierung mit Zustimmung des bayerischen Innenministers eingesetzt worden ist. Man hätte sich also damals genauer erkundigen müssen und darf ihm nicht hintennach etwas zum Vorwurf machen, wogegen er sich hier nicht verteidigen kann. Der nächste Mann ist vom bayerischen Innenminister eingesetzt worden und dafür trägt das Innenministerium nach meiner Auffassung die volle Verantwortung. Eine Anfrage, die ich jetzt wieder klar und deutlich stelle, ist mir nicht beantwortet worden: Wer hat den Brief an die Militärregierung geschrieben, Herr Innenminister, mit dem der Referent im Innenministerium, Herr Professor Dr. **Seiffert**, angezeigt worden ist? Wir werden ja die Antwort im Unterausschuß bekommen.

(Staatsminister Seifried: Das habe ich beantwortet.)

— Nein, das haben Sie mir nicht beantwortet.

(Staatsminister Seifried: Das habe ich in meinem Referat beantwortet, da hätten Sie besser zuhören müssen.)

(Dr. Linnert [SP])

— Diesen Brief hat nicht das Referat geschrieben, sondern gewöhnlich pflegt ein Brief von einer Person geschrieben zu werden, und diese Person möchten wir gerne kennenlernen. Wir werden sie ja im Untersuchungsausschuß genau kennenlernen.

Wenn ferner gesagt wird, man habe einen besonders tüchtigen Mann im Innenministerium gehabt, und ich hätte das Beispiel vom Chirurgen, der Cello spielt, schlecht angewendet, so könnte ich an Hand der Akten von diesem Juristen und Arzt ein Gutachten vorlesen, dessen Tonart. Ihnen schon zeigen würde, wes Geistes Kind der Mann ist. Ich möchte das unterlassen. Ich weiß nicht, was der Herr Innenminister dazu sagt, daß sich die fünf Medizinalreferenten aller fünf bayerischen Kreisregierungen gegen seine Politik gewandt haben. Das ist allerhand, wenn fünf höhere Regierungsbeamte so Stellung nehmen. Ich habe das Aktenstück in der Hand und werde es dem Untersuchungsausschuß übergeben. Auch darauf hat der Herr Innenminister bis jetzt keine Antwort geben können.

Wenn man weiter behauptet, es sei nicht richtig, daß Referenten in der Gesundheitsabteilung des Innenministeriums ohne Wissen des Ministers Dienststreifen machten und keinen Bericht erstatteten, so habe ich dazu zu sagen, daß der Bericht hierüber vom Referenten des Innenministeriums stammt. Hier liegt er schwarz auf weiß und unterschrieben! Es hat nämlich der Referent des Herrn Innenministers selbst sich nicht anders helfen können, weil er einfach mit dem, was darin vorgeht, nicht anders fertig wurde, als daß er diese Unterlagen an Abgeordnete weitergegeben hat. Ich muß schon sagen, es ist ein merkwürdiges Zeichen für die Gesundheitsabteilung, wenn man jetzt keinen anderen Ausweg weiß, als einen Juristen als Ministerialdirigenten an die Spitze zu stellen. Ich meine, es müßte doch möglich sein, in Bayern unter Tausenden von Ärzten, die es gibt, einen Arzt zu finden, der in der Lage ist, diese Gesundheitsabteilung zu leiten. Wenn man ihn allerdings bloß nach dem Parteibuchgesichtspunkt aussucht, ist die Auswahl sehr gering. Ich glaube, man sollte hier andere Grundsätze gelten lassen, als sie bisher angewendet worden sind.

Darauf hat der Herr Innenminister auch nicht geantwortet, daß sämtliche Herren, die ich angegriffen habe, Mitglieder der Partei sind, der er angehört. Ich glaube, diese merkwürdige Auswahl bedarf auch der Beleuchtung. Wir sollten endlich aus der Zeit von 1933 gelernt haben, daß man die Beamtenposten nicht nur nach dem Parteibuch, sondern nach der Fähigkeit besetzt.

Der Herr Innenminister hat auch die Zahlen angegriffen, die ich über die Gesundheitsämter in Bayern und ihre Besetzung genannt habe. Die Zahlen stammen von seinem eigenen Referenten. Es besteht hier eine merkwürdige Diskrepanz zwischen den Angaben des Statistischen Landesamts und unseren Unterlagen. So spricht das Statistische Landesamt von 7000 und etlichen Ärzten, die es in Bayern gibt, während tatsächlich in der Kartei der Landesärztekammer 11000 Ärzte geführt werden, ferner über 2000 Zahnärzte, davon 1600 mit eigener Praxis. Das kann nur daher kommen, daß die Gesundheitsämter, die dem Innenministerium unterstehen, sehr mangelhaft arbeiten; anders kann man das nicht erklären. Wir erheben ja von diesen lebendigen Personen Beiträge. Sie sind

da. Man kann also nicht sagen, es sind nur so viele da, und daraus die Schlüsse ziehen, die der Herr Innenminister bezüglich der Zahl der Ärzte und Zahnärzte im Verhältnis zu unserer Bevölkerungszahl zieht.

Wenn behauptet wird, wir hätten etwas gegen die Flüchtlingsärzte, so ist das, mindestens so weit es die Zahnärzte anlangt, eine irrtümliche Behauptung. Im Gegenteil, wir haben uns die größte Mühe gegeben, diese armen Teufel, — anders kann man nicht sagen, denn sie haben ihre Einrichtung, ihr Heim und alles verloren — unterzubringen und denjenigen, denen wir keine Praxis verschaffen konnten — zum Zahnarzt gehört auch eine ganze Einrichtung — geben wir als einziger Berufsstand in ganz Deutschland eine monatliche Unterstützung, die wir freiwillig aufbringen. Ich glaube, das läßt sich hören und man sollte das auch im Innenministerium wissen, daß wir das tun. Jeder, der zugelassen ist, zahlt in diesen Unterstützungsfond hinein. Wenn wir weiter aufkommen für die Pensionen derjenigen, die aus der russischen Zone abgewandert sind und heute keine Stellung haben, so haben wir hier unsere Pflicht auf diesem Gebiet wohl erfüllt. Ich war von allem Anfang an Gegner des Art. 1 des Ärztegesetzes, der eine Bevorzugung der bayerischen Ärzte bedeutet. Ich habe erklärt, das ist undurchführbar. Früher ging das Suchen nach der arischen oder nichtarischen Großmutter, heute wird überall gesucht und entdeckt, der eine hat eine bayerische Frau, der andere hat früher fünf Jahre in Bayern gelebt — manche haben auch in Wolfratshausen gelebt —, das sind jetzt alle Bayern geworden. Darauf wollen wir uns nicht einlassen. Wir wollen die Leute unterbringen, so gut es geht.

Nun kommen wir auf den Kernpunkt unserer Beratungen; wer soll über die Unterbringung wachen, wer weiß, wo es fehlt, und wo jemand einzusehen ist? Das weiß die Berufsorganisation am allerbesten. Ich kann behaupten, daß bisher diese Einteilung auf das sorgfältigste überprüft worden ist, daß sie aber fortwährend durch eigenmächtige Maßnahmen der Referenten im Innenministerium durchbrochen wurde, die nicht gefragt haben, ob ein Bedürfnis gegeben war, sondern einfach jeden, der hingelassen ist, zugelassen haben, ob er ein Bulgare oder Türke oder Serbe war, ich meine nicht Volksdeutsche, sondern wirkliche Angehörige dieser Länder. Daß wir uns bei der großen Not, die auch unter den Ärzten besteht, dagegen wenden, ist selbstverständlich. Wenn man hier mit Rindermärchen aufwartet, daß in einem Münchener Bezirk 41 Ärzte sind, von denen ein Teil ein 100 Prozent höheres Einkommen hatte, so sollte man das von der Höhe des Ministeriums aus nicht tun. 41 Ärzte sind keine Unterlage für eine statistische Erfassung. Denn die Statistik ist das Gesetz der großen Zahl. Man kann also nicht von ein paar Leuten ausgehen und behaupten, die Ärzte hätten ihr Einkommen um 100 Prozent erhöht, wenn es bei einigen der Fall war, was durchaus möglich ist. Dann werden sie aber bestimmt mehr als 40 Stunden in der Woche gearbeitet haben. Darauf können Sie sich verlassen.

Wenn vom Ärztegesetz überhaupt gesprochen wird, müssen wir die Entstehungsgeschichte des Gesetzes berücksichtigen. Wir sind 1945 zunächst in der Luft gehangen. Es war die Militärregierung, das muß immer wieder betont werden, die verlangt hat, daß das Ärztegesetz geschaffen werde. Interessant

(Dr. Einnert [SPD])

ist, warum sie es verlangt hat: nämlich deswegen, weil in Bayern so außerordentlich viele Ärzte hängen geblieben sind, da hier sehr viele Truppenverbände demobilisiert wurden und wir tatsächlich zu einem großen Teil der Luftschutzkeller von ganz Deutschland waren. Aus diesem Grunde hat die Militärregierung verlangt, daß endlich einmal Ordnung geschaffen und das Ärztegesetz erlassen wird. Es ist dann am 5. Mai 1946 erlassen worden, also zu einer Zeit, wo es nur eine kommissarisch eingesetzte Regierung und nur kommissarisch eingesetzte Vertreter aller Berufe gab, wo kein Landtag, ja noch nicht einmal die Verfassungsgebende Landesversammlung vorhanden war. Aus diesem Zusammenhang resultiert, was niemand bei den Beratungen unserer Verfassung erwartet hatte, die Auswirkung des Art. 179 der Verfassung, von dem die Juristen behaupten, daß das Ärztegesetz, das den Koalitionszwang und den Zwangsbeitrag festsetzt, damit in Widerspruch stehe. Es ist sehr schwer, mit den Juristen über eine solche Frage zu streiten. Sie kennen ja den Unterschied zwischen dem lieben Gott und dem Juristen; der liebe Gott weiß alles und der Jurist weiß alles besser. Das trifft hier auch zu. Die Juristen legen die Verfassung aus, das ist ihre Pflicht. Aber man muß doch auch die Entstehung eines Gesetzes berücksichtigen. Der größte Teil des Hauses war zugleich in der Verfassungsgebenden Landesversammlung. Ich berufe mich auf das hohe Haus dafür, daß niemand bei der Beratung des Art. 179 der Verfassung daran gedacht hat, daß hier plötzlich Institutionen wie die Ärztekammer, die Zahnärztekammer, die Apothekerkammer und die Rechtsanwaltskammern mit allen ihren besonderen Einrichtungen, die zum Teil auf Jahrhunderte zurückgehen, getroffen werden. Bei den Beratungen hat niemand daran gedacht, daß, wie man jetzt in der Gesetzesauslegung plötzlich feststellen will, dieser Koalitionszwang nicht im Einklang mit Art. 179 der Verfassung steht. Ich glaube, man kann dieser Frage wegen nicht eine Verfassungsänderung durch Volksentscheid und allem, was da drum und dran hängt, herbeiführen. So unvernünftig sind wir nicht. Ich glaube, den Juristen ist die Gabe der Auslegung in so weitem Maße gegeben, daß sie auch diesen Artikel 179 so auslegen können, wie es der Referent im Justizministerium beinahe getan hat. Er gibt uns fast recht, es fehlen nur noch 49 Prozent dazu, die müssen wir uns noch beschaffen, dann können wir wirklich ein Werk vollbringen, an dem, das glaube ich dem Herrn Innenminister sagen zu dürfen, er seine Freude haben wird. Er ist ganz einseitig informiert. Herr Innenminister, wenn Sie sich an uns halten, so glaube ich, können wir sehr gut zusammenarbeiten. Es ist nicht notwendig, daß wir über diese Fragen streiten. Aber Sie müssen Ihre bösen Geister aus dem Innenministerium herausbringen und Leute hinsetzen, die auch das Vertrauen der Ärzte und Zahnärzte genießen. Die Leute, die jetzt dort sind, genießen dieses Vertrauen nicht. Wenn jetzt durch eine freie Wahl die Kammervorsitzenden ernannt worden sind, so möchte ich Sie, Herr Innenminister, dringend bitten, nicht Dinge vorzubringen, die einmal waren, wie z. B. die berühmte Aufwandsentschädigung. Wir kritisieren auch nicht die Aufwandsentschädigung der Minister.

(Staatsminister Seifried: Schade, daß zu wenig bekannt ist, was für eine Aufwandsentschädigung die Minister bekommen!)

— Das kommt alles beim Stat zur Sprache, dann können wir darüber reden, Sie werden dann vielleicht ein sehr großzügiges Entgegenkommen finden. Die Sache liegt so, daß heute niemand im Stande ist, nur noch ehrenamtlich tätig zu sein. Das ist unmöglich. Das tut kein Gewerkschaftssekretär, kein Bauernverbandssekretär.

(Zuruf von der SPD: Das sind die ersten, an die Sie denken.)

— Das sind auch böse Leute.

(Dr. Schlögl: Das liegt Ihnen schwer im Magen, daß die Bauern und Arbeiter nicht mehr streiten.)

— Sie vertragen sich so ausgezeichnet, Sie werden nächstens Ehrenmitglied der Gewerkschaften, da habe ich gar keine Angst. Die Aufwandsentschädigung hat einmal Dr. Kallenberger bezogen. Der jetzige Präsident bezieht überhaupt keine Aufwandsentschädigung. Das muß ich sagen, weil es in der Öffentlichkeit ausgesprochen wurde. Ich schaue als Präsident der Bayerischen Zahnärztekammer schon lange nach meiner Aufwandsentschädigung aus, ich habe nicht die Brille so groß, um sie zu finden. Man darf nicht Dinge in die Debatte werfen, die einer längst vergangenen Zeit angehören. Heute ist es anders. Es wird auf die Dauer in der heutigen Zeit vollkommen unmöglich sein, so ehrenamtlich zu arbeiten, wie wir es gerne alle tun würden.

Wenn ich weiter ausgeführt habe, daß das Ärztegesetz vom Innenministerium sabotiert wird, so wird sich der Herr Innenminister daran erinnern, daß wir, um nur endlich einmal die Wahlordnung zustande zu bringen, sogar den damaligen Ministerpräsidenten Dr. Hoegner in Bewegung setzen mußten; denn sonst hängt ja das ganze Ärztegesetz in der Luft. Es hat Mühe genug gekostet, es zu erreichen. Die Wahlordnung steht allerdings so aus, daß sie geradezu überantiaquistisch ist. Sie ist Gott sei Dank da, und wir konnten wählen und auf diese Weise von den kommissarischen Präsidenten auf die wirklich demokratisch gewählten Präsidenten übergehen.

Es fehlt noch, was sehr wichtig ist, die Berufsgerichtsordnung und die Niederlassungsordnung, für die wir einen Entwurf eingereicht haben. Es dreht sich also nicht bloß um ein Problem. Den Vorwurf, daß sabotiert worden ist, muß ich auf Grund meiner Kenntnis der Dinge unbedingt aufrecht erhalten.

Wenn weiter gesagt wird, daß der Herr Innenminister ein gewisses Mißtrauen gegen Ärztevereinsvorsitzende hat, die zufällig auch Bezirksärzte sind, so wird, glaube ich, hier der Gaul am Schwanz aufgezäumt. Weil wir nicht genügend beamtete Ärzte haben, müssen wir auch auf Ärzte zurückgreifen, die nicht das Physikate besitzen. Daß nun das Innenministerium die Personalunion zwischen solchen Ärzten und den ärztlichen Bezirksvereinsvorsitzenden verbietet, halte ich für eine Unmöglichkeit. Das widerspricht jeder demokratischen Selbstverwaltung. Der Amtsarzt gehört genau so dem ärztlichen Bezirksverein an wie jeder andere Arzt und kann deshalb zum Vorsitzenden gewählt werden. Im übrigen ist diese Stellung nicht so erschütternd groß, daß man sich im Ministerium mit einem Verbot abgeben sollte.

Wegen der Reise des Ministerialreferenten nach Berlin möchte ich zu dem, was Herr Staatssekretär Krehle ausgeführt hat, darauf hinweisen: In der betreffenden Ausschusssitzung hat ein Parteifreund des

(Dr. Einnert [SP])

Herrn Staatssekretärs Krehle vorgebracht, daß diese Angabe der Wirklichkeit entspreche. Mehr kann und will ich nicht dazu sagen. Ich möchte auch die Debatte des Hauses nicht ungebührlich lange aufhalten; wir haben ja den Untersuchungsausschuß, der in die Detailfragen eintreten kann. Wir werden dann sehen, was aus unseren Angriffen herauskommt.

Zur Beratung stehen nun verschiedene Anträge zum Ärztegesetz. Der erste Antrag geht dahin, das Ärztegesetz an den Verfassungsausschuß zurückzuweisen zur Überprüfung, ob es mit der Verfassung übereinstimmt. Ein Beschluß des Verfassungsausschusses hierüber liegt nach meiner Kenntnis nicht vor. Ein Antrag des Herrn Kollegen Dr. Bühner verlangt, das Innenministerium aufzufordern, die Niederlassungsordnung für Ärzte endlich zu schaffen. Ein weiterer von mir gestellter Antrag, der dahin geht, alle Einrichtungen der Ärzteschaft in die Wirklichkeit umzusetzen, nicht bloß die Niederlassungsordnung, sondern auch die Berufsgerichtsordnung, die Standesordnung und die Wahlordnung, ist der weitestgehende Antrag. Schließlich verlangt die Staatsregierung, daß vom Innenministerium eine Niederlassungsordnung aufgestellt wird, die nach Anhörung der zuständigen Berufsvertretungen und nach Zustimmung des Landtags erlassen werden soll. Wenn es in der Beilage heißt „Nach Anordnung der zuständigen Berufsvertretung“, so ist das wohl ein Druckfehler. Nachdem der Herr Innenminister das letzte Mal gesagt hat, daß er selbstverständlich die Kammern hören wird, geben wir uns damit zufrieden, hoffen aber, daß wir wirklich gehört werden und unsere Stellungnahme treffen können.

Worum dreht es sich denn? Doch darum, daß ein hochwertiger Berufsstand — das wird man nicht bestreiten wollen, daß der Ärzestand ein hochwertiger Berufsstand ist — wieder die Ordnung bekommt, die er im Interesse der Volksgesundheit dringend notwendig braucht. Dazu gehört auch eine gewisse Disziplinargewalt über seine Mitglieder. Genau so wie eine Disziplinargewalt über Beamte bestehen muß, braucht man sie in der Ärzteschaft. Wir haben sie gerade jetzt dringend nötig, denn die Wirrnisse der Zeit gehen an keinem Berufsstand spurlos vorüber. Sie müssen bedenken, daß mit der Auffassung der Juristen über die Auswirkungen des Art. 179 der Verfassung nicht nur etwa die in manchen Kreisen nicht beliebten Ärztekammern getroffen werden, sondern die Kammern sämtlicher freien Berufe. Sie werden zugeben, daß eine Anwaltskammer ein Ding der Unmöglichkeit wird, wenn sie nur auf freiwillige Mitgliedschaft gegründet ist, und daß sie ihre Aufgabe, ich möchte sagen: als halböffentlicher Träger der Staatsgewalt, dann einfach nicht erfüllen kann. Wenn Sie sich von diesem Gesichtspunkt leiten lassen, glaube ich, könnte man doch der Auffassung zuneigen, die Ärztekammern und die übrigen Kammern in ihrem jetzigen Bestand gelten zu lassen. Sie sind in ihrer Wahlordnung in ganz einwandfreier Weise absolut demokratisch aufgezo-gen. Es kann jede Meinung zu ihrem Recht kommen und es herrscht das Proporzwahlssystem. Es kommt keine Meinung und keine Gruppe zu kurz. 10 Prozent der Mitglieder können einen Antrag auf Einreichung einer Liste stellen. Es ist für alles gesorgt, wofür man nach dem Buchstaben des Gesetzes sorgen kann.

Zerstören Sie auch nicht die hochwertige Einrichtung der Berufsgerichtsbarkeit für die Ärzteschaft! Sie ist eine dringende Notwendigkeit. Es gibt viele Dinge, die man mit den ordentlichen Strafgerichten einfach nicht erfassen kann. Sie sind in dem Vertrauen unbegriffen, das der Patient zum Arzt haben muß. Dieses Vertrauen kann auf vielfache Weise geschädigt werden. Um das zu verhindern, um die Ausnützung eines leidenden Menschen zu verhindern und unkollegiales Verhalten zu vermeiden, das letzten Endes die Kranken trifft, dazu dient die Berufsgerichtsbarkeit. Die Standesordnung dient zur Festlegung der Grundsätze, nach denen die Berufsgerichtsbarkeit entsprechend vorgehen kann.

Die Niederlassungsordnung brauchen wir, weil die Verteilung der Ärzte nicht rein mechanisch erfolgen kann. Sonst könnte der Fall eintreten, daß ein Ort drei Augenärzte und der andere sechs Frauenärzte bekommt, während die anderen Disziplinen fehlen. Nur die Berufsorganisation kann aber übersehen, wo es fehlt und wie der Einsatz notwendig ist.

Es wäre manches auch im Flüchtlingswesen schon viel besser geordnet, wenn die Flüchtlinge mehr Einsicht hätten. Es liegt nicht alle Schuld bei uns, sondern zum Teil auch auf der anderen Seite. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß in meiner Heimatstadt Nürnberg heute noch Schulzahnärzte gesucht werden; obwohl wir über 300 Flüchtlingszahnärzte in Bayern haben, gelingt es uns nicht, hierfür Flüchtlingszahnärzte zu bekommen. Ich habe an den Vertreter der Flüchtlingszahnärzte geschrieben und wieder geschrieben. Sie wollen aber nicht in diese Stellung gehen, weil sie nicht Beamte werden wollen, weil sie vielleicht nicht genug dabei verdienen. Wenn die Not aber so groß ist, wie gerade von den Vertretern der Flüchtlinge immer wieder gesagt wird, könnte man doch solche Stellen annehmen.

So gibt es noch viele solche Dinge. Das zu ändern, ist Sache der Ärztekammern und können nach unserer Auffassung nur diese erfahrungsreichen und seit Jahrzehnten bestehenden Einrichtungen. Es ist nicht so, als sei hier etwas Neues geschaffen worden. Wir haben die Ärztekammern seit 1870 in Bayern, sie wurden im Jahre 1927 neu gefaßt. Wir wollen nichts weiter als die Fortsetzung dieses gesetzlichen Zustandes aus dem Jahre 1927. Ich glaube, es müßte doch die Möglichkeit bestehen, zunächst einmal die Ärztekammern so zu lassen, wie sie sind, und ihnen unter Aufsicht des Innenministeriums diese Ordnungen zuzugestehen, die im Interesse der Volksgesundheit notwendig sind.

Ich darf ganz kurz erwähnen, daß selbstverständlich in der von uns vorgelegten Niederlassungsordnung die Opfer des Faschismus an erster Stelle stehen. Das ist für uns so selbstverständlich, wie wir auch auf die Vertriebenen Rücksicht nehmen. Kein Mensch wird von mir erwarten, daß ich als Oberbajunware auftrete. Bisher war ich als das Gegenteil verschrien; man sagt, wir seien Südpreußen. Wir möchten endlich einmal die notwendige Ordnung in den Ärztestand hineinbekommen, denn bis jetzt besteht seit zwei Jahren keine Ordnung mehr und was geschieht, erfolgt willkürlich. Helfen Sie dazu, Sie können zu uns Vertrauen haben! Ich glaube, Sie tun damit ein gutes Werk an der Volksgesundheit.

Stellvertretender Präsident Schefbeck:
Das Wort hat Herr Abgeordneter Stiller.

Stiller (FDP): Es wurde hier vor einer Viertelstunde von Herrn Dr. Bühner die Behauptung aufgestellt, daß statistisch feststehe, daß das Schlosser- und Mechanikerhandwerk am meisten kriminell belastet sei. Als Vorstand des Bayerischen Kraftfahrzeughandels- und Gewerbeverbandes bin ich im Besitz von einwandfreiem statistischen Material, aus dem hervorgeht, daß diese Behauptung für das Kraftfahrzeug-Mechanikerhandwerk nicht zutrifft. Ich sehe mich daher vor dem hohen Hause zu dieser Feststellung verpflichtet.

Stellvertretender Präsident Schefbeck: Meine Damen und Herren! Die Aussprache zur ersten Lesung ist geschlossen; wir kommen zur Abstimmung. Der Antrag des Ausschusses liegt dem hohen Hause in Beilage 391 vor.

Ich rufe § 1 des Gesetzes zur Abstimmung auf. Wer dem § 1 in der Fassung des Ausschlußbeschlusses zustimmen will, möge sich vom Platz erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltung? — Ich stelle die einstimmige Annahme des § 1 fest.

Wir kommen nun zu § 2, und zwar muß hier absatzweise abgestimmt werden, nachdem sich in Abs. 2 ein Druckfehler eingeschlichen hat. Wer der Fassung des § 2 Abs. 1 gemäß der Beilage zustimmen will, möge sich vom Platz erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltung? — Ich stelle Annahme bei 10 Stimmenthaltungen fest.

Wir kommen zu § 2 Abs. 2, der folgende Fassung erhalten soll:

(2) Diese Niederlassungsgenehmigung wird auf Grund einer Niederlassungsordnung erteilt, die vom Staatsministerium des Innern nach Anhörung der zuständigen Berufsvertretungen und nach Zustimmung des Landtags erlassen wird.

In der Beilage heißt es „nach Anordnung“. Das ist ein Druckfehler, es muß heißen „nach Anhörung“. Wer dem § 2 Abs. 2 in dieser Fassung zustimmt, bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltung? — Bei 9 Stimmenthaltungen angenommen.

Wir kommen zu § 3. Wer diesem Paragraphen in der Fassung der Ausschlußvorlage zustimmen will, bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltung? — Bei 9 Stimmenthaltungen angenommen.

Wir kommen zu § 4. Wer dem § 4 zustimmen will, möge sich vom Platz erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltung? — Gegen 8 Stimmen bei keiner Stimmenthaltung angenommen.

Wir treten in die zweite Lesung des Gesetzentwurfes ein. Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Schlußabstimmung.

Wer dem Gesetz in der Fassung der Beschlüsse der ersten Lesung die Zustimmung erteilen will, möge sich vom Platz erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltung? — Ich stelle die Zustimmung des Hauses gegen 9 Stimmen fest.

Das Gesetz soll ferner die Überschrift erhalten:
Vorläufiges Gesetz zur Regelung des ärztlichen Niederlassungswesens.

Die Einleitung des Gesetzes lautet:

Der Landtag des Freistaates Bayern hat folgendes Gesetz beschlossen:

Gegen diese Fassung erhebt sich kein Widerspruch, ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Der Verfassungsausschuß hat weiter beschlossen, die zu der Angelegenheit vorliegenden Anträge der Abgeordneten Weidner und Genossen, Dr. Bühner und Genossen durch die Annahme des Gesetzes für erledigt zu erklären.

Ein Widerspruch dagegen liegt nicht vor, ich stelle die Zustimmung des Hauses hiezu fest.

Ich stelle ferner fest, daß der Antrag des Abgeordneten Dr. Linnert im Verfassungsausschuß weiter behandelt werden wird.

Meine Damen und Herren! Nachdem sich inzwischen die Fraktion der WAB im Hause eingefunden hat, hat das Wort Herr Abgeordneter Meißner zur Abgabe einer Erklärung.

Meißner (WAB): Meine Damen und Herren! Vor einer Stunde wurde ein Schreiben des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der WAB, Abgeordneten Höllerer, verlesen, kraft dessen ich aus der Fraktion der Wirtschaftlichen Aufbauvereinigung ausgeschlossen worden sei. Ich möchte dazu folgendes erklären:

Erstens: Es gibt noch einige Mitglieder der Fraktion der WAB, die noch gar nicht wissen, daß Herr Höllerer stellvertretender Fraktionsvorsitzender ist.

(Hört, hört!)

Im übrigen halte ich ausgerechnet Herrn Höllerer für diesen Posten moralisch für vollkommen ungeeignet.

(Zurufe.)

Zweitens: Ich möchte Ihnen nunmehr das Verfahren mitteilen, nach dem dieser Ausschluß demokratischweise getätigt worden ist. In der Sitzung der Landesversammlung vom 20. Juni 1947 wurde Herr Staatsminister Lorig nicht mehr als Landesvorsitzender bestätigt. Er hat daraufhin unter Protest noch während der Tagung den Saal verlassen. Anschließend fand eine Sitzung mehrerer Mitglieder der Fraktion der WAB statt. In dieser Sitzung, zu der die Abgeordneten unserer Seite nicht geladen worden waren, wurde der Ausschlußantrag gestellt und auch genehmigt. Wir waren weder verständigt,

(Lorig: Wie viele sind „wir“?)

noch war mir Gelegenheit gegeben worden, zu diesem Antrag überhaupt Stellung zu nehmen. Als Grund wurde angegeben satzungswidriges Verhalten. Wer die Zustände in der Parteiführung durch Herrn Lorig gekannt hat, der wird daran denken, daß Herr Lorig selbst wegen satzungswidrigen Verhaltens — das war einer der vielen Gründe — nicht mehr zum Landesvorsitzenden gewählt worden ist. Er selbst hätte also schon lange und mindestens schon hundert Mal aus der Fraktion der WAB aus diesem Grunde ausgeschlossen werden müssen.

(Zurufe.)

— Ich möchte Sie daran erinnern, daß ich eingangs zu Beginn der Sitzung aus Lokalitätsgründen Ihnen gegenüber verlangt habe, daß die Erklärung meinerseits erst abgegeben wird, wenn Sie, meine Herren, hier sind. Ich möchte Sie daher bitten, nun die gleiche Anständigkeit an den Tag zu legen und nicht durch Zwischenrufe oder sonstige Störungsmanöver hier die Erklärung zu stören.

Wenn ich sage, das war einer der vielen Gründe, dann möchte ich nicht ausbreiten, was in dieser Landesversammlung gesagt wurde. Das gehört weder in den Landtag noch ist jetzt die Stunde, hier darüber zu sprechen. Ich möchte nur eines sagen: Wenn Ihnen ver-

(Meißner [WAB])

schiedene dieser Tatsachen bekannt wären, dann würde mancher von Ihnen den Kopf schütteln und sich fragen, ob ein solcher Mann überhaupt noch länger in diesem Hause sitzen kann.

(Hört, hört! — Oho! — Lorig: Unverschämtheit!)

— Wir jedenfalls, Herr Staatsminister Lorig, wollen von solchen Methoden abrücken. Wir wollen neue Wege gehen in der Politik, wir wollen abseits von persönlichem Haß und Zwistigkeiten die Politik betreiben, wir wollen abseits von demagogischen und sonstigen Verhältnissen hier im Landtag eine gesunde Politik, eine Politik dem gesunden Menschenverstand nach treiben, wir wollen die Zusammenarbeit mit all denen, die wirklich den Aufbau wollen

(Lorig: die die Koalition sprengen wollen!)

und die sich nicht im persönlichen Haß und persönlichen Streitigkeiten hier ergehen. Mögen Sie in Ihrer Politik des Hasses und der Zersetzung weiterfahren, wir werden eine andere, saubere Politik betreiben, zum Wohle unseres Volkes und zum Wohle unseres bayerischen und deutschen Vaterlandes.

(Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Höllerer.

Höllerer (WAB): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, ich bin in diesem Hause für meine Sachlichkeit bekannt.

(Lachen bei der SPD.)

— Ich habe noch nie von dieser Stelle aus unsachlich gesprochen.

(Zuruf von der SPD: Und draußen?)

— Was draußen ist, ist etwas anderes. Was ich draußen auf der Straße mache, ist mein Privatvergnügen.

Ich habe von dieser Stelle aus noch nie unsachlich gesprochen und möchte jetzt auch dem Herrn Kollegen Meißner in absolut sachlicher Form antworten. Wenn er vorhin erklärt hat, es sei hier ein Schreiben verlesen worden, in dem ich als stellvertretender Vorsitzender der Fraktion unterzeichnet hätte, so muß ich feststellen, daß dem nicht so ist. Das Schreiben ist unterschrieben worden „Der WAB-Fraktionsvorsitzende“ und dann habe ich im Auftrag unterschrieben, eindeutig i. U., das heißt im Auftrag. Ich bin also durch einen anderen beauftragt worden, zu unterschreiben. Das ist ein großer Unterschied.

(Lachen und Zurufe.)

— Bitte, meine Herren, da brauchen wir keine Witze zu machen; es ist doch ein Unterschied, das kann Ihnen jeder Staatsminister hier bestätigen.

(Große Heiterkeit. — Glocke.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe.

Sedenfalls stelle ich fest, daß wir noch höhere Anforderungen an die Mitglieder der Staatsregierung stellen.

(Heiterkeit.)

Höllerer (WAB): Wenn jemand im Auftrag unterschreibt, dann ist er beauftragt worden und ist deshalb noch lange nicht stellvertretender Minister, wenn er im Auftrag eines Ministers unterschreibt. So ist es auch bei einer Fraktion.

Zu der anderen Angelegenheit, die Herr Meißner kurz berührt hat, möchte ich folgendes erklären: Herr Meißner hat heute hier vor dem hohen Hause ein

weiteres Mal den Beschlüssen der Militärregierung vorgegriffen. Genau so, wie gestern durch den Rundfunk erklärt wurde: Das Präsidium der WAB teilt mit, daß die Militärregierung dieses Präsidium anerkannt hat, genau so hat Herr Kollege Meißner heute erklärt, die Sache sei praktisch entschieden, Alfred Lorig sei nicht mehr Landesvorsitzender.

Ich darf dem Herrn Kollegen Meißner darauf antworten, daß neun Kollegen der WAB-Fraktion heute Nachmittag bei der Militärregierung waren und dort — hier sitzen die Herren — den eindeutigen Bescheid erhalten haben, daß in der Angelegenheit noch gar nichts abgeschlossen ist, sondern daß die Angelegenheit nach wie vor in Prüfung steht und daß die Militärregierung dann das letzte Wort sprechen wird.

Ich muß Sie bitten, Herr Kollege Meißner, daß wir zukünftig hier auf dem sachlichen Boden bleiben, die Wahrheit aussprechen und die Dinge so darstellen, wie sie sind. Es ist betrüblich, daß wir nun wieder die Militärregierung anrufen müssen, um zu beweisen, daß das, was Sie hier erklärt haben, doch noch nicht so ist, wie Sie es gerne haben wollten. Das wäre nicht notwendig gewesen.

(Beifall, Lachen und Zurufe.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung abgeschlossen.

Wir fahren in der Tagesordnung weiter, und zwar kehren wir zurück zu Ziffer 1:

Interpellation der Abgeordneten Stock und Genossen betreffend Sicherstellung der Hausbrandversorgung für den Winter 1947/48 (Beilage 389).

Die Interpellation ist der Staatsregierung schon seit längerer Zeit bekannt. Die Staatsregierung ist wahrscheinlich auch bereit, die Interpellation zu beantworten.

Ich bitte das Mitglied des Hauses, das die Interpellation begründet, das Wort zu ergreifen. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Wimmer das Wort.

Wimmer (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren, Mitglieder des hohen Hauses! Der dritte Winter, den wir seit unserem Zusammenbruch und dem Niederbruch des verruchten Systems vor uns haben, wird uns in einigen Monaten überraschen. Wir haben als einen Erfolg dieses Systems zu verzeichnen, daß wir uns seit diesem Zeitpunkt im Lande Bayern wie in allen deutschen Ländern mit der Frage zu beschäftigen haben, was in den Wintermonaten bei unseren klimatischen Verhältnissen mit dem frierenden Volk zu geschehen hat, um einigermaßen die Leiden zu mildern.

Wir wissen, daß die Kohle, die wir früher für den Hausbrand hatten, uns im ersten Winter nach dem Zusammenbruch nicht zur Verfügung stand. Die Verhältnisse haben gezeigt, daß wir auch im zweiten Winter, der noch etwas schwieriger geworden war als der erste, unter den gleichen betrüblichen Verhältnissen die Monate verbringen mußten.

Die sozialdemokratische Fraktion hat unmittelbar nach dem Neuzusammentritt des Landtags sich mit dieser Frage beschäftigt und hat bereits am 28. Januar einen entsprechenden Antrag eingebracht, der besagte, daß angesichts der Gesamtverhältnisse in den beiden vorausgegangenen Jahren die Staatsregierung beauftragt werden soll, unverzüglich alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Hausbrandversorgung

(Wimmer [SPD])

für die Wintermonate 1947/48 zu sichern, insbesondere die Vorarbeiten für eine wirtschaftliche Ausnutzung unserer Rohstoffe Holz und Torf in Angriff zu nehmen, damit ab Frühjahr 1947 an die Produktion geschritten werden kann. Dieser Antrag hat dann den Wirtschaftsausschuß beschäftigt, und am 19. Februar des heurigen Jahres hat das Plenum des Landtags sich mit unserem etwas abgeänderten Antrag befaßt und ihn einstimmig angenommen. Wir haben dann bereits am 22. April in einer kurzen Anfrage an die Staatsregierung das Ersuchen gestellt, dem Landtag mitzuteilen, wie weit denn die Vorarbeiten nach der Richtung hin gediehen seien. Als sich einige Wochen nichts rührte, haben wir uns erlaubt, am 28. Mai in einer Dringlichkeitsanfrage, die nunmehr zur Interpellation umgestaltet worden ist, die Sache erneut zur Behandlung zu bringen. Der Grund war der, daß durch eine in der Öffentlichkeit vielfach verbreitete irrtümliche Sachdarstellung es einige Zeit so gelautet hat, die Hausbrandversorgung im kommenden Winter 1947/48 solle in der Hauptsache von der Kohlenseite her befriedigt werden. Es waren große Pläne in Aussicht genommen. Zuerst wurde erklärt, es sollten an die 10 Millionen Tonnen Kohle für den Hausbrand zur Verfügung gestellt werden. Einige Wochen später hat man von 7 Millionen Tonnen geredet. Und nunmehr ist es, soweit meine Kenntnisse reichen, sehr fraglich, ob die letztgenannte Ziffer von 4 Millionen Tonnen überhaupt für den Hausbrand abgezweigt werden kann.

Uns, oder wenigstens mir als einem Vertreter der großstädtischen Bevölkerung, ist es nun nicht ganz gleichgültig, wie die Dinge sich entwickeln, und ich habe mich in meiner Sonderaufgabe in München sehr ernsthaft mit diesem Problem zu beschäftigen. Mir liegt daran nicht für München allein, sondern für das ganze Land Bayern zunächst, insbesondere für all die Orte und Städte, die in waldbarmen und waldentfernten Gebieten liegen. Ich sage Ihnen ganz offen als meine Überzeugung: Wenn die Verhältnisse hinsichtlich der Hausbrandversorgung im kommenden Winter noch schlechter werden sollten, als sie in den vergangenen beiden Jahren gewesen sind, wird das Volk unter Umständen zu Selbsthilfemaßnahmen schreiten — wie das in anderen Gegenden Deutschlands auch schon der Fall war —, daß man eben alles, was überhaupt an Holz zur Verfügung steht und erreichbar ist, kurz und klein einfach umschneidet. Daran wird den frierenden Menschen letzten Endes keine Staatsgewalt hindern, wenn ihm nichts anderes geboten werden kann. Ich habe Verständnis dafür, daß man keinen Raubbau an unserem Walde in Bayern treiben will. Der Herr Staatsminister Dr. Baumgartner hat ja in einer der letzten Landtagsitzungen sehr ernsthaft über die Folgen gesprochen, die aus dieser sogenannten Waldschächtereie entstehen werden. Solange man uns aber nicht sagt, woher der frierende Mensch an Stelle des Holzes einen anderen Brennstoff nehmen soll, solange werden all diese Hinweise in der Praxis nichts nützen.

Ich möchte mich zunächst nicht weiter auslassen. Ich habe die Hoffnung, daß die Staatsregierung in Verfolg der angezogenen Beschlüsse des Landtags uns nunmehr sagen wird, inwieweit die Vorbereitungen, wenigstens bei uns in Bayern, gediehen sind, inwieweit in den wenigen Sommermonaten, die uns bis

zum Eintritt des Winters noch zur Verfügung stehen, die Hausbrandversorgung in Angriff genommen und einigermaßen gesichert ist.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident: Zur Beantwortung der Interpellation durch die Staatsregierung hat das Wort der Herr Staatssekretär Sedlmayr.

Staatssekretär Sedlmayr: Hohes Haus! Die Sorge, die durch die Interpellation hier zum Ausdruck gebracht wird, ist auch seit langem eine der großen Sorgen der Staatsregierung. Bei der Frage der Behandlung der Hausbrandversorgung ist vor allem festzustellen, daß die Planung bizonal erfolgt und die bayerische Staatsregierung leider auch in diesem Falle nicht in der Lage war, ihre Forderungen auf Zuteilung einer genügenden Hausbrandmenge in vollem Umfange durchzudrücken.

Wenn ich Ihnen den Hergang kurz schildern darf, ist er folgender: Ursprünglich waren für die Hausbrandversorgung 1947/48 für die vereinigte britisch-amerikanische Zone 10 Millionen Tonnen Braunkohlenbriketts freigegeben worden. Nach dieser Zuteilung wären auf den Kopf der Bevölkerung etwa 6 Zentner Braunkohlenbriketts entfallen. Die tatsächliche Zuteilung und erst recht die tatsächliche Lieferung bleibt aber leider hinter der geplanten Verteilung weit zurück, einmal infolge des Rückgangs der Förderung, dann wegen des steigenden Mangels an Transportraum, so daß die gesamte Hausbrandmenge für beide Zonen inzwischen auf 4 Millionen Tonnen Braunkohlenbriketts herabgesetzt wurde. Außerdem wurde inzwischen von Minden aus verfügt, daß in Bayern 50 Prozent der Bevölkerung mit Brennholz zu versorgen sind. Auch bei den letzten Verhandlungen in Essen, bei der Außenstelle des Verwaltungsamts, konnte leider keine Verbesserung der Zuteilung erreicht werden, ja es ist im Gegenteil zu befürchten, daß, wie auch der Herr Abgeordnete Wimmer schon zum Ausdruck gebracht hat, noch nicht einmal diese 4 Millionen Tonnen Braunkohlenbriketts verteilt werden können. Für Juli wurden die Hausbrandmengen bereits für beide Zonen gekürzt. Diese Kürzung allein bedeutet für Bayern eine Minderzuteilung von rund 22 000 Tonnen.

Im Benehmen mit dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist geplant, in den Städten mit über 20 000 Einwohnern jedem Haushalt durchschnittlich 10 Zentner Braunkohlenbriketts zuzuteilen, und zwar soll die Belieferung der Städte in der Reihenfolge ihrer Größe erfolgen. Zur Zeit werden als erste München, Nürnberg und Fürth beliefert. Die Versorgung der Städte unter 20 000 Einwohnern wird ausschließlich mit Holz erfolgen müssen. Inwieweit dieser Plan durchgeführt werden kann, hängt nach wie vor von der tatsächlichen Zuteilung in den nächsten Wochen und Monaten ab, auf die ja, wie Ihnen bekannt ist, nicht ausschließlich die deutsche Wirtschaftsverwaltung Einfluß nehmen kann. Im ganzen sind also die Aussichten auf eine ausreichende Brennstoffversorgung, was die Kohle anlangt, äußerst unerfreulich.

Nun zum Kapitel Torf! Hier haben wir ja in höherem Maße ein eigenes Verfügungsrecht. Ich darf Ihnen die Lage kurz wie folgt darstellen: In den ersten Monaten des Jahres 1947 wurde von uns aus das frühere Nebeneinander von anordnenden Stellen in der Torfwirtschaft zunächst beseitigt. In Überein-

(Staatssekretär Sedlmayr)

stimmung mit dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurde eine klare Linie der künftigen Torfbewirtschaftung festgelegt. Ich trage das vor, weil es nicht nur für dieses Jahr, sondern auch für das kommende Jahr gilt:

1. Das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Landesanstalt für Moorbirtschaft) erstellt jeweils vor Beginn der Torfsaison eines jeden Jahres Auflagepläne,
 - a) für die gewerblichen Torfwerke, das sind solche, deren Produktion 50 Tonnen pro Saison übersteigen,
 - b) für die bäuerlichen Torfstiche nach Gemeinden und Landkreisen aufgliedert.

Diese Auflagen werden durch die Landesanstalt für Moorbirtschaft den einzelnen Torfwerken sowie Landräten und Gemeinden jeweils bis zum 15. Februar eines jeden Jahres mitgeteilt. Die Landesstelle Rohle erhält Zweitschriften dieser Auflagen.

2. Die Landesstelle Rohle kontrolliert und verteilt die Produktion.

Daneben hat das Wirtschaftsministerium im Jahre 1947 durch Kontingentierung von Maschinen und Geräten sowie durch örtliche Unterrichtung und Anweisungen sich bemüht, insbesondere die Maschinentorfproduktion zu heben.

Die erforderlichen Kontingente für den Neu- und Wiederaufbau der einzelnen Torfwerke wurden vom Zentraleinkauf der oberbayerischen Bergwerke und Salinen auf Betreiben des Wirtschaftsministeriums hin zur Verfügung gestellt. Bisher wurden bereitgestellt: 2500 Kubikmeter Holz, 1000 Tonnen Eisen und Stahl, 13 Lastkraftwagen, 30 000 Kilogramm Dieselöl, 34 000 Liter Benzin, eine größere Anzahl von Arbeitsschuhen, Gummistiefeln, Arbeitskleidung, Geräten, Werkzeugen aller Art.

Auf Grund dieser Maßnahmen wurde den Torfwerken im seitherigen Ablauf des Jahres 1947 erstmals eine Lieferaufgabe von 40 000 Tonnen Torf gemacht, die den eingesetzten Betriebsmitteln ungefähr entsprechen soll. Vergleichsweise darf gesagt werden, daß die Torfwerke im vorigen Jahre 12 000 Tonnen Brenntorf abgeliefert haben. Wir rechnen also in diesem Jahre mit einer merklichen, einer wesentlichen Steigerung der Produktion, obwohl sich die Vorbereitungen und Planungen für 1947 nicht im vollen Umfange auswirken können.

Es sind rund 60 Torfmaschinen in Betrieb genommen worden. Dazu mußten auch die entsprechenden Arbeitskräfte gefunden werden. Das war und ist eine außerordentlich schwere Aufgabe. In mehrfachen Verhandlungen mit dem Arbeitsministerium, dem Landesarbeitsamt, seit März dieses Jahres ist versucht worden, die entsprechenden Arbeitskräfte bereitzustellen, es ergaben sich aber dabei und ergeben sich immer die größten Schwierigkeiten. Es hat sich gezeigt, daß sowohl die Arbeitsfähigkeit wie auch die Arbeitswilligkeit, auch der Flüchtlinge, auf die in vielen Fällen zurückgegriffen werden mußte, sehr gering war. Der Einsatz einheimischer ortsansässiger Arbeitskräfte war vielfach schon deshalb nicht möglich, weil die am Ort überhaupt verfügbaren Arbeitskräfte nicht einmal für die vordringlichsten landwirtschaftlichen Arbeiten ausreichten.

Aus diesem Grunde sind auch Verhandlungen mit dem Sonderministerium eingeleitet worden, um den Einsatz politischer Häftlinge zu erwirken. Aber auch diese Möglichkeiten sind nur sehr begrenzt. Auch der Einsatz von Strafgefangenen ist erwogen und auch versucht worden, aber nur in einem einzigen Falle praktisch zur Durchführung gelangt. Sie können sich denken, daß die Erfahrungen damit nicht die besten sind.

Es sind auch sogenannte Betriebsgemeinschaften für die Torfgewinnung gebildet worden mit der Auflage, daß ein Teil der jeweiligen Produktion dem betreffenden Betrieb zur Verfügung gestellt werden muß.

Eine Hemmung war es und ist es bis heute noch, daß der im vorigen Jahre festgesetzte Maschinentorfpriß von 2 M 20 S plötzlich aufgehoben worden ist. Wir setzen unsere Bemühungen fort, den früheren Zustand, den früheren Priß wieder herzustellen.

Was nun die Verteilung der anfallenden Torfproduktion angeht, so darf ich sagen: Es ist beabsichtigt, sowohl die Produktion der gewerblichen Torfwerke von, wie wir hoffen, annähernd 40 000 Tonnen als auch die bäuerliche Produktion von schätzungsweise 2225 Tonnen vor allem den größeren Städten Bayerns zur Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Soviel über die Torfgewinnung und -verteilung.

Wenn auch das besondere Augenmerk des Wirtschaftsministeriums natürlicherweise jetzt der Brennstoffgewinnung gilt, so wurden doch nicht die späteren Möglichkeiten einer Torfveredelung, die, wie die Sachverständigen glauben, allein den Fortbestand der nun mit Mühe aufgebauten Torfwerke gewährleisten können, außer Acht gelassen. Wir befassen uns mit zahlreichen Projekten der Torfveredelung, der Verschmelzung, der Faserverarbeitung. Soweit es sich mit der augenblicklichen Notwendigkeit der Brenntorfgewinnung in Einklang bringen läßt, bleiben wir auch dabei, alle diese Versuche weiterhin zu fördern. Aber den Erfolg dieser Bestrebungen wird bei einer künftigen Gelegenheit zu berichten sein.

Nun muß ich im Sinne der Interpellation noch die gegenwärtige Kohlenlage in Bayern zur Darstellung bringen. Bayern hat im Kohlenwirtschaftsjahr 1946/47, das ist vom 1. April 1946 bis 31. März 1947, von seinen Zuteilungen von der britischen, französischen und sowjetischen Zone 515 274 Tonnen zu wenig geliefert erhalten. Dazu kommt noch ein Verlust von ca. 95 000 Tonnen durch Blinderungen und Beraubungen der Kohlenzüge und eine Minderlieferung von 20 000 Tonnen der eigenen Produktion, insgesamt also eine Fehlmenge von rund 630 000 Tonnen. Die bayerische Industrie ist heute nach dem Verlust der ober-schlesischen und niederschlesischen, sächsischen und böhmischen Produktion in der Hauptsache nur noch auf Ruhr und Saar angewiesen. Die Zuteilungen und insbesondere die Auslieferungen aus diesen beiden Revieren sind absolut unzureichend.

Ich gebe Ihnen nochmals einige Zahlen im Zusammenhang. Die Aprilzuteilung betrug für uns insgesamt 412 413 Tonnen; ausgeliefert wurden davon 84,9 Prozent. Von der Ruhr waren zugeteilt 179 880 Tonnen, ausgeliefert wurden 56 Prozent. Von der Saar waren zugeteilt 35 000 Tonnen, ausgeliefert wurden 82 Prozent.

(Staatssekretär **Sedlmayr**)

Die Maizuteilung betrug insgesamt 326 260 Tonnen, ausgeliefert wurden 92,3 Prozent. Von der Ruhr waren zugeteilt 132 777 Tonnen, ausgeliefert wurden 78 Prozent. Von der Saar waren zugeteilt 37 000 Tonnen, ausgeliefert wurden davon 68 Prozent. Die Junizuteilung beträgt insgesamt 395 123 Tonnen. Über die Auslieferung kann naturgemäß, da der Monat Juni noch nicht zu Ende ist, noch nichts gesagt werden.

Selbst die bisher höchste Zuteilung im April von 412 413 Tonnen reichte nicht aus, um eine Beschäftigung der bayerischen Industrie nach dem Verbrauch des Monats Oktober 1946 zu erreichen. Die bayerische Industrie ist gegenwärtig ohne jeglichen Vorrat und daher teilweise noch nicht zum Anlaufen gekommen. Sie lebt buchstäblich von der Hand in den Mund. Auf jeden einzelnen Waggon muß sie warten. An eine Bevorratung der Industrie, insbesondere auch der Elektrizitäts- und Gaswerke — erstere haben in der Südzone einen Vorrat für ca. 14 Tage, letztere für zwei bis drei Tage — ist unter diesen Umständen gar nicht zu denken. Ebensovienig können wir zur Zeit an eine angemessene Bevorratung für die Krankenhäuser und Anstalten, für Schulen und Behörden denken.

Die bayerische Staatsregierung hat in Minden und Essen mit allem Nachdruck immer wieder eine bevorzugte Auslieferung im Sommer nach den revierfernen Gebieten, also vor allem Bayern, gefordert. Die für die 4. Maiwoche vorgesehenen Mengen sind daraufhin auf dem Bahnwege fast ausschließlich nach Bayern gefahren worden. Auch im Monat Juni ist in der Zufuhr eine leichte Besserung eingetreten. Bis einschließlich 15. Juni sind von der Ruhr 57 Prozent, von der Saar 54 Prozent des Lieferfolls eingegangen.

Mit einer Besserung der Lage kann leider kaum gerechnet werden. Die Förderung an der Ruhr hatte einmal einen Stand von 238 000 Tageronnen erreicht, gegenwärtig bewegt sie sich zwischen 205 000 Tonnen und 216 000 Tonnen. Es besteht — und das ist schlimm — ein überaus stark fühlbarer Mangel an Schleppkraft, Transportraum und Lokomotiven. So sind z. B. in der Woche vom 2. bis 8. Juni an der Ruhr 15 641 Wagen zu wenig gestellt worden. Schon im Sommer und bei günstiger Witterung sind jetzt Stauzüge zwischen der Nord- und Südzone zu verzeichnen, ein Zustand, der zu denken gibt. Die Lage muß sich in den Herbstmonaten zwangsläufig weiter verschlechtern. Unter diesen Umständen müssen wir uns ernste Gedanken darüber machen, was zu tun ist, um eine möglichste Konzentration in der Verwendung der Kohle zu erreichen. Wir müssen die wichtigsten Verbraucher und Verbrauchergruppen, die wir auch unter diesen Umständen noch beliefern können, ermitteln. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als daß wir hier eine ganz strenge Auslese treffen, wenn nicht im Herbst eine Katastrophe für alle eintreten soll. Wir haben uns auch innerhalb des Ministeriums mit der Frage befaßt, ob wir noch zuschauen können, wenn da und dort und an vielen Stellen, auch in großen Betrieben, Kohle nicht zweckmäßig verfeuert wird. Um eine Kontrolle zu ermöglichen, haben wir besondere Sachverständige als Beauftragte eingesetzt; sie führen zur Zeit derartige Kontrollen durch. Wir hoffen, auch auf diese Weise eine zweckmäßigere und sparsamere Verwendung des so dringend notwendigen Brennstoffs Kohle zu erreichen.

Meine Damen und Herren! Was ich Ihnen im Namen der Staatsregierung vortragen konnte, ist gewiß in keiner Weise ermutigend, aber wir alle kennen ja den ganzen Ernst der Lage. Es bleibt nur unser gemeinsamer Wille und unsere gemeinsame Anstrengung, was von jetzt ab noch getan werden kann, möglichst einmütig zu tun, um auf diese Weise mit den äußersten Anstrengungen vielleicht noch eine Situation herbeizuführen, die nicht ganz so schlimm ist, wie sie im vergangenen Winter für uns war.

Präsident: Ich mache das hohe Haus darauf aufmerksam, daß der Herr Ministerpräsident heute noch eine wichtige Erklärung abgeben wird. Ich möchte daran die Bemerkung knüpfen: So geht es, wenn die Organe, die die Demokratie beherrschen sollten, über den geschäftsordnungsmäßigen Gang nicht richtig unterrichtet sind. Ich habe es außerordentlich bedauert, daß heute die Herren, als sie glaubten, die Sensation, wie sie es sich vorgestellt haben, sei verschwunden, das hohe Haus verlassen haben.

(Sehr richtig!)

Als wir dann in die ordnungsmäßigen Beratungen eingetreten sind, haben die Herren kein Interesse mehr gehabt an den Nöten und Sorgen unseres Volkes, auf die es uns in erster Linie ankommt.

(Sehr richtig! — Beifall.)

So können die Fundamente für die moderne Demokratie im neuen Staat nicht gelegt werden, daß man nur von den Sensationen um der Sensationen willen zu leben pfllegt.

(Lebhafte Zustimmung.)

Das möchte ich bloß einmal in aller Ruhe konstatieren haben. Es hat auf jeden nüchternen, die Verhältnisse sachlich betrachtenden Zuhörer heute einen sehr schlechten Eindruck gemacht.

In die Beratung der Interpellation kann eingetreten werden, wenn 25 Mitglieder des hohen Hauses es verlangen.

Ich bitte diejenigen, die die Beratung der Interpellation für notwendig erachten, sich von den Plätzen zu erheben. — Das dürften 25 Mitglieder sein.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete **Weidner**.

Weidner (SPD): Meine Damen und Herren! Nichts ist deutlicher für die deutsche Gesamtsituation, als daß das kohlenreichste Land Europas um jeden Zentner Kohlen kämpfen muß. Wir können uns drehen und wenden, wie wir wollen, es geht auf dem Kohlensektor genau so wie auf dem Lebensmittelsektor: Die Decke ist zu kurz geworden.

Die oberschlesische Kohle fehlt; darüber hinaus fehlt vielleicht in Kürze auch noch die Saarkohle; von der Ruhrkohle aber wird uns ein großer Teil vorweggenommen. Wie das deutsche Volk unter solchen Umständen leben und in die Zukunft sehen soll, ist völlig schleierhaft; denn das eine ist doch klar: Wenn wir für den Winter vorsorgen, müssen wir der Industrie Kohle wegnehmen. Die Industrie hat aber heute schon nicht genug Kohle, sie läuft bloß auf halben oder Viertel-Touren.

Ich will Ihnen einige Ziffern aus dem **Baustoffsektor** sagen: Wir haben in Bayern etwa 490 Ziegeleien; von diesen arbeiten tatsächlich etwa 70. Der gesamte Baustoffsektor hat vor einem Jahr pro Monat 30 000 Tonnen Kohle zugewiesen bekommen, jetzt, im Juni, sind es 18 000. Wenn wir uns also für den Winter vorbereiten wollen, schlagen wir die gewerb-

(Weidner [FDP])

liche Wirtschaft tot; umgekehrt haben wir im Winter letzten Endes zu erfrieren. Aber wir müssen nun einmal versuchen, mit dieser Situation in irgendeiner Form fertig zu werden. Wenn wir an die gesamte Industrie einen ganz strengen Maßstab anlegen, gibt es vielleicht da und dort noch Möglichkeiten, die Industrie zu beschneiden. Ich denke z. B. daran, daß es vielleicht nicht durchaus notwendig ist, die Spielwarenerzeugung in einem derartig großen Umfang zu gestatten. Vielleicht gibt es auch noch andere Beispiele.

Mit der Kohle ist es genau so wie auf dem Agrargebiet; man wollte aus Deutschland letzten Endes einen Agrarstaat machen und nahm Deutschland die Agrarüberschußgebiete.

Ich glaube, es ist jetzt allerdings keine Zeit mehr zu verlieren, die notwendige Planung und Ordnung unverzüglich durchzuführen. Darin sind wir von der Freien Demokratischen Partei durchaus mit den Interpellanten einig. Wir glauben allerdings nicht, daß der Beauftragte für die Brennstoffversorgung, Herr Höltermann, soviel Sachkenntnis besitzt, wie für dieses schwere Amt notwendig ist. Es wird in Bayern doch schließlich Sachkenner genug geben, die in der Lage wären, dieses verantwortungsvolle Amt mit der notwendigen Sachkenntnis derart auszufüllen, und von vornherein die Gewähr dafür geben, daß zielbewußt verfahren wird.

Präsident: Das Wort nimmt nun der Herr Ministerpräsident zu seiner Erklärung.

Ministerpräsident Dr. **Ehard:** Verehrte Frauen und Männer des Bayerischen Landtags! Um den Herrn Sonderminister Lorig hat sich im Laufe der letzten Monate eine politische Atmosphäre zunehmender Spannung entwickelt, die auch den Fortgang der Regierungsgeschäfte allmählich nachteilig beeinflusst. Nach den gemachten Erfahrungen ist nicht anzunehmen, daß in diesem Zustand sehr bald fühlbar eine Besserung erzielt werden kann. Ich halte es aber nunmehr für notwendig und den Zeitpunkt für gekommen, eine Klärung der politischen Situation für die Regierung herbeizuführen. Ich sehe dazu nur eine Möglichkeit, die ich von mir aus beschritten habe: Ich habe dem Herrn Sonderminister Lorig ein Schreiben folgenden Inhalts zugestellt:

Sehr geehrter Herr Staatsminister!

Die Entwicklung der politischen Lage hat in jüngster Zeit bewiesen, daß die Voraussetzungen, unter denen ich Sie am 21. Dezember 1946 als Staatsminister für Sonderaufgaben in die von mir gebildete Staatsregierung berufen hatte, nicht mehr gegeben sind. Unter diesen Umständen muß ich Ihre Zugehörigkeit zur bayerischen Staatsregierung als beendet ansehen und entbinde Sie hiermit von dem bisher von Ihnen geführten Amt als Minister für politische Befreiung.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Ich bedarf zu dieser Entschließung der Zustimmung des Landtags und bitte den Herrn Präsidenten des Landtags, die Entscheidung darüber herbeizuführen. Ich übergebe einen Abdruck dieses Briefes. Meine weiteren Erklärungen und Anordnungen darf ich mir vorbehalten, bis der Landtag seine Entscheidung getroffen hat.

(Lorig: Ich möchte namens der WAW eine Erklärung abgeben.)

Präsident: Nach Art. 45 der Bayerischen Verfassung beruft und entläßt der Ministerpräsident mit Zustimmung des Landtags die Staatsminister und Staatssekretäre. Über die Entscheidung des Herrn Ministerpräsidenten ist in diesem Hause eine Debatte wohl nicht zulässig. Das hohe Haus ist ja nach Art. 46 auf Grund des Schreibens des Herrn Ministerpräsidenten zu befragen, ob es diesem Schreiben zustimmt oder nicht.

(Scheffbeck: Zur Geschäftsordnung!)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Scheffbeck.

Scheffbeck (CSU): Ich glaube, daß alle in diesem hohen Hause von dieser Erklärung überrascht sind.

(Zurufe von der SPD: Nein, nein; längst erwartet!)

— Jedenfalls stand es nicht auf der Tagesordnung. Ich möchte vorschlagen, heute darüber nicht abstimmen zu lassen, sondern die Sache auf morgen zu vertagen.

(Widerspruch bei der SPD.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe. — Ich befrage das hohe Haus, ob es mit einer sofortigen Abstimmung einverstanden ist. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die auf einer sofortigen Abstimmung bestehen, sich von den Plätzen zu erheben. — Das ist die große Mehrheit.

Nach Art. 45 der Bayerischen Verfassung lasse ich nunmehr darüber abstimmen, ob dem Ersuchen des Herrn Ministerpräsidenten in Sachen des Herrn Staatsministers Lorig stattgegeben wird. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich bitte auszuzählen. —

(Lorig: Endlich dem Druck gewichen, Herr Dr. Ehard!)

Ich stelle das Ergebnis fest: Mit allen gegen 13 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen hat das Haus dem Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten zugestimmt.

(Unruhe.)

— Meine Damen und Herren! So geht's ja auch nicht, daß die einzelnen Abgeordneten nicht wissen, wie sie abstimmen müssen, daß es sich der einzelne noch überlegt; vielleicht sind einige dabei, die vorher anders gestimmt haben.

Ich lasse noch einmal abstimmen; ich will bei dieser wichtigen Entscheidung vollständige Klarheit.

(Zietsch: Zur Geschäftsordnung!)

Das Wort hat zur Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Zietsch.

Zietsch (SPD): Herr Präsident, ich erlaube mir keine Kritik, aber ich glaube, ich kenne die Geschäftsordnung soweit, daß es bei solchen Abstimmungen keine Stimmenthaltungen gibt, sondern nur bei namentlicher Abstimmung.

Präsident: Sie haben recht; wir haben sie aber immer zugelassen, weil es eine Lücke in unserer Geschäftsordnung ist, daß Stimmenthaltungen nicht zugelassen sind.

(Stiller: Zur Geschäftsordnung!)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Stiller.

Stiller (FDP): Ein Abgeordneter kann über eine Lage nur dann ein Urteil abgeben, wenn er eindeutig von beiden Seiten eine Begründung erfährt. Ich enthalte mich deswegen der Stimme.

Präsident: Ich lasse jetzt nochmals feststellen: Wer dem Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Das ist die große Mehrheit.

Ich bitte nun diejenigen, die dagegen sind, sich von den Plätzen zu erheben. Ich bitte auszuzählen. — Ich bitte diejenigen Mitglieder, die sich der Stimme enthalten, sich von den Plätzen zu erheben. — Mit großer Mehrheit gegen 13 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen beschloffen.

Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Dr. Chard: Hohes Haus! Ich darf mir die Vorschläge für die Neubesetzung des Ministeriums noch vorbehalten; ich bin aber gezwungen, ein Vakuum sofort zu überbrücken. Der Art. 50 Abs. 1 der Verfassung lautet:

Vorübergehend kann der Ministerpräsident mehrere Geschäftsbereiche selbst übernehmen oder einem Staatsminister zuweisen.

Ich mache von dieser Ermächtigung Gebrauch und habe folgende Anordnung erlassen:

An den Herrn Staatsminister der Justiz, Herrn Dr. Wilhelm Hoegner.

Sehr verehrter Herr Staatsminister!

Mit der nach Art. 45 der Bayerischen Verfassung vorgesehenen Zustimmung des Landtags habe ich den Staatsminister für Sonderaufgaben Herrn Alfred Loriz aus seinem Amte entlassen. Ich mache Gebrauch von der Ermächtigung in Art. 50 Abs. 1 der Verfassung und weise hiermit dem Staatsminister der Justiz vorübergehend auch den Geschäftsbereich des Staatsministers für Sonderaufgaben zu.

Präsident: Das Wort hat der Herr stellvertretende Ministerpräsident Dr. Hoegner.

Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Hoegner: Ich übertrage die Leitung des mir zugefallenen Geschäftsbereichs vorläufig dem Herrn Staatssekretär für die Justiz Dr. Hagenauer.

Präsident: Diese Erklärungen dienen dem hohen Hause zur Kenntnis.

(Loriz: Ich wünsche das Wort zur Sache!)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Loriz.

Loriz (WB): Was gemacht worden ist, war eine wunderbare Taktik. Seit Monaten geht es schon so, zuerst in den Zeitungen, dann in einer mehr und mehr sich steigenden Heze. Vorwürfe über Vorwürfe kamen! Sie wurden immer wieder widerlegt.

Zuerst kam der berüchtigte Schießeraß in Nürnberg. Damals machte der Herr Ministerpräsident dem damaligen Ministerialrat Mezmer schwerste Vorwürfe. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet. Keiner Mensch hat etwas vom Ergebnis der Untersuchung erfahren, die nicht durch mich geführt wurde, sondern durch einen Beamten des Justizministeriums. Ich darf Ihnen bekanntgeben, daß die Untersuchung völlig negativ verlaufen ist.

Dann ging es weiter. Ich wurde beschuldigt, Hunderttausende von Personen zu Unrecht amnestiert zu haben. Auch hier wurde eine Untersuchung durchgeführt; auch hier hat man nichts mehr über diese schamlosen Vorwürfe gehört, zu denen sich ein damaliger Staatssekretär Höltermann herbeigelassen hat. Man hat nichts mehr davon gehört — weil sich herausgestellt hat, daß diese Vorwürfe nicht berechtigt sind.

Ich danke es dem Herrn Professor Dorn, dem obersten Fachbearbeiter bei OMGUS, Berlin, daß er hier klar und deutlich offiziell Stellung genommen und gesagt hat, ihm seien keine derartigen gesetzlichen Verstöße und Verfehlungen bekannt.

So ging es weiter. Es kam die Geschichte mit dem Kontrolldienst. Diese angebliche Geheimorganisation war so geheim, daß sofort der Provost Marshal des Lagers Mitteilung bekam, der ISD-Offizier und der Lagerleiter und dann erst die Abteilung VI im Sonderministerium, wenn irgendwo im Lager eine Schiebung aufgedeckt wurde. Auch hier droht die ganze Sache wieder die Entwicklung zu nehmen, die wir schon bei all den Untersuchungen hatten: Nichts wird herauskommen als Schieberereien schwerster Art, bei denen sich allerdings einige Leute bemühen, diese Schieber zu decken, und vieles andere noch!

Bei anderen Anlässen allerdings schweigt der Herr Ministerpräsident Dr. Chard. Da darf jemand noch so sehr das Interesse unseres Volkes angreifen, wie z. B. Höltermann in der Frage der Amnestie und bei anderen Dingen. Jetzt erst hat es geheißt, wir hätten einen Antisemitismus in Bayern. Nein! Wir haben keinen Antisemitismus in Bayern. Aber über das Verhalten des Herrn Philipp Auerbach sind sich die Leute im Land draußen alle einig. Ich bin kein Feind der Juden und habe in der illegalen Zeit oft mit meinem jüdischen Kameraden im Justizpalast und sonstwo zusammengearbeitet. Aber was Herr Philipp Auerbach macht, das hat nichts mehr mit religiösen und sonstigen Fragen zu tun. Der Mann, der den Dokortitel benötigt, obwohl er keiner ist und der es verstanden hat —

(Hört, hört! — Zuruf des Ministerpräsidenten.)

— Nein! Ich habe schon auf dem Wege über den Herrn Ministerpräsidenten immer wieder zu erreichen versucht, daß diese Frage geklärt wird. Auch da hat der Herr Ministerpräsident noch keine Untersuchung gestartet oder, wenn er eine gestartet hat, so hat er bis heute noch nicht entdeckt, was über den Herrn Philipp Auerbach offenbar ist, der im Rheinland von seinem Posten entlassen wurde, weil ihn die dortige jetzige deutsche demokratische Regierung und die dortige Militärregierung dazu für untragbar hielten. Davon haben wir nichts gehört. Darüber, daß im Sonderministerium Herr Staatssekretär Höltermann, der damals in Urlaub war, für sich soundsoviel hundert Liter Benzin verlangt hat, wird nicht gesprochen. Auch davon habe ich dem Herrn Ministerpräsidenten schon Mitteilung gemacht.

Aber wenn der Sohn des Herrn von Papen kommt und sich über mich beschwert, dann schreibt der Herr bayerische Ministerpräsident mir einen Brief,

(hört, hört!)

ich solle mich doch dazu rechtfertigen.

(Zuruf: Berichten!)

— Berichten? — Ja, ich möchte Ihnen eines sagen, ich weiß nicht, ob der Sohn eines der Hauptschuldigen an unserem Unglück eigentlich überhaupt von einem Ministerpräsidenten empfangen und gehört werden sollte. Millionen von Menschen haben nämlich nicht die Ehre, vom bayerischen Ministerpräsidenten einer so eingehenden Bearbeitung ihrer Sache gewürdigt zu werden.

Und noch vieles andere mehr, meine Damen und Herren!

(Zuruf: Ja, was denn?)

(Loritz [WAB])

— Vieles noch, z. B. die Schiebungen in den Internierungslagern, die durch uns entdeckt werden konnten. Man fragt sich, wie es nur möglich war, daß solche Schiebungen überhaupt geschehen konnten.

(Zuruf: Wollte der Ministerpräsident die Schiebungen decken? Ist er verantwortlich?)

— Verantwortlich? Nein! Verantwortlich für die Leitung der Abteilung VI im Sonderministerium war Herr Staatssekretär Höltermann als damaliger Ministerialdirektor. Es wäre wirklich die allerhöchste Zeit gewesen, daß über die Verhältnisse in den Internierungslagern eine Untersuchung stattfand. Was geschah statt dessen? Huppdich — wuppdich: Herr Staatssekretär a. D. Höltermann wurde plötzlich zum Rohlenkommissar ernannt, obgleich er gar keine fachliche Vorbildung auf dem Gebiet hat.

Sehen Sie, so liegen die Dinge im Lande Bayern! Der bayerische Ministerpräsident ist vor dem Angriff ganz gewisser Leute zurückgewichen.

(Zuruf von der SPD: Welcher Leute? Ihrer eigenen Partei!)

— Nein, nicht der eigenen Partei, Herr Kollege! Das, was sich hier tatsächlich ereignet hat, ist beschämend. Ein Mann, dem man sein Vertrauen, sein volles Vertrauen schenkte, hat sich nachher als der Judas entpuppt, als der Verräter. Er versuchte, das Messer in einem Zeitpunkt von hinten zu stoßen, in dem alle Vorwürfe, die gegen mich schon erhoben wurden, restlos geklärt sind. (Zuruf: Oho!)

Das ist das Traurige. Dafür kann ich aber nichts. Philipp von Mazedonien hat einmal gesagt, als er gefragt worden ist, wer ihm der liebste Mann sei: Der Verräter vor dem Verrat. Und als er gefragt wurde, wer ihm der verhassteste sei, antwortete er: Der Verräter nach dem Verrat. Merkwürdig ist, daß dieser Herr Meißner, der bei der WAB angeblich alles so genau wußte, das nicht schon viel früher gesagt hat!

Nein, hier wurde ein großes Spiel getrieben, um mich zu Fall zu bringen. Denn es ist gewissen Leuten nicht angenehm, daß ich bei der Entnazifizierung eine Linie eingeschlagen habe; nämlich Milde gegenüber denen, die in die NSDAP hineingetrieben und hineingepreßt wurden

(Heiterkeit und Zurufe)

und durch den Verrat von einigen wenigen Leuten unter die Räder gekommen sind;

(Zuruf: Propaganda!)

dagegen die schärfste Bestrafung für alle diejenigen, die wirklich den Hitler und seine Verbrecherbande an die Macht haben kommen lassen.

Da rufe ich Ihnen eines zu, Herr Dr. Ehard: Ich an Ihrer Stelle hätte mich einigermaßen dafür eingesetzt und den Antrag gestellt, daß ein Mann wie Hitler entweder zur Todesstrafe oder wenigstens im höchstzulässigen Strafrahmen für Hochverrat und Landesverrat im Jahre 1923/24 verurteilt worden wäre.

Darf ich Ihnen eines sagen, weil Sie mir „Propaganda“ dazwischen gerufen haben, Herr Op den Orth! Sie wissen, daß mir einige Leute von der WAB vorwerfen —

(Op den Orth: „Propaganda“ habe ich nicht gerufen!)

— dann habe ich mich geirrt, dann war es jemand anders! —, daß ich mich viel zu viel um das Mini-

sterium gekümmert hätte und zu wenig um die Parteileitung. Ich glaube, das ist für mich ein Ehrentitel gegenüber dem Staat und gegenüber dem Volk. Wenn Sie meinen, ich hätte immer Propaganda getrieben, so darf ich sagen, daß ich viele Monate überhaupt nicht gesprochen habe, weder im Radio noch sonstwo. So wenig Propaganda habe ich gemacht! Propaganda hat für mich meine Arbeit gemacht!

(Zurufe.)

Für die war ich der Motor gewesen. Das hat die beste Propaganda für mich gemacht.

(Beifall bei der WAB und bei Zuhörern.)

Präsident: Ich habe schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Zuhörer jeder Beifallsäußerung zu enthalten haben. Die Zuhörer haben sich erst im Laufe der Zeit wieder eingefunden; vorher war da hinten alles leer. Ich bitte diejenigen, die jetzt Beifall geklatscht haben, das Haus zu verlassen.

(Wimmer: Die Gaudi geht los und die Not steigt!)

Ich bitte den Herrn mit der gelben Krawatte dort hinten, den Saal zu verlassen.

(Wimmer: Wenn die Leute glauben, es gibt eine Gaudi, dann sind sie da.)

Ich bitte den Herrn Redner fortzufahren.

Loritz (WAB): Der Herr Bürgermeister Wimmer hat vollkommen recht: Die Not steigt ins Ungemessene und dem Ministerrat werden Gesetze über Gesetze vorge schlagen. Aber die wichtigsten Dinge sind leider noch nicht in Angriff genommen worden. Das ist es, wogegen ich mich wende und immer schon gewandt habe.

(Zurufe: Wann denn? Heute erst!)

— Nein, nein, nicht erst heute. Ich habe mich schon manches Mal vertraulich mit dem Herrn Ministerpräsidenten darüber unterhalten,

(Zuruf: Davon haben wir noch nichts gehört!)

wie notwendig es ist, daß die Verwaltungsarbeit in wirklichem speditivem Tempo erfolgt. Das habe ich schon manches Mal gesagt und nicht bloß dem Herrn Ministerpräsidenten, sondern auch prominenten anderen Persönlichkeiten in seiner Partei. Da fehlt es.

Was das Sonderministerium betrifft, so konnten wir jedenfalls in diesem Frühjahr, als wir den Leuten keine Lebensmittelkarten im nötigen Umfang zuteilen konnten, wenigstens einige Karten geben: Die Bescheinigungen, daß sie schon durch die Spruchkammer gegangen sind, oder daß sie amnestiert oder als nicht betroffen erklärt wurden. Es war eine ungeheure Arbeit, diese rund 5 Millionen Akten durchzuarbeiten. Sehen Sie, das paßt einigen von Ihnen nicht, daß hier jemand da ist, von dem feststeht, daß er verwaltemäßig etwas fertigbringt. Nur an dem Erfolg sehen Sie, ob einer etwas fertigbringt oder nicht, nicht an den Reden und sonstigen Dingen. Nur der Erfolg ist ausschlaggebend. Ich gebe eines zu erwägen: Durch die Jugendamnestie wurden unter meinem Amtsvorgänger nur 70 000 Fälle erledigt, obgleich die Amnestie schon im Sommer vorigen Jahres erlassen wurde. Bei mir dagegen sind es 440 000 Fälle. Dazu kommen die Nichtbetroffenenaktion und die Spruchkammerverfahren, die bis jetzt erledigt sind. Ich habe nicht gehört, daß sich der Herr Ministerpräsident dagegen verwahrt hätte, als einige Spruchkammervorsitzende, die offenbar schon seit längerer Zeit besser informiert waren, die Absetzung des Sonderministers verlangten. Ich habe

(Corrig [WAB])

nichts davon gehört, obgleich es seine Pflicht als Ministerpräsident wäre, dieses Kabinett und zwar nicht bloß seine engsten Parteimitglieder zu decken. Ich habe vor Zeugen schon oft mein Leid darüber geklagt, daß ich beim Herrn Ministerpräsidenten Dr. Chard das Gefühl habe, daß er alles andere als mir wohlgesinnt ist. Er hat mir den Fehdehandschuh hingeworfen. Er verzichtet auf die Mitarbeit der WAB. Mir hat noch keiner den Fehdehandschuh hingeworfen, den ich nicht aufgenommen hätte.

Ich erkläre namens der Fraktion der WAB
(lebhafteste Zurufe)

und vor allem auch namens unserer Mitglieder den schärfsten Kampf gegen einen Regierungschef und eine Regierung, die es sich geleistet hat, vor einigen Kräften zurückzweichen, die wir sehr wohl kennen; die es sich geleistet hat, Leute im Stich zu lassen, die mitgeholfen haben, ihn zum Ministerpräsidenten zu machen.

(Zuruf: Habt Ihr ja gar nicht!)

— Jawohl, das haben wir durch die Zusammenarbeit mit Euch, die Ihr für die Koalition eingetreten seid. Solchen Leuten werden wir den schärfsten Kampf ansagen und ihn auch durchstehen. Trotz aller Intrigen, trotz aller Verleumdungen werdet Ihr die WAB und ihren Gedanken nicht kaputt machen; und wenn Ihr hundert Verräter dingt, dann werden ein paar tausend mehr zu unserer Sache stehen. Das möchte ich hier erklären.

Es ist tief bedauerlich, was sich in diesen sechs Monaten abgespielt hat. Aber immerhin konnten 5 Millionen und noch mehr Akten durchbearbeitet werden. Gott sei Dank! Damit ist diese Arbeit wenigstens zum größten Teil abgeschlossen. Jetzt, wo man weiß, daß ich gegen die wirklichen Hauptschuldigen vorgehe und die Ermittlungen gegen die Tasager zum Ermächtigungsgesetz zum Abschluß gekommen sind.

(Zurufe und Heiterkeit)

— jawohl, das Verfahren läuft —, daß ich gegen Herrn von Papen und diese Leute vorgehe, sucht man mich zu stürzen. Es wird Euch kein Glück bringen, die Ihr da droben sitzt, meine Herren Minister, seien Sie davon überzeugt!

(Heiterkeit.)

Wir sind jetzt in der Opposition, in der Opposition, die wir nicht gesucht haben; denn wir wollten praktisch mitarbeiten. Die Leute, die das gemacht haben, haben mich gestürzt, ohne mich überhaupt zur Rechtfertigung zu hören. Ich bin überhaupt noch nicht gehört worden. Ich mußte gar nicht, daß heute ein Ministerrat oder sonst irgend etwas stattgefunden hat. Ich bin nicht zu den Vorwürfen über den Kontrolldienst gehört worden. Ist das gerecht? Nein, das ist unerhört, und darüber wird noch gesprochen werden, meine Damen und Herren, und zwar Fraktur gesprochen werden. Wenn es nicht heute ist und nicht in den nächsten Monaten, dann noch später, nämlich bei den nächsten Wahlen; vielleicht aber schon viel früher, als es meine Feinde heute hier meinen.

Ihr habt damit wiederum Tür und Tor geöffnet der Rückkehr jener Verhältnisse in das Sonderministerium, die dort herrschten, als ich das Ministerium übernahm, jenen skandalösen Mißständen, wie sie in den Abteilungen bestanden, z. B. in der Rechtsabteilung mit Dr. Ziebell als Leiter und mit anderen Personen, die völlig unwürdig waren, oder aber in der Abteilung VI,

in der die unerhörtesten Dinge vorgekommen sind, daß z. B. die großen SS-Bonzen frei herumlaufen durften, während die kleinen in den Lagern saßen. Kein Abgeordneter von Euch, wer es auch sei, kann mir vorwerfen, daß ich nicht mit aller Kraft gearbeitet hätte, um das, was ich vorzutragen hatte, zur Bearbeitung zu bringen. Ich kann Ihnen sagen: Das was Sie heute getan haben, ist ein Schimpf und eine Schande für Sie. Wehe über ein Volk, das aus Neid praktisch geleistete Arbeit nicht anerkennt, nur weil der Betreffende, der sie geleistet hat, politisch nicht den herrschenden Parteirichtungen angehört! Mögen Sie selig werden ob dieser unerhörten, hinterhältigen Kampfweise! Sie wird Ihnen kein Glück bringen. Uns gibt sie die Freiheit zurück, mit aller Klarheit zu sagen, wie die Dinge in Bayern stehen und für wie unfähig wir den Herrn Ministerpräsidenten halten

(Zurufe und Widerspruch)

— lassen Sie mich aussprechen! —, eine Beseitigung dessen fertigzubringen, was uns allen auf den Nägeln brennt: die Beseitigung der Wirtschaftskrise, der Verkehrskrise und anderer Dinge. Für die Abfassung von Gesetzen, jawohl, da ist der Herr Ministerpräsident Dr. Chard der richtige Mann. Zur Schaffung von Gesetzentwürfen als Richter, da sage ich gar nichts gegen seine beruflichen Fähigkeiten. Ich habe auch geglaubt, er würde bessere und größere Dinge meistern können.

Eines möchte ich aber hier sagen: Wenn er die Leute, die bewiesen haben, daß sie Verwaltungsarbeit in großem Umfange speditiv und gut leisten können, vor den Kopf stoßt, dann zeigt er nur seine Einstellung, daß er auch die wenigen Mitglieder, die solche Arbeit noch leisten können, ebenfalls noch vor den Kopf stoßen wird, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet.

Sie werden schon bald sehen, wie die Dinge bei uns in Bayern laufen. Wir sind heute frei und in der Opposition. Wir werden hieron Gebrauch machen. Sie sind es, die uns in die Opposition gedrängt haben. Sie werden es noch bedauern.

(Heiterkeit.)

Reden wir darüber später! Wie Sie es gemacht haben, das ist unerhört. Sie haben nämlich gemeint, ich breche mir bei dieser Arbeit der Kopf; ich sei unfähig, ich brächte nichts fertig. Als Sie gesehen haben, was ich fertiggebracht habe, wieviel Sachen gut erledigt werden konnten, da hat Sie der Neid gepackt.

(Heiterkeit.)

— Jawohl, das ist Ihre Schuld. Dafür werden Sie sich einmal vor unserer Bevölkerung zu verantworten haben. Die WAB erklärt von dieser Minute an die schärfste Gegnerschaft gegen diese Koalition, die heute die Regierung befehlt hat.

(Beifall bei der WAB.)

Präsident: Der Herr Ministerpräsident nimmt das Wort.

Ministerpräsident Dr. Chard: Verehrte Frauen und Männer des Bayerischen Landtags! Um keine falschen Bilder aufkommen zu lassen, möchte ich ein paar kurze Erklärungen abgeben. Ich habe kein Wort von den Untersuchungen gesagt, die noch schweben. Sie sind auch nicht der Anlaß zu meiner Entschließung. Es ist noch eine Untersuchung wegen des Kontrolldienstes im Gange. Nach deren Abschluß wird dem Landtag darüber berichtet werden. Es wird ein Bericht über die Entwicklung des Son-

(Ministerpräsident Dr. **Chard**)

der Ministeriums vorbereitet. Dabei werden auch die Entwicklungen in den Internierungslagern behandelt werden. Auch das wird dem Landtag vorgelegt werden und der Landtag kann dann darüber urteilen.

Das ist eine Sache, die im Augenblick meine Entschliebung nicht beeinflusst hat. Es ist aber auch notwendig, insbesondere in der heutigen Zeit, in einer Atmosphäre zu arbeiten, die die Arbeit möglich macht.

(Loriz: Dabei sind es die andern, die arbeiten.)

Eine politische Atmosphäre, die dauernd in Unruhe ist und deren Hin und Her alle möglichen Schwierigkeiten ergibt, läßt auf die Dauer eine ruhige sachliche Arbeit nicht mehr zu.

(Loriz: Glauben Sie!)

Ich habe schon vor etlichen Wochen hier in diesem Hause erklärt, daß es, um eine vernünftige Arbeit sicherzustellen, notwendig ist, daß ein Minister seine Tätigkeit als Minister nicht so stark mit der eines Parteiführers und Propagandisten vermengt.

(Loriz: Die habe ich nicht vermengt.)

Außerdem habe ich gesagt: Es ist ein dreifaches Vertrauen bei dem Minister für die politische Befreiung notwendig. Erstens das Vertrauen der Militärregierung — hierzu verweise ich Sie auf den Brief, der kürzlich von der Militärregierung gekommen ist und der vom Herrn Landtagspräsidenten dem hohen Hause bekanntgegeben wurde. Zweitens bedarf der Minister des Vertrauens des Landtags. Daß meine Entschliebung richtig war und vom Landtag gebilligt wird, hat die Abstimmung bewiesen. Ich brauche dazu jetzt nichts zu sagen. Drittens aber bedarf der Minister auch schließlich noch — wenn der Ministerpräsident nicht nur eine Figur sein soll — des Vertrauens des Ministerpräsidenten.

(Sehr gut!)

Daß dieses Vertrauen nicht besteht, hat, glaube ich, der Herr Loriz absolut klar und eindeutig Ihnen vorengerzert.

(Sehr richtig! — Lebhafter Beifall bei der CSU und SPD.)

Dazu brauche ich wohl keine Worte mehr zu sagen. Ich meine, wenn man von einer Minute auf die andere in einer solchen Weise umschlagen kann,

(Loriz: Sie sind noch ganz anders umgeschlagen.)

dann war das, was man mir vorher sagte, nicht ehrlich; dann konnte ich mich nicht darauf verlassen. Wenn mein Entschluß vielleicht vorher wankend gewesen wäre, bin ich jetzt der Meinung: er war richtig.

(Lebhafter Beifall.)

Ich bin der Meinung, diese Klärung muß herbeigeführt werden. Denn schließlich ist es ja auch so: Es gibt politische Spannungen, die sich immer wiederholen, die nach und nach immer stärker werden. Es kommt ein Mosaikstein zum anderen und zum Schluß ist es so, daß es einfach nicht mehr so weitergehen kann. Ich muß diese Klärung haben. Es ist sonst einfach unmöglich zu arbeiten.

(Loriz: Und Ihre Hintermänner! Da ist der Herr Schanagl, warum habt Ihr denn den noch nicht — —)

— Ja, bitte sehr, ich darf dazu noch folgendes sagen: Die Verantwortung für das, was ich getan habe und was der Landtag gebilligt hat

(Loriz: Das hat der Landtag gar nicht gebilligt)

übernehme ich allein. Ich bin Manns genug, eine Entschliebung selber treffen zu können und ich kann Sie versichern, das sage ich hier: Ich habe von niemandem eine Weisung und von niemandem einen Rat in dieser Hinsicht bekommen, sondern ich habe selbst den Entschluß gefaßt und habe allerdings mit den Kollegen des Kabinetts mich darüber unterhalten, was sie dazu meinen.

(Loriz: So sehen Sie aus! Was sie dazu meinen!)

Das ist das, was ich im Augenblick zu sagen habe.

(Beifall. — Loriz: Psui!)

Präsident: Ich bitte, in der Zukunft mit den tiefstehenden Zurufen wie Psui! und anderen Bemerkungen etwas zurückzuhalten, denn das trifft höchstens auf eine Äußerung zu, die wirklich als unanständig und niederträchtig zu beanstanden gewesen wäre. Die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten war eine absolut sachliche Erklärung zu dieser Angelegenheit. Das stelle ich fest, ohne daß ich mich als Präsident in die Frage selber einmische. Der Ausdruck „Psui!“ war nicht berechtigt. Ich bitte, die Sprache und das Benehmen im Parlament etwas würdiger zu gestalten, damit wir auf unser Volk auch einen würdigen Eindruck machen können.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hauptleiter.

(Loriz: Der hat es notwendig.)

Hauptleiter (CSU): Meine Damen und Herren! Ich habe an einem Abend der Verfassungsgebenden Versammlung eine Massenversammlung im Mathäser aufgesucht, in der der Abgeordnete Loriz sprach. Es war für mich eine Stunde der tiefsten innerlichen Erschütterung. Ich hatte als junger Mensch mit 19 Jahren

(Loriz: ohne Erschütterung)

Hitler sprechen hören. Nun war es mir, als sei die Frühzeit, die Anfangszeit der NSDAP wiedergekehrt. Es war dieselbe Atmosphäre, der Aufmarsch eines Fanatikers. Um ihn stand eine Jugend, verführt, mit verzerrten Gesichtern.

(Loriz: Wenn Sie reden, ist Ihr Gesicht auch verzerrt. Eben ist es blutrot.)

Dann entfeffelte sich eine Demagogie, die erschütternd war. Die Parallele war erstaunlich. Es begann mit dem Angriff auf die Presse. Genau so wie Adolf Hitler die Sournaille beschimpft hatte, genau so wurde gegen die Zeitungen geheßt. Dann zeigte sich, daß hier einer mit einer für mich dämonisch wirkenden Instinktsicherheit es verstanden hatte, die Komplexe einer bestimmten Gruppe von Menschen anzusprechen, ich möchte sagen: einer totalitär orientierten Gruppe von Menschen, die, ohne zu denken, ohne logisch zu folgern, ohne zu analysieren, worum es geht, begeistert dem Mann folgte, der ihre Komplexe ansprach. Da habe ich mir gesagt: Hier beginnt wieder das, was einmal war; hier beginnt ein Fanatismus uns entgegenzuschlagen; hier kristallisiert sich von neuem das, was Adolf Hitler die verschworene Gemeinschaft genannt hatte, jenes Zusammenhalten einer Gruppe, die nicht fragt, ob Recht oder Unrecht, sondern die nur das eine kennt: Bist Du in meiner Partei, dann decke ich dich bedingungslos und unter allen Umständen.

Da habe ich mir gesagt: Dieser Mann ist eine Gefahr für den demokratischen Staat, den wir aufbauen wollen. Ich bin damals dem Herrn Abgeordneten Loriz in seiner Versammlung im Mathäser entgegengetreten. Er hat mir entgegnet, er habe Widerstand geleistet. Ich habe ihm gesagt: „Sawohl, das glaube ich Ihnen;

(Haußleiter [CSU])

die Einzelheiten kenne ich nicht." Er wurde damals aufgefordert, die Dokumente vorzulegen. Ich habe noch keine Dokumente gesehen.

(Loriz: Darüber kann Dr. Hoegner Auskunft geben.) Ich habe ihm erwidert: Widerstand ist aus den verschiedensten Gründen geleistet worden. Widerstand haben die Kommunisten geleistet. Widerstand haben die Sozialdemokraten geleistet. Wir neigen uns vor den Märtyrern unserer christlichen Überzeugung. Aber es könnte sein, daß eine totalitäre Gruppe die andere bekämpft hat. Ich habe — Herr Loriz, Sie wissen es, Sie haben es mir übel genommen — gesagt: Ich höre davon, daß Sie gegen Adolf I. Widerstand geleistet haben, weil Sie glauben, Adolf II. werden zu wollen.

Nun muß ich Ihnen folgendes sagen. Ich spreche hier deutlich und klar meine Überzeugung aus. Ich habe das Recht dazu, Herr Loriz, und ich fürchte mich vor Ihnen nicht; ich habe mich damals auch nicht vor Ihnen gefürchtet. Der Weg, den Sie gegangen sind, hat genial die Spuren jenes andern Adolf unter anderen Verhältnissen mit anderen äußeren Bildern verfolgt. Innerlich ist es die gleiche Dialektik, die gleiche Instinktsicherheit für das, was die Masse in der Massenversammlung hören will, die gleiche Kunst des Rau-sches, die gleiche Kunst des Fanatismus, Herr Loriz! Bewundert und gefürchtet habe ich Sie, und ich habe gesagt: Aus Furcht geben wir nicht noch einmal nach; diesem Mann muß man sich entgegenwerfen.

Wenn wir, meine Freunde und ich, der Regierung Chard zuerst mit erheblichen Bedenken gegenüberstanden, dann war es deshalb, weil meiner Meinung nach ein Herr Loriz nicht Minister werden durfte.

(Loriz: War das der wahre Grund?)

Es war meine feste Überzeugung: Hier wird ein Fehler gemacht; hier ist dazu, die Mentalität des Nationalsozialismus zu überwinden, nicht der Mann bestimmt worden, der innerlich ein echter, ein leidenschaftlicher, ein überzeugter Demokrat ist. Ich habe mir gesagt — und ich habe das kürzlich in öffentlicher Versammlung ausgesprochen —: Hier besteht die Gefahr, daß derjenige, der die alte Diktatur ausrotten soll, die Machtstellung, die er dazu bekommen hat, benutzt, um eine neue Diktatur vorzubereiten.

Meine Damen und Herren! Was sich nun ereignet hat, die Art und Weise, in der Herr Loriz jetzt reagiert hat, das bestätigt allen Verdacht, den ich damals gehabt habe; das gibt der Analyse, die ich damals aufgestellt habe, hundertprozentig recht. Hier handelte es sich um die Wiederkehr einer Mentalität, die wir kennen, einer Mentalität, die ausgerottet und beseitigt werden muß, wenn die Demokratie echt und widerstandsfähig in unserem Volke leben soll.

Herr Loriz, Sie berufen sich auf die von Ihnen geleistete Arbeit; Sie sagen, Ihre Arbeit spricht für Sie. Ich glaube, Herr Loriz, die Arbeit draußen haben die Ankläger, die Vorsitzenden, die Ermittler und die Beisitzer der Spruchkammern getan. Wir wollen davon abkommen, daß man sagt: Der Minister ist es. Herr Loriz, denken Sie darüber nach; das ist Führerprinzip. Da hat man gesagt: Das hat einer allein getan; da hat einer allein

(Loriz: Wie haben Sie es denn vorher getan?) den Anspruch für sich auf seine Haut genommen, da

hat einer von dem gesprochen, was er tut. Die Arbeit eines schwer und mühsam aufgebauten Apparats draußen hatten Sie die Ehre anzuführen, Herr Loriz; aber die Arbeit ist im Lande geleistet worden.

Dann möchte ich Ihnen eines sagen. Sie sprechen von der Amnestie, als wäre sie Ihr Werk. Wissen Sie, wie die Amnestie heißt? Weihnachtsamnestie! Wann sind Sie ins Amt gekommen? In einem Augenblick, als die Amnestie schon erlassen war.

(Beifall bei der CSU. — Loriz: Die Jugendamnestie war schon früher erlassen und war nicht durchgeführt!) — Dann mußte sie durchgeführt werden, Herr Loriz. Ich habe das Gefühl,

(Loriz: Über Sie habe ich ein ganz anderes Gefühl!) daß auch ein anderer, der sachlich und exakt arbeitete, diese Arbeit hätte durchführen können. Ich habe nicht das Gefühl, daß heute ein Minister berechtigt ist, zu sagen: Seht, ich bin für die Rechtsprechung auf diesem Sektor allein verantwortlich! Sie haben Ihre Pflicht getan, Herr Loriz! Keiner soll mit seiner Pflicht so sehr renommierten, wie Sie es draußen in den Massenversammlungen tun. Wir wollen heute sachliche Arbeit erleben. Ruhige Berichterstattung über sachliche Arbeit wäre Sache eines Ministers. Sie, Herr Loriz, berichten draußen in den Versammlungen nicht sachlich über Ihre Arbeit. Sie versuchen, aus Ihrer Position für Ihre Partei Kapital zu schlagen, genau wie die Nationalsozialisten das getan haben. Das ist die Parallele.

Nun möchte ich zu Ihrer Arbeit einiges sagen; nur ein paar kurze Fragen. Am 17. März beschloß der Entnazifizierungsausschuß, daß die Regierung binnen 14 Tagen nach Möglichkeit ein Memorandum vorlegen sollte, um die schlimmsten Härten und Ungerechtigkeiten des Entnazifizierungsgesetzes zu beseitigen.

(Sehr richtig!)

Herr Loriz, ich habe auf dieses Memorandum gewartet.

(Loriz: Das habt ihr ja schon!)

— Wir haben verlangt, daß darin die Vorschläge der Gewerkschaften, der Kirchen, aller öffentlichen Einrichtungen zur Änderung des Entnazifizierungsgesetzes verarbeitet sind. Wissen Sie, was Sie uns gegeben haben, Herr Loriz? Ein ärmliches Machwerk von vier Schreibmaschinenseiten; und dazu haben Sie drei Monate gebraucht. So hat Ihre Arbeit, wenn der Minister persönlich arbeiten sollte, in der Praxis ausgesehen.

Ich weise auf etwas anderes hin, Herr Minister,

(Zuruf: Minister a. D.!)

— Herr Loriz. Sie sagten, Sie wollen die Entnazifizierung abschließen.

(Loriz: Sonst dauert es vier Jahre und noch länger!) Ich bin nun sehr erschrocken, als ich im Entnazifizierungsausschuß hörte, daß Sie gegen eine endgültige Rechtswirksamkeit und Rechtsgültigkeit der Entnazifizierungsurteile auftraten.

(Loriz: Ja, Sie werden sich täuschen!)

Sehr geehrter Herr Loriz, da gibt es ganz bestimmte Möglichkeiten, innerhalb bestimmter Fristen Berufung einzulegen, usw. Aber ich sage Ihnen nun folgendes: Mir ist da ein sehr erheblicher Verdacht gekommen. Wir müssen irgendwann zum Abschluß der Entnazifizierung kommen, das heißt dahin kommen,

(Loriz: Ihr kommt in zehn Jahren dazu, wenn Ihr so weitermacht!)

(Haußleiter [CSU])

daß die Entnazifizierungsurteile rechtswirksam und rechtsgültig werden. Sie haben Ihren Standpunkt damals demagogisch äußerst geschickt begründet; Sie haben gesagt, unter dem Minister Pfeiffer ist ein Jugendlicher zu Straflager verurteilt worden. Herr Lorig, Sie haben andere Ziele verfolgt, als Sie dagegen auftraten, daß die Urteile rechtswirksam werden. Ich sage Ihnen, was meine Überzeugung im gleichen Augenblick war: Sie sind — wir haben es erlebt; deshalb darf ich es hier sagen — ein Meister der Drohung, ein Virtuose der Einschüchterung.

(Lorig: Was ist Virtuose?)

Und nun wollen Sie Ihr Entnazifizierungsministerium dazu benützen, um mit dem Material, das Sie in der Hand haben, die Menschen nicht nur für ein Jahr, sondern auch für kommende Jahre einzuschüchtern. Das war die Absicht, Herr Lorig.

(Sehr gut!)

Nun sage ich Ihnen, was mein Standpunkt in dieser Frage war: Sie haben neulich auf die Tränenrüfen gedrückt — das können Sie, das ist ja Ihre Kunst — und haben gesagt, Sie kämpfen gegen das Denunziantentum. Herr Lorig, als Sie die eidesstattlichen Erklärungen in den Massenversammlungen vorlasen, da sind Sie auf jeden Denunzianten hereingefallen, den es in irgendeinem Winkel des Bayerlandes gegeben hat.

(Beifall.)

Heute weiß jeder, was Entnazifizierung ist; wer heute Material zur Belastung hat, soll es vorlegen, soll es auf den Tisch des Hauses legen. Wir müssen dann aber auch zu einem bestimmten Abschluß kommen; das ist nämlich der innere Sinn des Entnazifizierungsgesetzes. Deshalb müssen wir diese Rechtswirksamkeit anstreben. Wer in zwei Jahren zu Herrn Lorig gekommen wäre und gesagt hätte: Mir fällt ein, mein Nachbar hat das und das getan, der wäre ein Denunziant gewesen. Ich bin nun der Überzeugung, daß Herr Lorig nicht gegen die Denunzianten gekämpft hätte, sondern daß er sich ihrer hätte bedienen wollen, wann immer es ihm gepaßt hätte.

Ich habe persönlich Anhaltspunkte dafür, daß er so zu arbeiten gedenkt. Ich bedaure, daß Herr Lorig das Lokal verlassen hat, ich hätte mich mit ihm gern noch weiter unterhalten.

(Zuruf: Wir können allein weitermachen; das ist viel gescheiter.)

Ich habe ihn kürzlich hier angegriffen; als wir die Treppe heruntergingen, sagte mir Herr Lorig: Das war falsch, Herr Kollege, daß Sie mich angegriffen haben. Ich habe geantwortet: Ihr Kontrolldienst mußte angegriffen werden. Dann hat er gesagt: Gegen die Denunzianten müssen wir doch zusammenhalten, Herr Kollege! Jeder Abgeordneter ist bei mir denunziert, Sie auch. Ich habe erwidert: Herr Lorig, damit schüchtern Sie mich nicht ein, damit machen Sie mich nicht nervös; ich bleibe meinem Standpunkt treu.

Meine Damen und Herren! Jeder Abgeordnete wäre danach bei Herrn Lorig einmal denunziert worden. Der gleiche Mann, der da auf die Tränenrüfen drückte, zögert nun nicht, die Angriffe anzukündigen, mit denen er sich im Amt halten wollte. Das war für mich das psychologisch interessanteste Faktum.

Er hat in den Massenversammlungen immer wieder gesagt: Die wahren Hauptschuldigen sind die Männer

des Ermächtigungsgesetzes. Ich habe ihm damals entgegnet: Herr Lorig, ich habe keinen Grund, für das Ermächtigungsgesetz einzutreten. Ich war damals zu jung, war 28 Jahr alt, habe keine politische Rolle gespielt. Wenn Sie aber gegen diese Männer als die wahren Schuldigen vorgehen, dann fällt den echten Nazis ein ungeheurer Stein vom Herzen. Ich habe weiter gesagt: Ich habe Sie im Verdacht, daß Sie nur deshalb auf das Ermächtigungsgesetz deuten, um gerade den echten Nationalsozialisten eine innere Freude zu machen.

Meine Damen und Herren, nun haben wir ein Wunder erlebt; und das Wunder ist groß. Kürzlich, als die Meldung durch die Zeitungen ging, daß der ehemalige Ministerpräsident Schäffer wegen des Ermächtigungsgesetzes vor die Spruchkammer käme, stand Herr Lorig hier, hat das dementiert und hat erklärt: Ermächtigungsgesetz kommt nicht in Frage. Ich habe nun heute die große Überraschung erlebt: Jetzt geht er in die Opposition, jetzt kommt er wieder mit seiner Drehorgel;

(Heiterkeit. — Beifall bei der CSU.)

nun kommt er wieder mit der Schallplatte, die er endlos gedreht hat, genau wie sein Vorgänger. Und auch in der Kunst der Schallplatte, in der Kunst der monomanen Wiederholung ist Herr Lorig Meister.

Die Psychologen wissen: Es gibt bei jedem kleinen Kind eine Wollust der Wiederholung. Sehen Sie, auch Massen in Massenversammlungen kennen diese Wollust. Ich habe gehört, wie Herr Lorig immer wieder von neuem anfing. Damals war es der Sohn Scharnagls. Der Sohn Scharnagls soll, wie Sie alle wissen, bei der Reiter-SS oder sonst irgendwo gewesen sein; ich weiß es nicht. Jedenfalls war die Sache mit Hilfe von Denunzianten, die Herr Lorig angeblich bekämpft, maßlos übertrieben gewesen.

Nach jedem Zwischenraum fing Herr Lorig wieder mit der Schallplatte an, seinen Vorbildern Goebbels und Hitler getreulich folgend. Ich habe ihm damals gesagt: Sie haben die Propagandaabschnitte in „Mein Kampf“ gelesen; da steht drin, jede Lüge muß so oft wiederholt werden, bis sie die Masse glaubt.

(Op den Orth: Zur Geschäftsordnung!)

Präsident: Herr Abgeordneter Op den Orth!

Op den Orth (SPD): Darf ich zur Geschäftsordnung unterbrechen! Herr Minister Lorig hat mit Herrn Höllerer den Saal verlassen. Ich mache Sie darauf aufmerksam. Nach den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses halte ich Herrn Höllerer zu allem fähig. Draußen unterhalten sich die WAW-ler. Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten, das Sonderministerium beobachten zu lassen, damit dort nicht weitere Akten und sonst etwas verschwinden.

Haußleiter (CSU): Ich glaube, nach dem, was die Untersuchungsausschüsse vortragen werden, wird die Mahnung unseres Kollegen Op den Orth hier keineswegs als unangebracht erscheinen.

Abschließend möchte ich Ihnen nun eines sagen. Dieser Herr Lorig, den wir aus der Verfassungsgebenden Versammlung kennen, den wir aus seinen Massenversammlungen kennen, dessen grellgrüne Plakate jede Utopie versprechen, dessen Partei noch kein positives Wiederaufbauprogramm vorgelegt hat,

(Zuruf: Sie hat überhaupt keines!)

(Haußleiter [CSU])

sollte meiner Ansicht nach nicht Minister sein. Darüber konnte man streiten. Nicht aber kann man darüber streiten, daß es höchste Zeit war für sein Verschwinden als Minister. (Sehr gut!)

Darüber sind wir uns alle einig.

Ich glaube, wie auch immer der Stand der Dinge ist, eines haben wir gelernt: Noch einmal überrennt uns keine solche Propaganda. Wir wollen kämpfen gegen diese Art von psychologischer Massenverheerung wie nie zuvor. Herr Lorig hat hier gedroht — Sie haben es gehört: In vier Jahren oder irgendwann kommt die Abrechnung. Sehen Sie denn den Hitler daraus schielen? Meine Damen und Herren, wir haben doch gelernt. Ich glaube, wir müssen das werden, was ich mir offensive Demokraten zu nennen erlaube, um diesen offensiven Propagandisten, deren Propaganda so gefährlich ist, mit aller Energie entgegenzutreten.

In der Krise um Lorig zeigt sich, ob unser Volk rekonvaleszent ist, zeigt sich, ob es die Gefahr erkennt, zeigt sich, ob es zu denken gelernt hat. Wir werden sehen: Wird es noch einmal auf die Schallplatte der Demagogie hereinfallen oder wird es sich bekennen zu einer aktiven, einer lebendigen, einer sachlichen Demokratie? Das ist die Frage, die der Fall Lorig heute an uns stellt.

(Starker Beifall.)

Präsident: Um der Wahrheit willen will ich feststellen, daß der Abgeordnete Höllerer im Hause anwesend ist.

Der Abgeordnete Zietsch hat das Wort.

Zietsch (SPD): Als der Herr Ministerpräsident das Wort ergriffen hat, ist eine merkliche Ruhe im Hause eingetreten und die spannungsgeladene Stimmung hat sich gebessert. Der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, daß wir zum Fall Lorig nach der Untersuchung wegen des Kontrolldienstes, über das Werden des Sonderministeriums und die Interniertenlager noch einiges zur Kenntnis zu nehmen haben werden. Wir werden morgen Gelegenheit haben, noch den Bericht des Siebener-Untersuchungsausschusses entgegenzunehmen, der zum Fall Lorig auch einiges zu sagen haben wird.

Der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, daß, um arbeiten zu können, Atmosphäre sein müsse. Es hat sich an den Einwürfen, die der gewesene Minister und jetzige Abgeordnete Lorig zu diesen Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten gemacht hat, gezeigt, daß Atmosphäre wohl in den ganzen Monaten nicht vorhanden gewesen sein kann.

Es ist ganz richtig gesagt worden, daß ein Minister, insbesondere ein Sonderminister, ein dreifaches Vertrauen nötig hat: Neben dem der Militärregierung das Vertrauen seines Ministerpräsidenten und nicht zuletzt auch das Vertrauen des Landtags. Daß das Vertrauen der Militärregierung zu dem Herrn Minister nicht mehr besteht, das hat wohl der Brief, der uns allen zur Kenntnis gekommen ist, deutlich genug bewiesen. Daß der Landtag zu dem gewesenen Herrn Minister Lorig kein Vertrauen mehr hat, hat die Abstimmung gezeigt.

Auch die sozialdemokratische Fraktion hat sich eindeutig gegen das weitere Verbleiben des Herrn Lorig

im Kabinett ausgesprochen. Ich möchte hier nur einen einzigen Grund anführen neben vielen anderen, die nicht aufgeführt zu werden brauchen. Wir sind der Meinung, daß wir von einem Minister Wahrfastigkeit zu verlangen haben. Hier ist bereits durch Kollegen Haußleiter einiges zum Ausdruck gekommen; ich will nur an ein Beispiel dafür erinnern, daß Herr Lorig es an dieser Wahrfastigkeit hat fehlen lassen. Er hat uns bei seinen Erklärungen über den Kontrolldienst gesagt, es seien 60 Leute in diesen Kontrolldienst eingestellt worden. Ich habe im Gegensatz dazu hier nun eine Liste mit 149 Namen von Mitgliedern des Kontrolldienstes in der Hand.

(Zuruf: Hört, hört! — Weiterer Zuruf von der SPD: Es sind nicht alle enthalten!)

— Vielleicht sind es noch mehr, meine Damen und Herren. Auf jeden Fall ist es nicht die Zahl, die der gewesene Minister glaubte uns hier vortragen zu müssen. Dieses Beispiel dürfte genügen.

Oder noch ein anderes Beispiel, das mir auch mitgeteilt wurde, und zwar von der Spruchkammer München VII. Wenn sich Herr Lorig so mit der Riesenarbeit rühmt, die er geleistet hat, so ist hier ganz richtig gesagt worden: diese Arbeit haben wohl die Spruchkammervorsitzenden, die Kläger und die Mitarbeiter draußen getan; unter anderem waren es auch Mitarbeiter aus der inneren Verwaltung, die sich für die Dauer von vier bis sechs Wochen dem Sonderministerium zur Verfügung gestellt haben. Die Landräte und Oberbürgermeister haben Mitarbeiter ihrer Verwaltung dazu freigegeben.

(Sehr richtig!)

Bei der Spruchkammer München VII haben insgesamt 105 000 Menschen Meldebogen abgegeben. Als nicht betroffen wurden rund 76 000 erklärt. Es bleiben noch 29 000 Fälle. Davon sind rund 16 000 unter die Weihnachtsamnestie gefallen oder überhaupt durch Amnestie erledigt. Von den übrigen Fällen sind bis heute 1400 bearbeitet, und 12 001 Fälle sind noch zu erledigen. Darunter befinden sich allein rund 6000 Mitläufer. Wenn es bei einer Spruchkammer so ist, daß allein die Gruppe der Mitläufer noch einen solch hohen Prozentsatz ausmacht, wie mag es mit dieser Arbeit im Lande aussehen, wenn wir berücksichtigen, daß wir nach den Angaben des Herrn Lorig 473 Spruchkammern in Bayern haben!

Nun ganz kurz zu den Ausführungen des Abgeordneten Lorig. Er meinte, er wäre heute sozusagen gestürzt worden, weil die Arbeit, die er in so riesenhaftem Maß geleistet habe, denen nicht mehr paßte, die glaubten, es schwimmen ihnen die Felle weg. Und er meinte, der Ministerpräsident habe ihm den Fehdehandschuh hingeworfen, und er habe einen Fehdehandschuh noch jedes Mal aufgenommen. Da möchte ich Herrn Lorig sagen: Wenn es eine Kampfansage sein soll: Gut, wir haben Demokratie, und in der Demokratie kämpft man um seine Meinung. Da fürchten wir uns nicht, die wir uns seit Jahrzehnten in all diesen Dingen nicht gefürchtet haben.

Wenn er glaubt sagen zu müssen, jetzt, also heute, am 24. Juni 1947, wollte er wohl beginnen, gegen die Hauptschuldigen vorzugehen, so wissen wir, daß er das seit Januar dieses Jahres erklärt hat. Er hat immerhin sechs Monate gebraucht. Wenn er heute wieder behauptet, er wolle das tun, so kann auch das bei uns keinen Eindruck schinden.

(Zietsch [SPD])

Und wenn der Abgeordnete Loriz meint, daß das heutige Tun Schimpf und Schande für diesen Landtag bedeuten würde, so scheint er die Spielregeln der Demokratie nicht zu kennen: Denn es wird Politik gemacht, und in der Demokratie ist Opposition notwendig. Opposition machen ist schwer; das mag sich der Herr Abgeordnete Loriz gesagt sein lassen. Wir kennen ihn noch sehr gut aus der Verfassunggebenden Landesversammlung, soweit wir in ihr gewesen sind. Wir dürfen gespannt sein, was der Herr Oppositionsführer Loriz dem Landtag wird zu erzählen wissen, nachdem er durch Ministerpflichten nicht mehr gebunden ist.

Ich möchte aber nicht versäumen, den Abgeordneten Loriz erneut darauf hinzuweisen, daß wir Demokratie haben, daß freie Meinungsäußerung besteht, daß er aber für jede Behauptung, die er aufstellt, den Beweis antreten und sich gefallen lassen muß, daß man etwas dawider sagt. Er glaubte hier aussprechen zu müssen, die WAW sei heute frei und in der Opposition, und man werde es noch bedauern. Wenn das eine Drohung sein soll, Herr Loriz, dann können wir darüber nur lächeln. Es ist sehr richtig gesagt worden, Sie seien ein Meister der Drohung und der Einschüchterung. Aber glauben Sie: Wer sich vor den Nazis nicht gefürchtet hat, der wird sich wohl vor niemandem anderen mehr fürchten. Wenn das, was der Herr Abgeordnete Loriz gemeint hat, eine Kampfansage sein soll, eine Ansage zu einem Kampf, auszufechten auf dem Boden der Demokratie, dann wünschen wir ihm viel Glück dazu. Wir Sozialdemokraten wissen auf dem Boden der Demokratie zu fechten.

(Bravorufe.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Linnert.

Dr. Linnert (SPD): Hohes Haus! Wir Freien Demokraten hatten keine Ahnung davon, was sich heute abspielen würde. Wir sind durch die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten vollkommen überrascht worden. Nicht überrascht sind wir allerdings durch den Erfolg dieser Erklärung. Wenn ich gewußt hätte, was heute zur Sprache kommt, dann hätte ich meine Rede, die ich als Segenerklärung zur Regierungserklärung gehalten habe, Ihnen noch einmal vorgelesen. Was Herr Kollege Hauptleiter gesagt hat und was Herr Kollege Zietsch sagte, können Sie in dieser Rede alles nachlesen. Wir haben wortwörtlich vorausgesagt, daß der Mann, der in der Verfassunggebenden Landesversammlung von allen drei Parteien wegen seiner Demagogie zur Rede gestellt wurde, unmöglich unter die aufbauwilligen Kräfte gehört, die angeblich in diesem Ministerium der Konzentration, wie es damals hieß, versammelt seien. Ich habe Sie gewarnt davor und es war ein Grund mit für uns, warum wir uns dieser Koalition fernhielten.

Wenn man nun von den Spielregeln der Demokratie spricht, wie das Herr Kollege Zietsch getan hat, so erinnere ich daran, daß ich damals erklärt habe, daß es den Spielregeln der Demokratie entsprechen würde, wenn diejenige Partei, die 104 von 180 Abgeordneten zählt und 52 Prozent aller Stimmen erreicht hat, die politische Verantwortung übernehmen würde. Daß sie das nicht getan hat, rächt sich heute. Hätte sie das damals getan, dann hätten wir

diese wenig schönen Szenen heute nicht zu erleben brauchen. Jeder von Ihnen mußte ja wissen, daß es eines Tages so weit kommen wird. Wir als die bisher einzige Opposition — ich bitte aber das Wort Opposition in etwas anderem Sinne aufzufassen, als Sie das heute gehört haben, und ich glaube, wir haben den Beweis dafür erbracht, daß wir eine andere Auffassung über die Opposition haben — sind nicht sehr erfreut über diesen Zuwachs.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren, warum haben Sie denn, als ich die gleichen Ausführungen im Januar gemacht habe, nicht auch geklatscht? Damals hat man uns als nichtaufbauwillige Kräfte bezeichnet, wir aber haben gesagt, aufbauwillig sind wir, in diese Koalition gehen wir aber nicht hinein. Und wir haben recht behalten, leider Gottes! Unsere Fraktion hat nur die eine Befürchtung — möge Gott es verhüten —, daß Herr Loriz als Märtyrer aus dieser Sache hervorgeht. Ich habe nicht den Eindruck, daß man sich gerade den geeignetsten Zeitpunkt herausgesucht hat, Herrn Loriz wegzubringen; denn daß er nicht bleiben wird, hat jeder gewußt. Man hätte meines Erachtens das geschickter anfangen können, und wir hatten eigentlich geglaubt, nachdem die Verfassung in Art. 45 ganz eindeutig sagt:

„Der Ministerpräsident beruft und entläßt mit Zustimmung des Landtags die Staatsminister und Staatssekretäre“,

daß sich an diese Erklärung überhaupt keine Aussprache anschließen würde.

(Sehr richtig!)

Das war unser Eindruck, und auch hier, muß ich sagen, liegt nach meiner Ansicht ein taktischer Fehler vor.

Wir haben heute ein trauriges Beispiel erlebt; denn als die Sensation nicht kam, war der überfüllte Zuhörerraum nach wenigen Minuten geleert.

(Zuruf: Mit der Presse!)

Bei der Presse ist es zum Teil heute schon wieder so: Weil nichts kam, ist sie nicht mehr hier. Man wartet also anscheinend nur auf solche aufregende Momente, wie sie vielleicht das Kabarett „Der bunte Würfel“ bietet. Es ist nur bedauerlich, daß nun wieder ins Land hinausgetragen wird, das sei die Demokratie; denn auf deren Schultern wird das ausgetragen werden, und wir werden einen schweren Stand haben, der Masse unserer Bevölkerung zu sagen, daß das, was uns hier vorgeführt wurde, nichts mit Demokratie zu tun hat, sondern Krankheitserscheinungen an einem ungesund oder noch nicht gesunden Volkskörper sind. So müssen wir das auch auffassen, und deshalb bedauern wir es sehr, daß es zu diesen Auseinandersetzungen überhaupt kommen konnte. Für uns war das Recht des Herrn Ministerpräsidenten, einen Minister abzusetzen, ganz klar. Darüber haben wir keine Debatte erwartet. Ob einer solchen Abberufung eine Begründung beizugeben ist, ist in der Verfassung nicht vorgesehen. Ob es aber taktisch nicht klüger gewesen wäre, das gleich zu tun, weiß ich nicht. Geholfen hätte es jedenfalls gar nichts; insofern kann ich dem Herrn Ministerpräsidenten nur recht geben. Was wir aber daraus lernen können, ist das: Eine demokratische Erziehung braucht nicht bloß unsere Jugend, ich glaube, auch in diesem Hause fehlt es noch manchmal an demo-

(Dr. Eimmert [FDP])

kräftiger Selbsterkenntnis. Und wenn diese Auseinandersetzungen zur Folge haben, daß endlich die Demokratie in diesem Hause wirklich zum Durchbruch kommt, dann haben auch diese Szenen einen Erfolg gehabt.

(Beifall.)

Präsident: Damit ist die Debatte über diesen Punkt abgeschlossen. Ich schlage dem hohen Hause vor, sich zu vertagen, gebe aber vorher noch das Wort zu einer persönlichen Bemerkung dem Abgeordneten Höllerer.

Höllerer (WV): Meine Damen und Herren! Ich werde Sie nur ganz wenige Minuten in Anspruch nehmen. Wir haben heute im Verlauf der Debatte, zu der ich nicht Stellung nehme, sehr oft gehört, daß wir eine Demokratie haben und daß wir eine sachliche Demokratie wünschen und brauchen. Ich möchte in meiner eigenen Angelegenheit folgendes feststellen:

Auf der Tagesordnung für die 21. öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags, also für die morgige, steht: Bericht des Ausschusses für Wahlprüfungen in Verbindung mit dem Bericht des siebengliedrigen Untersuchungsausschusses für die Fälle Höllerer und Strasser. Es ist selbstverständlich, daß ein Untersuchungsausschuß dem Landtag einen Bericht zu geben hat, aber ich finde es nicht unbedingt demokratisch, daß ich, der das Untersuchungsobjekt darstellte, von diesem siebengliedrigen Untersuchungsausschuß bis heute noch nicht gehört wurde. Ich habe wohl einmal eine Vorladung bekommen und weil ich in einer dringenden wirtschaftlichen Angelegenheit verhindert war, habe ich mich ordnungsgemäß entschuldigt. Ich glaube, es wäre demokratisch gewesen, und ich stelle Ihnen, meine Herren Kollegen, dem Herrn Ministerpräsidenten, dem Herrn Präsidenten des Landtags und allen Personen, die im Haus anwesend sind, anheim, darüber zu urteilen —

(Zuruf: Wenn Sie gekommen wären! — Op den Orth: Dr. Dehler läuft Ihnen nicht nach!)

— Das ist kein Nachlaufen; Gerichte haben sich schon vertagt, Landgerichte haben sich vertagt, und es wäre bestimmt nicht schlecht gewesen und hätte der Sache nicht geschadet, wenn man mich für den nächsten Tag noch einmal geladen hätte.

(Zuruf: Verschleppung!)

— Wieso Verschleppung, wenn ich am nächsten Tag erschienen wäre? Ich bin vom Wahlprüfungsausschuß auch geladen worden und bin gekommen. Bitte, ich war vorgeladen zum letzten Donnerstag. Morgen ist Mittwoch, Morgen wird der Ausschuß hier Bericht erstatten. Wie kann es eine Verschleppung von mir gewesen sein, Herr Kollege Op den Orth? Vom Donnerstag bis zum Mittwoch sind sechs Tage verstrichen. In diesen sechs Tagen hätte man mich noch einmal vorladen können. Wenn ich nicht gekommen wäre, dann hätte man mir den Vorwurf machen können, ich hätte Verschleppungspolitik gemacht. Aber mich während sechs Tagen nicht zu hören und dem Haus, ohne daß ich ein einziges Mal vor dem Ausschuß vernommen wurde und Stellung nehmen konnte, einen abschließenden Bericht zu geben — meine Damen und Herren, ich frage Sie als Abgeordnete, ich frage Sie als Staatsregierung, ob das nun wirklich die wahre Demokratie ist? Gestatten Sie mir, anschließend an diese Erklärung, ganz formell den Antrag zu stellen, daß die Berichterstattung des Ausschusses zurückgestellt

wird, bis ich selbst von dem Ausschuß gehört worden bin.

Dr. Dehler (FDP): Herr Präsident, wenn Sie es wünschen, werde ich dazu Stellung nehmen.

Präsident: Was der Herr Abgeordnete Höllerer ausgeführt hat, war eine Erklärung, die er eigentlich zu der morgigen Tagesordnung hätte abgeben können. Der Gegenstand, zu dem er jetzt gesprochen hat, steht heute nicht auf der Tagesordnung und steht auch nicht zu anderen Dingen in Beziehung.

Ich würde bitten, daß wir nun doch diese Aussprache fortsetzen, nachdem wir schon einmal damit begonnen haben.

Der Herr Abgeordnete Dr. Dehler hat das Wort.

Dr. Dehler (FDP): Ich will dem Ergebnis des Untersuchungsausschusses, über das morgen Bericht erstattet wird, nicht vorgreifen. Der Herr Kollege Höllerer war zum 19. Juni als Zeuge geladen. An sich hatte der Untersuchungsausschuß keinen Anlaß dazu. Herr Höllerer sagt selbst, daß er Untersuchungsobjekt war. Wir hätten uns damit begnügen können, die Zeugen zu vernehmen, aber wir waren loyal und wollten dem Herrn Kollegen Höllerer die Möglichkeit geben, sich selbst zu äußern. Er ist nicht gekommen. Bei der Beweiserhebung mußten wir feststellen, daß in der Zwischenzeit Zeugen in erheblicher Weise informiert worden waren. So hat beispielsweise der Herr Kollege Höllerer selbst eine lange Eingabe an den Ältestenrat und Abschrift an den Wahlprüfungsausschuß gerichtet, in der er verlangt hat, daß das Untersuchungsthema beschränkt werde. Wir haben den sogenannten Ministerialreferenten Schulz zum zweiten Male als Zeugen geladen und er begann seine Ausführungen damit, man möge ihm doch endlich einmal bekannt geben, auf welches Thema sich die Untersuchung erstrecke. Ein so wesentlicher Zeuge hatte sich mit Herrn Höllerer in Verbindung gesetzt, und die gleichen Querverbindungen konnten wir in verschiedener Richtung feststellen. Der Untersuchungsausschuß hatte den Eindruck, daß es dem Herrn Kollegen Höllerer nur darum zu tun war, noch einmal einen Zeitraum zu gewinnen, in dem er sich über die Dinge informiert hatte. Wir hatten die Überzeugung, daß die Behauptung, daß er durch eine wirtschaftliche Besprechung auswärts in Anspruch genommen sei, eine Ausflucht war. Er hatte die Verpflichtung als Abgeordneter, sich einem Untersuchungsausschuß des Landtags zu stellen.

(Sehr gut.)

Er durfte nicht ausweichen und durfte nicht eine wirtschaftliche Verabredung in den Vordergrund stellen. Das war unsere Überzeugung, und so gelangten wir zu dem Ergebnis, daß die Feststellungen, die wir gemacht hatten, ausreichten und kein Anlaß mehr bestand, den Abgeordneten Höllerer zu hören.

Präsident: Damit sind die persönlichen Bemerkungen abgeschlossen.

Wir kommen nun zur Festsetzung der morgigen Tagesordnung.

Ich schlage dem hohen Haus nach einstimmigem Beschluß des Ältestenrats vor, die nächste Sitzung morgen, Mittwoch, den 25. Juni, vormittags 10 Uhr, abzuhalten mit dem Bericht des Ausschusses über die Wahlprüfungen in Verbindung mit dem Bericht des siebengliedrigen Untersuchungsausschusses zu den Fällen Höllerer und Strasser. Dabei steht der Bericht

(Präsident)

des siebengliedrigen Untersuchungsausschusses nur insoweit in Verbindung mit dem Bericht über die Wahlprüfungen, als es sich um die persönlichen Angelegenheiten der Abgeordneten handelt. Was den sachlichen Komplex der Untersuchung des Sonderministeriums im Auftrag des Herrn Ministerpräsidenten anbelangt, so wird dieser Bericht später mit dem Bericht der Untersuchung der Regierung verbunden.

Das Haus nimmt davon Kenntnis, und ich möchte nun nach dem Beschluß des Ältestenrats empfehlen, diese Sitzung nicht öffentlich abzuhalten. Dazu muß ich aber eine Beschlußfassung des Hauses herbeiführen. Nach Art. 22 der Verfassung müssen fünfzig Mitglieder aus dem Haus den Antrag stellen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. **Hundhammer**.

Dr. Hundhammer (CSU): Ich stelle diesen Antrag namens meiner Fraktion.

Präsident: Ich lasse über den Antrag abstimmen.

Wer für den Antrag ist, den bitte ich sich von den noch weiter disponieren —, daß wir morgen nachwendigen Zweidrittelmehrheit, angenommen.

Dann ist in Aussicht genommen — wir müssen ja noch weiter disponieren —, daß wir morgen nachmittag 3 Uhr weitertagen mit dem Rest der heutigen Tagesordnung. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung um 19 Uhr 14 Minuten.)